



DIE AUTOKRATISCHE HERAUSFORDERUNG

Wie sich liberale Demokratien
dagegen behaupten können

Gesellschaft
denken

Thomas Willems

Das Roman Herzog Institut

Das Roman Herzog Institut setzt sich als Think Tank mit den Gegenständen Werte, Führung und Zukunft auseinander. Gegenwärtige Schwerpunkte sind das Verhältnis von »Demokratie und Autokratie« sowie »gute Führung« auf strategischer Ebene. Dazu lädt das Institut Expert*innen verschiedenster Disziplinen nach München ein.

Neben der Herausgabe eigener Publikationen und der Ausrichtung wissenschaftlicher Veranstaltungen geht das Institut in seinen YouTube- und Podcast-Formaten mit bekannten Wissenschaftler*innen in die Tiefe der Themen und ihrer Forschung.

Impressum

© 2023 Roman Herzog Institut e. V.

Herausgeber:
Roman Herzog Institut e. V.

Kontakt:
Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

ISSN 1863-8090
ISBN 978-3-941036-70-3

Foto Seite 4:
Roman Herzog Institut e. V.

**Diese Publikation ist beim Herausgeber
kostenlos erhältlich auf
www.romanherzoginstitut.de**

Zitate aus dieser Publikation sind
unter Angabe der Quelle zulässig.



Folgen Sie uns auf ...



DIE AUTOKRATISCHE HERAUSFORDERUNG

Wie sich liberale Demokratien
dagegen behaupten können

Gesellschaft

denken

Thomas Willems

Inhalt

	Vorwort	4
	Randolf Rodenstock	
1	Einleitung: Die Zeit ist aus den Fugen	7
2	Systemische Aspekte: Warum Autokratien erfolgreich sind	15
2.1	»Wohlfühlfaktoren«	16
2.2	Utopie-Versprechen	21
2.3	Ideologisierung	34
	Exkurs: Schanghai – »Coronautokratie«	42
3	Operative Aspekte: Welchen Einfluss Autokratien auf uns nehmen	55
3.1	Macht-Marketing	56
3.2	Methoden der Manipulation	60
3.3	Hybride Kriegsführung	67
4	Selbstreferenzielle Aspekte: Wo Defizite der Demokratien liegen	73
4.1	Strukturelle Gründe	74
4.2	Importiertes autokratisches Denken	81
4.3	Gescheiterte Integration	86

5	Handlungsorientierte Aspekte: Wie sich Demokratien schützen können	95
5.1	Demokratie-Pädagogik	96
5.2	Vermittlung von Medienkompetenz	103
5.3	Doppelte Verteidigung	105
6	Ausblick: Schöne neue Weltordnung	111
	Zusammenfassung	116
	Literatur	120
	Autor	143

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit für Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Vorwort



Weltweit gewinnen autokratische Regime an Einfluss. Selbst in Deutschland und in anderen europäischen Staaten schwindet die Zustimmung zur Demokratie, obwohl sie uns ein Leben in Freiheit und Würde bietet. »Wie sollen liberale Demokratien autokratischen Herausforderungen begegnen?« Zu dieser Frage hatte das Roman Herzog Institut im Frühjahr 2023 einen Essay-Wettbewerb ausgerufen und dazu viele interessante Zuschriften erhalten. Einige davon haben wir auf unserer Homepage für Sie aufbereitet.

Thomas Willems, der Autor der vorliegenden Ausarbeitung, hat die Jury besonders überzeugt und den ersten Preis gewonnen. Anschaulich beschreibt er, warum autokratische Regime wie das chinesische innen- und außenpolitisch erfolgreich sind und welche Gefahr sie für liberale Ordnungen darstellen. Der China-Kenner deckt Defizite der westlichen Demokratien auf und skizziert, wie sich diese wirksam vor autokratischen Tendenzen schützen können.

Willems sieht die Demokratie in einer Krise: Radikale Kräfte attackieren unsere freiheitliche Ordnung. Autokratische Staaten wie Russland oder Saudi-Arabien versuchen nicht nur, ihre Macht mit militärischen Mitteln auszuweiten. Sie überziehen liberale Gesellschaften auch mit Propaganda-Feldzügen. Durch die massenhafte Verbreitung von Desinformation und Hassbotschaften in den sozialen Medien diffamieren sie das westliche System. Damit spielen sie ausgerechnet den rechtspopulistischen Parteien mit ihrer nationalistischen Hetze in die Hände. Ihr gemeinsames Feindbild: die Demokratie.

Essay-
Wett-
bewerb
2023



Die Skepsis gegenüber unserer freiheitlichen Ordnung ist jedoch weit mehr als nur eine (extremistische) Randerscheinung. Über die Hälfte der Bundesbürger sind aktuellen Umfragen zufolge mit der Demokratie nicht zufrieden. Vor allem die Parteien haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verspielt. In dieser Entwicklung sehe ich eine weitere große Herausforderung – aber auch eine Chance: Immerhin geben gleichzeitig rund 90 Prozent der Befragten an, dass ihnen ein Leben in Freiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie freie und geheime Wahlen – also alles grundlegende demokratische Errungenschaften – wichtig sind.

Doch Demokratie erschöpft sich ebenso wenig in einer abstrakten Idee wie in der Garantie individueller Freiheitsrechte. Sie kann nur funktionieren, wenn wir auch dazu bereit sind, uns aktiv für ihre Werte einzusetzen, sie zu verteidigen und demokratische Spielregeln einzuhalten. Dazu gehört es unter anderem, politische Gegner fair zu behandeln, unterschiedliche Lebensentwürfe zu tolerieren, sich an Wahlen zu beteiligen und demokratisch getroffene Entscheidungen zu respektieren – auch und gerade, wenn sie der eigenen Meinung nicht entsprechen.

Eine funktionierende Demokratie ist kein Selbstläufer. Zu ihren Widersachern gehören auch Bequemlichkeit und Desinteresse. Wenn wir diese buchstäbliche »Teilnahmslosigkeit« überwinden, können wir den autokratischen Herausforderungen erfolgreich begegnen.



Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.

— Kapitel 1

Einleitung: Die Zeit ist aus den Fugen

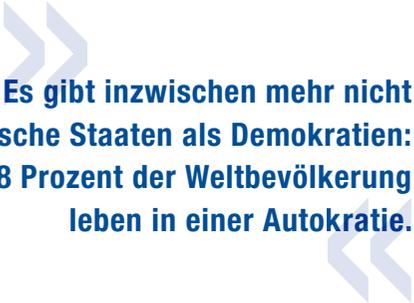
*»Die Zeit ist aus den Fugen; Schmach und Gram,
Daß ich zur Welt, sie einzurichten kam!«*

William Shakespeare, Hamlet, 1. Akt, 5. Szene

»Die Zeit ist aus den Fugen ...«: Hamlets dramatische Diagnose ist 420 Jahre nach ihrer Premiere noch immer aktuell. Drei Tage nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine kehrte das geflügelte Wort als maskiertes Zitat auf die politische Bühne zurück. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (2023) verkündete »Zeitenwende«, der zufolge »die Welt danach nicht mehr dieselbe [ist] wie die Welt davor«, fügte der rahmensprengenden Zeit eine räumliche Dimension hinzu: Während sich die geopolitische Ordnung in Richtung Asien verschiebt (Khanna, 2020), wird die Zeit an einigen Orten in die Ära des Kalten Kriegs zurückgedrängt. Fest steht: Das 1992 von dem US-amerikanischen Politologen Francis Fukuyama prophezeite »Ende der Geschichte« fand nicht statt (Fukuyama, 1992). Nicht die liberale Demokratie setzte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion als globales Ordnungsmodell durch, sondern eine andere, längst tot geglaubte Erzählung feierte – gleich Hamlets väterlichem Geist, der aus dem Grab nach Rache ruft – ihre Auferstehung: die Autokratie.

Während im Jahr 2015 weltweit 64 Prozent der Staaten (123) demokratisch regiert wurden, waren es 2020 nur noch 52 Prozent aller Länder (BPB, 2023a). Laut Transformationsindex 2022 der Bertelsmann Stiftung (2022) übertraf die Anzahl der autokratischen Staaten (70) erstmals die Anzahl der Demokratien (67). Gleichzeitig lebten 68 Prozent der Weltbevölkerung in autokratisch regierten Ländern und nur 15 Prozent in echten Demokratien. Dieser geopolitische Paradigmenwechsel hat dazu geführt, dass die autokratischen Machthaber die bestehende »westliche« Nachkriegsordnung samt Währung und Wertesystem inzwischen offen ablehnen, weil diese Ordnung – demokratisch gesprochen – nicht mehr die Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentiert.

Als Zeichen der außerdemokratischen Opposition haben sich bereits Parallelstrukturen in Form von alternativen Institutionen etabliert. Hierzu zählt die 2001 gegründete Shanghai Cooperation Organisation (SCO), zu der neben der Volksrepublik (VR) China auch Belarus, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan gehören. Der Zweck dieser größten Regionalorganisation der Welt ist die Abstimmung von Handelsfragen und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, aber auch die Verhinderung von »Farbrevolutionen« (Heinemann-Grüder, 2019), die Eindämmung des NATO-Einflusses und die Durchsetzung einer neuen Weltordnung.



**Es gibt inzwischen mehr nicht
demokratische Staaten als Demokratien:
68 Prozent der Weltbevölkerung
leben in einer Autokratie.**

Diese autokratischen Vorstellungen lösen in den Bevölkerungen der liberalen Demokratien neue Ängste aus. In Deutschland landete die Angst, dass »autoritäre Herrscher weltweit immer mächtiger werden«, laut einer Umfrage von 2022 mit 47 Prozent erstmals auf Platz 7 der größten Ängste (R+V, 2023). Verstärkt wird diese Angst durch die von 63 Prozent der Deutschen geäußerte Sorge, dass sich Deutschland im Kriegsfall nicht gegen Angriffe verteidigen könne.

Während die außenpolitische Angst vor den Autokratien steigt, schwindet innenpolitisch die Zustimmung zur Demokratie, besonders in den ostdeutschen Bundesländern. Laut einer Studie des Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Instituts vom Juni 2023 meinten 80 Prozent der in Ostdeutschland Befragten, sie hätten »sowieso keinen Einfluss

darauf, was die Regierung tut«, und knapp 31 Prozent stimmten der Aussage mindestens teilweise zu: »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform« (Brähler et al., 2023).

Zwar werden die Begriffe Diktatur und Autokratie oft synonym verwendet (Wikipedia, 2023d), allerdings kann der Gebrauch des Wortes Diktatur auch als offene politische Provokation empfunden werden und zu diplomatischen Spannungen führen, wie die Äußerung der deutschen Außenministerin Baerbock in Bezug auf den chinesischen Staatschef Xi im September 2023 verdeutlicht hat (Der Spiegel, 2023e). Während die Autokratie (griech. Αὐτοκράτεια) als »Selbstherrschaft« sämtliche Formen der eingeschränkten Machtausübung bezeichnet, wird die Diktatur (lat. dictare, befehlen) als besonders radikale Ausprägung der Autokratie mit Tendenz zum Totalitarismus verstanden.

Das politische Gegenmodell zu den autokratischen Herrschaftssystemen bilden demokratische Rechtsstaaten, in denen alle Ämter gesetzlicher Kontrolle unterworfen sind und deren Repräsentationsanspruch in regelmäßigen Wahlen durch das Volk bestätigt wird (Spektrum, 2023). Wo Diktatoren militärisch putschen, bauen Autokraten den Staat von innen um, nachdem sie demokratisch gewählt wurden. Sie schwächen die Gewaltenteilung, bauen den Rechtsstaat ab, verhindern Pluralismus, schüchtern die Opposition ein und beschränken die Freiheitsrechte. Sie vermitteln dem Volk das Gefühl der Exklusivität (»America first«), versprechen das Wiedererstarken der Nation (»chinesischer Traum«) oder beschwören den Glauben an Gott (»Allah ist groß«).

Anders als Diktaturen wie zum Beispiel in Nazideutschland oder Nordkorea, in denen ein Führer kultisch verehrt wird, willkürlich herrscht und Schrecken durch Gewalt verbreitet, sind Autokratien gemäßiger und streben messbare Erfolge an. Diese reichen von der Erhöhung des allgemeinen Wohlstands über die Stärkung der militärischen

Macht bis hin zur Vergrößerung des Staatsgebiets oder der religiösen Erneuerung (Der Spiegel, 2016). Die Grenzen zwischen Autokratien und Diktaturen sind häufig fließend und nicht selten transformiert sich die eine Staatsform auf dem Weg zur Macht in die andere.

Auf der Achse der Macht steht die Autokratie zwischen Demokratie und Diktatur, wenngleich es bei genauerer Betrachtung verschiedene Abstufungen gibt. Zu den »Hybridregimen« gehören »defekte Demokratien« (Merkel et al., 2003, 71, 261) in Form illiberaler Demokratien wie zum Beispiel Ungarn (Klotz, 2014), wo die bürgerlichen Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Am anderen Ende der Macht-Achse gibt es innerhalb der Autokratien unterschiedliche Ausprägungen (Voss, 2023, 25 ff.) wie absolut monarchische (Saudi-Arabien), despotische (Turkmenistan), petro-autokratische (Libyen) bis hin zu totalitären Systemen (Nazismus, Stalinismus, Maoismus). Gemeinsam ist allen autokratischen Systemen,

- dass sie die Verfassung auf ihre Herrschaftsform ausrichten,
- dass es keine oder nur eine stark eingeschränkte Gewaltenteilung gibt,
- dass sie das Informations- und Propagandamonopol ausüben und
- dass die Geheimpolizei die Menschen kontrolliert (Voss, 2023).

Das primäre Ziel aller Autokratien ist die Erhaltung ihrer Macht (Wintrobe, 1998), sodass der Zweck die Mittel heiligt. Dem Machterhalt dienen im inneren Zirkel die Vergabe von Posten, Privilegien oder andere Zuwendungen. Gegenüber der eigenen Bevölkerung werden für den Machterhalt zahlreiche »Sicherheitsmaßnahmen« durchgeführt, die von Überwachung, Kontrolle, Einschüchterung, Verfolgung, Internierung und Folter bis hin zu Ermordung reichen. Aber auch über die Landesgrenzen hinaus nehmen Autokratien

Einfluss, um ihre Macht zu festigen oder zu erweitern, wobei instabile Staaten oder offene Gesellschaften bevorzugte Ziele sind.

Die vielfältigen innen- und außenpolitischen Herausforderungen, vor die Autokratien die liberalen Demokratien stellen, beleuchtet dieser Essay unter vier Aspekten, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern die Leserinnen und Leser zur Diskussion einladen möchten:

Der erste, **systemische Aspekt** geht der Frage nach, warum Autokratien erfolgreich sind, wozu »Wohlfühlfaktoren«, Utopie-Versprechen und die Ideologisierung beitragen, wie am Beispiel Schanghais beziehungsweise Chinas gezeigt wird (Kapitel 2).

Der zweite, **operative Aspekt** verfolgt die Einflüsse, die Autokratien auf liberale Demokratien haben. Hierzu gehört das Macht-Marketing, das der Imageverbesserung von Autokratien dient, wie am Beispiel einiger arabischer Autokratien zu sehen sein wird. Ebenfalls operativ sind einerseits die vielfältigen Methoden der Manipulation – zum Beispiel in Form von Desinformationskampagnen – sowie andererseits die hybride Kriegsführung im virtuellen und realen Raum, wie das Beispiel Russland zeigt (Kapitel 3).

Der dritte, **selbstreferenzielle Aspekt** betrachtet die Defizite der Demokratien im Hinblick auf strukturelle Gründe, importiertes autokratisches Denken und gescheiterte Integration, wofür Deutschland als Beispiel dient (Kapitel 4).

Der vierte, **handlungsorientierte Aspekt** macht Vorschläge, wie sich die Demokratien schützen können, und zeigt, dass (Selbst-)Aufklärung hilft, die autokratischen Herausforderungen zu erkennen und abzuwehren (Kapitel 5). Sie ist erlernbar durch Demokratie-Pädagogik, Medienkompetenz und eine doppelte Verteidigungsfähigkeit. Die größte Herausforderung liegt bei der Abwehr der autokratischen Einflüsse allerdings darin, nicht gegen die eigenen liberal-demokratischen Prinzipien zu verstoßen und selbst autoritär zu denken oder zu handeln.

Im Zeitalter der aufstrebenden Autokratien drohen die liberalen Demokratien in die Rolle des passiven Hamlet zu verfallen, der zwar die globalen Herausforderungen erkennt, sich aber vor entschlossenem Handeln scheut und seine Umwelt zweifelnd, zögernd und zerrissen in Gefahr bringt, in der gleichzeitig neue Chancen liegen. Dabei steht im Wettbewerb der Systeme nicht weniger auf dem Spiel als die Entscheidung, in welcher Weltordnung wir künftig leben wollen, während sich im Hintergrund das Drama der Klimakatastrophe abspielt: Sein oder Nichtsein – das wird die existenzielle Gattungsfrage des 21. Jahrhunderts bleiben, denn »wir sind bei uns nicht angekommen, solange Shakespeare unsere Stücke schreibt« (Müller, 2005, 337).

— Kapitel 2

Systemische Aspekte: Warum Autokratien erfolgreich sind

2.1	»Wohlfühlfaktoren«	16
2.2	Utopie-Versprechen	21
2.3	Ideologisierung	34
	Exkurs: Schanghai – »Coronautokratie«	42

»Ich lebe in einer Autokratie. Ich fühle mich wohl. Das Leben ist angenehm. Der Alltag ist digitalisiert. Man kann alles zu jeder Zeit kaufen. Die Straßen sind sauber, die Züge sind pünktlich und man sieht keine Armut. Es gibt nur wenige Ausländer und keine Flüchtlinge hier. Als Frau kann man nachts ohne Angst auf die Straße gehen. Es gibt keine rechtsfreien Räume. Die Strafen sind hart und werden unverzüglich vollstreckt. Projekte werden unbürokratisch realisiert. Man erfüllt unsere Wünsche. Im Gegenzug stellen wir keine Fragen und behalten unsere Meinung für uns. Alles folgt einem langfristigen Plan. Von hier aus erscheint Deutschland wie ein Entwicklungsland. Zum Glück wird der ›freiheitliche Westen‹ immer kleiner und die neue Weltordnung nimmt Gestalt an. Wir sollten aufpassen, dass wir künftig noch etwas zu melden haben und auf der richtigen Seite des Marktes stehen.«

Dies sind Aussagen deutscher Managerinnen und Manager, aufgezeichnet im Rahmen verschiedener Veranstaltungen in Schanghai von 2019 bis 2023.

2.1 »Wohlfühlfaktoren«

Wirtschaftlicher Erfolg

Schanghai: Zukunftsstadt »über dem Meer« mit kolonialer Vergangenheit. Gründungsstätte der Kommunistischen Partei Chinas und Zufluchtsort für 20.000 Juden aus Europa während der Nazidiktatur. Finanzzentrum und Wirtschaftsmetropole mit dem größten Containerhafen der Welt. Heimat von gut 28 Millionen Menschen und reichste Stadt im Reich der Mitte. Kein anderer Ort symbolisiert Chinas wirtschaftlichen Aufstieg so eindrucksvoll wie Schanghai. Dort, wo sich bis Ende der 1990er Jahre noch weites Ackerland erstreckte, ragen heute einige der höchsten Wolkenkratzer der Welt in den Himmel – darunter der Shanghai Tower (632 m), das Shanghai World Financial Center (492 m) und der Jin Mao Tower (421 m). Das Pro-Kopf-Einkommen in Schanghai liegt bei umgerechnet 20.650 Euro; mit einem nominalen

Bruttoinlandsprodukt von 587 Milliarden Euro im Jahr 2022 übertraf Schanghai die gemeinsame Wirtschaftsleistung der EU-Länder Österreich, Bulgarien und Zypern und hätte im internationalen Länderranking Platz 26 belegt (China heute, 2023; Wikipedia 2023a).

In Schanghai spiegeln sich auch die langjährigen deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wider: 1984 baute Volkswagen als Joint Venture die erste Fabrik in China für Fahrzeuge mit westlicher Technik und erreichte einen Marktanteil von 60 Prozent. Der riesige Konsumentenmarkt in Kombination mit den geringen Produktionskosten sorgte für einen enormen Investitionsboom internationaler Unternehmen, die in China das Land der unbegrenzten Wachstumsmöglichkeiten sahen. Bis 2020 waren über 5.200 deutsche Unternehmen in China ansässig, die 1,1 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellten (GTAI, 2022), Milliardensummen an Steuern zahlten und so zum chinesischen Wirtschaftswunder mit jährlich zweistelligen Wachstumsraten beitrugen. Die positive Wirtschaftsentwicklung führte zur allgemeinen Kaufkraftsteigerung und Wohlstandssteigerung im Land und garantierte ausländischen Unternehmen bis zur Coronapandemie hohe Gewinne.

Bis heute ist China – das siebte Jahr in Folge – Deutschlands wichtigster Handelspartner, noch vor den USA und den Niederlanden. China exportierte 2022 Waren im Wert von 191 Milliarden Euro nach Deutschland und importierte Waren im Wert von 107 Milliarden Euro. Die Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs ist das Risiko der dauerhaften Abhängigkeit: 67,8 Prozent der Smartphones, 86 Prozent der Laptops und 91,8 Prozent der Seltenerdmetalle, die für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie Windkraft und Elektromobilität benötigt werden, kamen im ersten Quartal 2023 aus China nach Deutschland (Destatis, 2023). Auch bei der Produktion von Antibiotika hängt Deutschland an Chinas Tropf (Ärzteblatt, 2022), sodass die Diversifizierung der Lieferketten lebensnotwendig wird, bevor sich die Beziehungen aus geopolitischen Gründen verschlechtern.

Autokratische Agilität

Da die Entscheidungsgewalt in Autokratien bei einem kleinen Machtzirkel liegt und keiner oppositionellen Debatten bedarf, können autokratische Entscheider schnell auf Veränderungen reagieren oder diese auch proaktiv und kompromisslos durchsetzen. In China wurden 1978 mit der Einführung der Reform- und Öffnungspolitik alle ausländischen Investoren verpflichtet, Joint Ventures mit chinesischen Staatsunternehmen zu gründen, um das Wissen zu teilen und Technologietransfers zu ermöglichen. So konnte China nach und nach seine Adaptionfähigkeit optimieren und die Innovationsgeschwindigkeit (Chinese Speed) erhöhen. In der zweiten Stufe produzierte man chinesische Eigenmarken mit staatlichen Subventionen und schuf spezielle Rahmenbedingungen. So wurden im Automobilsektor neben Prämien und Steuervergünstigungen beim Kauf von Elektroautos auch Herstellerquoten für »neue Energiefahrzeuge« (Elektroautos, Plug-in-Hybride, Wasserstoffautos) eingeführt. In den Jahren 2021, 2022 und 2023 stiegen die Quoten jährlich um 2 Prozentpunkte von 14 auf 16 bis hin zu 18 Prozent.

Diese relativ kurzfristig erlassenen Top-down-Vorschriften reduzieren die starke Luftverschmutzung in den Städten und steigern so die Lebensqualität. Zugleich verschafften sie den neuen Energiefahrzeugherstellern aus China einen technologischen Vorteil, da die meisten ausländischen Anbieter vorwiegend Autos mit Verbrennermotoren produzieren. Der staatlich vorgeschriebene Paradigmenwechsel zwingt die ausländischen Automobilhersteller ihrerseits zu Agilität und Anpassung, da sie ansonsten vom chinesischen Markt verdrängt werden, während die subventionierten chinesischen Elektroautos inzwischen die ausländischen Märkte erobern.

Automobile Marktmacht

Von seinen ursprünglich 60 Prozent Marktanteil in China besaß Volkswagen 2022 nur noch 19,1 Prozent, was immerhin 3,18 Millionen verkauften Fahrzeugen oder 40 Prozent der Jahresproduktion von VW entsprach (Handelsblatt, 2023a). Dagegen werden die staatlich

geförderten chinesischen Eigenmarken immer preiswerter und beliebter. Im ersten Quartal 2023 wurden in China 4,3 Millionen Neuwagen verkauft. Auf Platz 1 beim Absatz aller Antriebsarten lag im ersten Quartal der chinesische Hersteller »Build Your Dreams« (BYD) mit 484.545 Neuwagen (11,6 Prozent Marktanteil) vor Volkswagen mit 442.203 Neuwagen (10,4 Prozent). Toyota folgte mit 344.643 Fahrzeugen (8,1 Prozent) auf Platz 3. Beim Absatz von Elektroautos in China finden sich unter den zehn meistverkauften Marken acht chinesische Hersteller. BYD liegt mit 224.729 Fahrzeugen auf Platz 1 (25,2 Prozent Marktanteil), gefolgt von Tesla mit 127.429 Fahrzeugen (15,4 Prozent), wohingegen BMW mit 18.733 Fahrzeugen (2,1 Prozent) auf Platz 9 liegt und Volkswagen nicht unter den Top Ten vertreten ist (Elektroauto-News, 2023). Gleichzeitig wurden im ersten Quartal 2023 knapp 200.000 Elektroautos aus China nach Deutschland exportiert. Das waren dreimal mehr als ein Jahr zuvor, während im selben Zeitraum 23,9 Prozent weniger Kraftfahrzeuge aus Deutschland nach China exportiert wurden (Destatis, 2023). Die Marktmacht der chinesischen Hersteller wirkt inzwischen in beide Richtungen.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, investiert Volkswagen 1 Milliarde Euro bis zum Jahr 2024 in ein neues Entwicklungs-, Innovations- und Beschaffungszentrum in Südchina. Das Zauberwort lautet »Lokalisierung«: Neben der Erhöhung der Entwicklungsgeschwindigkeit im Bereich der Elektromobilität muss Volkswagen stärker auf die (Infotainment- und Konnektivitäts-)Bedürfnisse der chinesischen Kunden eingehen. Trotz kritischer Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Provinz Xinjiang betreibt Volkswagen sein dortiges Werk in Kooperation mit dem Staatskonzern SAIC weiter. Am Beispiel VW zeigt sich einerseits das finanzielle Risiko und andererseits das moralische Dilemma, in das Unternehmen geraten, die von autokratischen Systemen wirtschaftlich abhängig geworden sind.

Konsumistisches Manifest

Schanghai: Hauptstadt des Kapitals. Hier arbeitet man nach dem 996-Prinzip: von 9:00 Uhr morgens bis 9:00 Uhr abends, 6 Tage die Woche. Überstunden nicht eingerechnet. Die Gehälter sind hoch, die Aufstiegschancen gut, die Fluktuation ist enorm, denn man ergreift jede Gelegenheit für die nächstbeste Position. Der Rest ist Konsum. Im digitalen Dienstleistungsparadies bestellt man sein Essen per App oder lässt sich elektrisch in eines der kleinstadtgroßen Einkaufszentren fahren, wo man chinesisch speist und westlich shoppt: von Adidas bis Prada – der soziale Status muss sichtbar sein. Man bezahlt alles per Handy. Sogar die wenigen Bettler tragen einen QR-Code um den Hals, den man scannen kann, um eine Spende zu überweisen. Roboter in Restaurants mixen die Milchshakes, während fliegende Drohnen in kürzester Zeit die Internetbestellung nach Hause liefern. Das Leben läuft ab wie im Film. Alles funkelt und funktioniert. Die U-Bahnen kommen im mit 802 Kilometer größten Streckennetz der Welt im Drei-Minuten-Takt auf die Sekunde pünktlich; die Fahrten kosten, je nach Länge, zwischen 40 Cent und 1,40 Euro (70 Kilometer), wobei man in alle Richtungen beliebig oft umsteigen kann. Bewegung ist hier neben dem Konsum der Sinn des Lebens. Man kommt nie zur Ruhe und hat keine Zeit zur Reflexion, sodass man vor lauter Stress oder Zerstreuung vergisst, dass man in einer Autokratie lebt. Man hat keine Meinung, stellt keine Fragen und interessiert sich nicht für Politik. Der Pakt zwischen Partei und Volk lautet: Wir regieren und verweilen, ihr dürft konsumieren und müsst schweigen – arbeiten und nicht verzweifeln.

Sicheres Leben

Schanghai: Hauptstadt der Innovation¹ und Zentrum der künstlichen Intelligenz, in der 13 Millionen Kameras (Comparitech, 2023) die Bewohner bewachen und beschützen, während künstliche Gehirne die

¹ »Beim Innovation Cities Index 2019 nahm die Stadt Shanghai Platz 33 weltweit und Platz 2 in China ein; beim Global Innovation Index 2020 wurde Shanghai erstmalig zu einem der Top 10 Science and Technology-Cluster der Welt gekürt; im Nature Index der wissenschaftsstärksten Städte 2020 belegte Shanghai Rang 5 von insgesamt 200 gelisteten Städten« (BMBF, 2023).



Aufgrund der umfassenden und allgegenwärtigen Überwachung mit Kameras ist die Großstadtkriminalität in Autokratien niedrig.

Datenströme optimieren und die Gesichter der Vorübergehenden erkennen. Hier fühlt man sich anfangs beobachtet und verfolgt, aber irgendwann immer sicherer, weil man die Kameras vergisst. Ihre Allgegenwart wird zur Gewohnheit, sodass sie bald ein Teil der Landschaft werden, so wie der Wald, den man vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Umgekehrt ist man jederzeit im Blick des Kamera-Auges, sodass potenzielle Kriminelle umgehend aufgespürt und verhaftet werden. Entsprechend niedrig ist die Kriminalitätsrate im ganzen Land: Weltweit liegt die VR China auf Platz 18 von 144 (Taiwan auf Platz 3), Deutschland auf Platz 97. Am niedrigsten ist die Kriminalität in autoritären Ländern wie Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten (zuzüglich Menschenrechtsverletzungen). Am höchsten ist die Kriminalitätsrate in Venezuela (Numbeo, 2023). Chinas Geschäftsmodell der Zukunft sieht vor, neben dem Export seines politischen Systems auch direkt die Sicherheitstechnik zu liefern. Die Liste der Vorbestellungen ist lang.

2.2 Utopie-Versprechen

Erfolgsgeschichte(n)

- **Historische Identitätsbildung**

Um zu wissen, wohin man will, muss man wissen, woher man kommt. Das Kaiserreich der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) stiftet bis heute einen wesentlichen Teil der chinesischen Identität. Während dieser über 400 Jahre dauernden Epoche erweiterte sich das Terri-

torium fast um das Doppelte, während sich im Inneren des Reichs die konfuzianische Staatsideologie entwickelte, die stark hierarchisch geprägt war und das Ideal der sozialen Harmonie verfolgte.

Die damalige Hauptstadt Chang'an (langer Friede) – in der Nähe des heutigen Xi'an im Westen Chinas – zählte mit 240.000 Einwohnern zu den großen Weltstädten.² Wirtschaftlich erfolgreich war die Han-Dynastie vor allem wegen der etwa ab 115 v. Chr. intensiv genutzten »Seidenstraße«³. Erfindungen wie die Seide (2750 v. Chr.), der Magnetkompass (27 n. Chr. und 1190 von den Europäern übernommen), Porzellan (ca. 100 n. Chr.) oder Papier (ca. 100 n. Chr.) machten das chinesische Kaiserreich zu einer frühen Innovationsgesellschaft und Exportnation.

Das etwa 6.000 Kilometer lange Wegenetz der Seidenstraße ermöglichte einen intensiven Waren- und Wissenstransfer von Ost nach West und umgekehrt. Seit dem 1. Jahrhundert v. Chr. war der Handel zwischen Rom und China so stark ausgeprägt, dass die Seide zum chinesischen »Exportschlager« wurde.⁴ Deren hohe Kosten veranlassten den römischen Senat, mehrere Edikte zu erlassen, um das Tragen von »unsittlichen und dekadenten Seidenkleidern« aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen zu verbieten. Vergeblich. Der Historiker Plinius der Ältere (o. J.) schrieb dazu in seiner »Naturalis Historia«: »Niedrig geschätzt nehmen Indien, die Serer [Seidenleute = Chinesen; Anm. d. Verf.] und die arabische Halbinsel jährlich 100 Millionen Sesterzen durch unser Reich ein: So viel kosten uns unser Luxus und unsere Frauen.«

2 Chang'an war die Hauptstadt der frühen westlichen Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 9 n. Chr.). Die Hauptstadt der späten östlichen Han-Dynastie (23/25–220) war Luoyang in der heutigen Provinz Henan.

3 Der Begriff wurde erstmals 1877 von dem deutschen Geografen Ferdinand von Richthofen verwendet.

4 Das Römische Reich wurde in China als »Daqin« (Großes Qin-Reich) bezeichnet und als eine Art »Gegen-China« am anderen Ende der Erde betrachtet, wohingegen man die Chinesen in Rom als »Seidenleute« (Serer) bezeichnete (Der Neue Pauly, 2023; The Oxford Classical Dictionary, 2012).

Bis heute ist die Han-Dynastie eine besonders identitätsstiftende Epoche. So bilden die Han-Chinesen die größte ethnische Gruppe innerhalb Chinas, die chinesische Sprache wird als Han-Sprache (Han-yu) bezeichnet und einen Helden nennt man hao-han – »ein guter Han«. Der Konfuzianismus wurde in der »neuen Ära« unter Xi Jinping wiederbelebt und mit dem Kommunismus kombiniert. Wichtige konfuzianische Begriffe wie Pietät, Loyalität gegenüber dem Herrscher und Untertanentreue wurden neu definiert, um die soziale Harmonie herzustellen und die Macht zu sichern. Ebenso wie der Kaiser als »Sohn des Himmels« und Vermittler zwischen Himmel und Erde für das Wohl des Reichs zuständig war, ist die Parteiführung heutzutage für den wirtschaftlichen Erfolg des Volkes verantwortlich. Um revolutionäre Gedanken von vornherein zu unterbinden, wird bei wirtschaftlicher Flaute der Nationalismus befeuert, der in der identitätsstiftenden Han-Geschichte seinen Ursprung hat und die innere Einheit beschwört, um sie gegen äußere Feinde zu richten.

• Vom Trauma zum Traum

Im 19. und 20. Jahrhundert erlitt China durch ausländische Gewaltwirkung zahlreiche historische Traumata, die bis heute im kollektiven Gedächtnis verankert sind und durch die Medien befeuert werden. Nach zwei verlorenen Opiumkriegen im 19. Jahrhundert⁵ und der gewaltsamen Öffnung der Häfen sowie der Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalasts durch die Kolonialmächte folgten weitere Demütigungen in zwei Japanisch-Chinesischen Kriegen durch die Japaner, die unzählige Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung

5 Das Vereinigte Königreich begann den ersten Opiumkrieg (1839–1842) gegen das Kaiserreich China, um das von der chinesischen Regierung verbotene lukrative Opiumgeschäft fortzusetzen, das einen Großteil der chinesischen Bevölkerung abhängig gemacht hatte. Im Anschluss an den von Großbritannien und Frankreich begonnenen zweiten Opiumkrieg (1856–1860), an dessen Ende der Sommerpalast des Kaisers durch britisch-französische Truppen geplündert und zerstört wurde, kam es neben der Legalisierung des Opiums zur erzwungenen Öffnung zahlreicher chinesischer Häfen und zur Eröffnung von ausländischen Botschaften (Großbritannien, Frankreich, Russland, USA). Christen bekamen das Eigentumsrecht sowie das Recht, die chinesische Bevölkerung zu missionieren.

begingen, darunter das Massaker von Nanking mit über 200.000 Opfern, das heute in China zur »patriotischen Erziehung der Jugend« dient. Nach weiteren innenpolitischen Katastrophen wie dem »Großen Sprung nach vorn« oder der Kulturrevolution mit Millionen Toten und flächendeckender Armut begann Chinas beispielloser wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Aufstieg, in dessen Folge »seit den späten 1970er Jahren mehr als 700 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden konnten«⁶. Traumatisch wirkt für China bis heute der Zusammenbruch des russischen »Imperiums« nach dem Ende der Sowjetunion in den 1990er Jahren, den es für das eigene Territorium um jeden Preis verhindern will, weshalb die innere Einheit ideologisch beschworen wird.



Der ›chinesische Traum‹ strebt nicht nach Selbstverwirklichung, Macht und Wohlstand für den Einzelnen, sondern für das Kollektiv, die Nation.



Aus dem historischen Trauma entwickelte sich der »chinesische Traum«. Er entstand 2012 und ist an den »amerikanischen Traum« angelehnt, wird aber kollektiv gedacht und zielt auf die Verwirklichung einer großen Wiederbelebung der chinesischen Nation. Spätestens seit der Han-Dynastie bis zum Beginn der Kolonialzeit verstand sich China als »Land der Mitte« beziehungsweise als Zentrum der Welt und war eine führende Wirtschaftsmacht. Diesen Status strebt China wieder an, wozu es die zwei nationalen Narrative der »2 × 100« entwirft: Die »Zweimal hundert Jahre« (Beijing Rundschau, 2023) beste-

⁶ Die ländliche Armutsquote sank von 97,5 Prozent im Jahr 1978 auf 4,5 Prozent im Jahr 2016 (Hanns-Seidel-Stiftung, 2017).

hen darin, 100 Jahre nach der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (2021) eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu vollenden und 100 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China (am 1. Oktober 2049) den Aufbau eines modernen sozialistischen Landes zu verwirklichen, das reich, stark, demokratisch, kultiviert und harmonisch ist.

Gleichzeitig nutzt die Partei die beiden Narrative innenpolitisch dafür, die Gesellschaft stärker zu ideologisieren und auf die Ziele einzuschwören, während sie außenpolitisch immer ambitionierter und aggressiver auftritt, um bis 2049 – unter ihrer Führung – eine »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit« zu gestalten, die eine dauerhaft friedliche, prosperierende, saubere und schöne Welt aufbaut (China Daily, 2017). Dieses utopische Vorhaben etabliert die neue Weltmacht China als »Leit-Autokratie«, an der sich andere autokratische Systeme ein Beispiel nehmen. Der zu Architektur gewordene Traum des »Sozialismus chinesischer Prägung«, worunter die nach kapitalistischen Grundsätzen gelenkte Volkswirtschaft zu verstehen ist, lässt sich in Schanghai bewundern. Dort wurde den prachtvollen, rot beflaggten Kolonialbauten ein modernes Wirtschaftszentrum auf der anderen Seite des Flusses gegenübergestellt, das die Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft schlägt. Nach Angaben der »Shanghaier Big Data Tourismusüberwachung« besuchten während des siebentägigen Frühlingsfests im Februar 2023 mehr als zehn Millionen chinesische Besucher Schanghai, die den gläsernen chinesischen Traum bestaunten (Shanghai Verwaltungsbehörde für Kultur und Tourismus, 2023).

• Null-Covid-Politik

Aus chinesischer Sicht ist der Westen im Kampf gegen Covid gescheitert, weil astronomische Infektionszahlen von 200.000 Menschen pro Tag unvorstellbar waren und jeder Tote als einer zu viel betrachtet wurde. Deshalb hieß es in China während der Pandemie, im Westen herrsche Chaos. Dort habe der Staat den Kampf gegen das Virus aufgegeben und die Bürger im Stich gelassen, wohingegen China dank seiner dynamischen Null-Covid-Strategie, die »wissenschaftlich, effektiv« und unhinterfragbar sei, alles unter Kontrolle habe und seine Bevölkerung schützen könne. Daraus folge, dass der starke, Ordnung schaffende Sozialismus chinesischer Prägung den schwachen, freiheitlichen und daher Chaos zulassenden Demokratien moralisch überlegen sei. Beide Geschichten inszenierte China medienwirksam, indem die überfüllten Krankenhäuser und Leichenhallen in Norditalien und New York City gezeigt wurden, wohingegen derartige Bilder aus Wuhan, dem Ursprungsort der Pandemie, zensiert wurden und nur glücklich Genesene zu sehen waren.

Als die Fallzahlen in China durch strenge Schutzmaßnahmen stark sanken, erfolgte der dramaturgische Wendepunkt und die chinesische Führung inszenierte sich als Wohltäter, der an 46 Partnerländer der Neue-Seidenstraße-Initiative medizinische Schutzausrüstung schickte. Die Dankbarkeit der Empfängerländer wie zum Beispiel Ungarns wurde öffentlich zur Schau gestellt und im Sinne der eigenen Erfolgsgeschichte propagandistisch weiterverwertet. Mit dieser »Maskendiplomatie«, der später noch die »Impfdiplomatie« folgte, präsentierte sich China – in Abgrenzung zu den USA und Europa – als verantwortungsvolle und zuverlässige Schutzmacht im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Osteuropa und Lateinamerika. Dass zahlreiche europäische Länder, darunter Deutschland, zu Beginn der Pandemie mehrere Tonnen Schutzanzüge, Handschuhe, Masken, Sprüngeräte und andere Hilfsgüter nach China geschickt hatten (Auswärtiges Amt, 2020), wurde dagegen nicht mehr erwähnt.

Langfristige Strategien

• »Made in China 2025«

Ein wichtiger Erfolgsfaktor von gegenwärtig erfolgreichen Autokratien ist die Strategieentwicklung zur gesellschaftlichen und geopolitischen Transformation. Als besonders beispielhaft in seiner langfristigen, umfassenden und ausdifferenzierten Planung erweist sich China, das neben seinen staatlichen Fünfjahresplänen⁷ zahlreiche fach- und länderspezifische Strategien verfolgt. Hierzu gehört die »Made in China 2025«-Strategie, die 2015 von der deutschen »Industrie 4.0« inspiriert wurde und die die VR China bis 2025 zur digital getriebenen und qualitätsorientierten Industriemacht formen soll. Das darüber hinausreichende Ziel ist, sich von der »Werkbank der Welt« über die Zwischenstation der Industrienation (2035) – mit erhöhter Produktqualität – zu einer Innovationsgesellschaft zu entwickeln, die bis 2049 die weltweite Technologie- und Marktführerschaft in sämtlichen Hightech-Bereichen ausübt.

Zu den Schlüsselindustrien gehören unter anderem Informations- und Kommunikationstechnologien, computergesteuerte Maschinen, künstliche Intelligenz, Robotik, Energieeinsparung und Elektromobilität, neue Werkstoffe und Materialien, Biomedizin und medizinische Geräte sowie Hightech-Ausrüstung für Raumfahrt, See- und Schienenverkehr (Bertelsmann Stiftung, 2018). Die strategischen Aufgaben beziehen sich auf die Förderung von Qualität statt Masse, auf die Verbesserung des Qualitätsbewusstseins chinesischer Marken, den Ausbau umweltfreundlicher Produktion sowie die Förderung von technologischen Durchbrüchen in den Schlüsselindustrien.

Die Herausforderung der »Made in China 2025«-Strategie liegt für die liberalen Demokratien darin, dass teils staatlich geförderte chinesische Unternehmen gezielte Investitionen in ausländische (Hoch-

⁷ Der 14. Fünfjahresplan (2021–2025) definiert die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die langfristigen Ziele bis zum Jahr 2035 (NZZ, 2021).

technologie-)Firmen tätigen beziehungsweise diese übernehmen. Auf diesem Weg ersparen sich die chinesischen Firmen den Technologietransfer, bei dem in der Vergangenheit Joint Ventures in China gegründet wurden, wobei das westliche Wissen offengelegt und geteilt werden musste. Die offenen Märkte der liberalen Demokratien mit ihren Regeln des fairen Wettbewerbs laden China zu strategischen Investitionen ein, wohingegen sich China gegen derartige An- oder Aufkäufe aus dem Ausland schützt.

Zwischen 2011 und 2020 haben 197 Investoren aus China 243 deutsche Unternehmen zu mindestens 50 Prozent (31 Fälle), zu mehr als 75 Prozent (39) oder komplett übernommen (173). Darunter befinden sich der Augsburgener Robotik-Spezialist KUKA, der Automobilzulieferer Grammer oder der Maschinenbauer Krauss-Maffei.



Wenn Deutschland seine Unternehmen und Infrastruktur nicht vor strategischen Investoren aus China besser schützt, droht der Ausverkauf.



Auch Daimler gehört zu 15 Prozent chinesischen Investoren. Die Investitionsschwerpunkte lagen zu 77 Prozent im Bereich Industrie, zu 20 Prozent bei Dienstleistungsunternehmen und zu 3 Prozent bei Handelsunternehmen. Die Branchen, in die am häufigsten investiert wurde (DDW, 2020), waren Maschinenbau (68 Unternehmen), Konsumgüter (43), Automobilindustrie (38) und Elektrotechnik (33).

Um auf diese Herausforderungen zu reagieren, empfiehlt es sich einerseits, wichtige, (welt-)marktführende (Schlüssel-)Technologien sowie kritische Infrastruktur (Telekommunikation) zu schützen.

Ansonsten besteht neben dem Risiko des Ausverkaufs mittelfristig die Wahrscheinlichkeit, von den chinesischen Wettbewerbern verdrängt zu werden, da diese meist staatlich gefördert werden und das erworbene technische Wissen mit erheblicher Finanzkraft schnell und smart weiterentwickeln können, bis sie ihrerseits die Marktführerschaft erreicht haben wie im Bereich der Elektromobilität. Des Weiteren ist es wichtig, sich auf staatlicher Ebene für faire Rahmenbedingungen und Reziprozität bei Investitionen in China einzusetzen. So ist die Wirkung des neuen, vage formulierten Sicherheitsgesetzes in China, das ausländische Unternehmen unter Spionageverdacht stellen kann, noch nicht absehbar. Andererseits sind chinesische Direktinvestitionen in Europa oder Deutschland auch positiv zu sehen, da sie neues Kapital einbringen, Geschäftsmöglichkeiten in China eröffnen und Arbeitsplätze schaffen (Kunze/Windels, 2018).

Darüber hinaus muss der Wirtschaftsstandort Deutschland durch die Ansiedlung und den Ausbau von Schlüssel- und Zukunftsindustrien (zum Beispiel Bio-, Nano-, Medizintechnik, Pharmazie) weiter gestärkt werden, um die Abhängigkeiten von außereuropäischen Zulieferern/Autokratien zu reduzieren (De-Risking) und autonomer zu agieren. Gleichzeitig würden auf diesem Weg neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen und die Wertschöpfung in Deutschland gesteigert. Ein positives Beispiel aus dem Bereich der Mikroelektronik ist die Investition des aus Taiwan stammenden Unternehmens TSMC, das in Dresden gemeinsam mit Bosch, Infineon und NXP eine Halbleiterfabrik bauen und Chips für die Automobilindustrie produzieren will (Tagesschau.de, 2023a). Die Investitionssumme soll 10 Milliarden Euro betragen, von denen 5 Milliarden Euro durch staatliche Subventionen des Bundes abgedeckt werden. Die Investition schafft 2.000 Arbeitsplätze und trägt substantiell zur Halbleiterversorgung Deutschlands bei. Dies ist umso wichtiger, als China die Ausfuhr von Seltenerdmetallen wie zum Beispiel Gallium und Germanium in die EU erschwert (ZDF.de, 2023a), was negative Auswirkungen auf die Chip- und Automobilindustrie haben könnte. Weitere wichtige

Maßnahmen zur Revitalisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wären – nicht nur in diesen Kontext – beschleunigte Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und die schnellere Transformation in Richtung Digitalisierung.

• **Neue-Seidenstraße-Initiative**

Mit der Neuauflage und Erweiterung der 2013 eingeführten Neue-Seidenstraße-Initiative (»One Belt, one Road Initiative«) gelingt es China, sich als geopolitische und globale Gestaltungsmacht zu positionieren. Das Ziel ist es, den Handel mit über 60 Ländern Asiens, Afrikas und Europas (darunter elf EU-Staaten) nachhaltig und federführend auszubauen. Zu diesem Zweck werden zahlreiche Investitionen und Infrastrukturprojekte auf dem Landweg, dem Seeweg sowie durch den Aufbau eines digitalen Netzwerks realisiert. Neben dem offiziellen Vorsatz, »der Welt zu dienen« (China Internet Information Center, 2017), geht es vor allem darum, die politischen Beziehungen zu den beteiligten Partnerländern zu intensivieren, neue militärische Kooperationen zu schließen (FAZ, 2019) und ein Gegengewicht zu den Interessen des großen Rivalen USA zu bilden. Der strategische Doppelerfolg besteht darin, innenpolitisch neue (Staats-)Aufträge zu generieren, Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu erzielen sowie außenpolitisch Ansehen und Einfluss zu gewinnen.

Wirtschaftlich hilft das Projekt, die chinesischen Überkapazitäten im Infrastruktursektor (Stahl, Zement) auszulasten und Dienstleistungen von Bauunternehmen in neue Märkte zu exportieren, während chinesische Banken das benötigte Kapital bereitstellen. Außenpolitisch sichert man sich notwendige Ressourcen (Die Zeit, 2019) sowie den politischen Einfluss bei den finanziell abhängigen Partnerländern des Seidenstraßenprojekts. Der Einfluss reicht bis in die überstaatlichen Institutionen wie die Vereinten Nationen, wo Griechenland 2009 mit seinem Veto im Menschenrechtsrat eine Stellungnahme der EU zur Menschenrechtslage in China verhinderte, nachdem chinesische Investoren 2009 mehrheitlich den Hafen von Piräus übernommen hatten (SZ, 2017).

• Schwerpunkt Afrika

Ein Schwerpunkt für die VR China ist Afrika. Für den Kontinent gibt es eine eigene Strategie. Die chinesische Entwicklungsfinanzierung umfasst den Bau von Häfen (Mombasa, Militärhafen in Dschibuti), Straßen- und Schienenverbindungen, Flugplätzen, Satellitenstädten (Tansania), Staudämmen (Äthiopien, Ghana), Wasserkraftwerken (Kamerun) bis hin zur Sonderwirtschaftszone in Ägypten (Welthungerhilfe, 2020).

Das britische Overseas Development Institute (ODI, 2020) stellt in seinem Bericht über Chinas Investitionen in Afrika fest, dass durch Technologie- und Wissenstransfer sowie durch die Schaffung von Arbeitsplätzen einerseits die lokale Wirtschaft in Afrika gefördert worden ist. Andererseits gibt es immer wieder Vorwürfe, dass China ärmere Länder wie Sri Lanka, Pakistan oder Laos in die »Schuldenfalle« (Tagesschau.de, 2021) führe, damit diese ihre Ressourcen verpachten oder Rohstoffe verkaufen müssten. Dem wird entgegengehalten, dass es dazu noch keine fundierten Berichte gebe. Stattdessen reagiere China auf diese Entwicklung mit Rettungs- beziehungsweise Refinanzierungskrediten, auch um die eigenen Banken zu retten (idw, 2023). Ob und inwieweit die Investitionsmaßnahmen für die Partnerländer zielführend und nachhaltig sind, muss sich erst noch zeigen. Wie langfristig Chinas Planung in Afrika ist, zeigt sich schon jetzt an der Bereitschaft der chinesischen Regierung, das Seidenstraßenprojekt in Einklang mit der Entwicklungsvision der Afrikanischen Union zu bringen: der Agenda 2063.



**Deutschland und die EU können
der strategischen Weitsicht und
Langfristpolitik Chinas bislang
nichts entgegensetzen.**

Durch diese umfassenden und weitsichtigen strategischen Maßnahmen zur Wohlstands- und Friedenssicherung (auch im Eigeninteresse) entsteht in der chinesischen Bevölkerung – befeuert durch die staatseigene Propaganda – ein Gefühl des Vertrauens in die Fähigkeiten der Regierung. Im Gegensatz dazu mangelt es der deutschen Regierung bisher noch an eigenen oder mit der EU abgestimmten umfassenden geo- und wirtschaftspolitischen Strategien. Zwar gibt es seit dem 14. Juni 2023 eine »China-Strategie« der Bundesregierung (2023), allerdings ist diese weder mit der deutschen Wirtschaft noch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder den europäischen Partnern abgestimmt. Vor allem der letzte Teil des in der Strategie formulierten Dreisatzes von China als »Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale« hat bei der deutschen Wirtschaft vor Ort eher Unverständnis ausgelöst und wird in China, je nach Kontext, als »Feindschaft« interpretiert. In naher Zukunft notwendig wären zudem deutsche oder europäische Afrika-, Indien- und Lateinamerika-Strategien. Die Planungsprobleme beginnen aber bereits zu Hause, wo der disparate Maßnahmenkatalog gegen den Klimawandel nicht dafür ausreicht, das »ohnehin zu unambitionierte Ziel der Regierung« (NDR.de, 2023) zu erreichen. Laut »Projektionsbericht 2023« einer unabhängigen Gutachterkommission werden bis 2030 insgesamt 331 Millionen Tonnen Kohlendioxid mehr ausgestoßen als vorgesehen.

Im Hinblick auf die strategische Planung kann Deutschland daher noch viel von China lernen. Das vom Westen in China nicht erfolgreich umgesetzte beziehungsweise von der Kommunistischen Partei abgewehrte Konzept vom »Wandel durch Handel« wendet China nun auf seine Weise in den Entwicklungs- und Schwellenländern an, um seine globalen geopolitischen Ziele zu erreichen.

Trotz der Erfolgsgeschichte gibt es – aus westlicher Sicht – zahlreiche Schwachstellen und Kritikpunkte an der Neue-Seidenstraße-Initiative. Letztere zielen, neben der bereits erwähnten Finanzierungsfrage, einerseits auf die Umwelt- und Sozialstandards ab, die bei vielen Infrastrukturprojekten nicht eingehalten würden (Handelsblatt, 2017),

und andererseits auf die Transparenz und Fairness hinsichtlich der Ausschreibungsverfahren. So wurden 2021 zum Beispiel 90 Prozent der Logistikaufträge an staatliche oder staatsnahe chinesische Unternehmen vergeben (Statista, 2021).

Da Europa ebenso wie China ein Interesse an einem stabilen Umfeld für den Handelsaustausch mit Asien und Afrika hat, könnten hier Anknüpfungspunkte für eine punktuelle Zusammenarbeit mit China liegen. Die Europäische Union hat bereits auf dem EU-China-Gipfel im Juni 2015 eine gemeinsame Konnektivitätsplattform mit Peking ins Leben gerufen, auf der eine Abstimmung der beiderseitigen Interessen beim Ausbau der Infrastruktur erfolgen soll. Wo die Interessenlage von EU und China übereinstimmt und Synergien genutzt werden können, ohne dass gegen EU-Standards und -Normen verstoßen wird, sollte sich Europa dem chinesischen Angebot öffnen, da China bei der Finanzierung erhebliche Beiträge leisten kann.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll und notwendig, wenn die EU gemeinsam mit anderen (liberalen) Partnerländern ein alternatives oder paralleles Seidenstraßenprojekt initiiert, um länderübergreifend und interkontinental eine sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Konnektivität herzustellen, Menschen und Gesellschaften zu verbinden sowie neue (ökonomische und ökologische) Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Der 1997 begonnene und 2007 eingestellte Verkehrskorridor Europa-Kaukasus-Asien (TRACECA) war in dieser Hinsicht ein Anfang. Die aktuelle EU-Asien-Konnektivitätsstrategie setzt diese Idee fort, indem sie durch Infrastrukturausbau den »regelbasierten und nachhaltigen Ausbau von Konnektivität« (»smart, green & sustainable«) fördert und »international vereinbarte Normen und Standards« (BMDV, 2021) gewährleistet. Anders als die chinesische Initiative bleibt sie dabei transparent und finanziert solide. Die wirtschaftliche Souveränität der Zielländer bleibt erhalten. Bisher wurden derartige EU-Konnektivitätspartnerschaften mit Japan (2019) und Indien (2021) vereinbart. Darüber hinaus wäre es erforderlich, eine solche Partnerschaft im Rahmen eines ähnlichen Konzepts mit Afrika abzuschließen.

Ben. Dort zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen, könnte Arbeitsplätze schaffen und so von vornherein Fluchtursachen verhindern.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Konnektivität und Integration wurde im September 2023 auf dem G-20-Gipfel in Neu-Delhi beschlossen, wo zahlreiche Länder – darunter die der Europäischen Union, die USA, Indien, Saudi-Arabien, Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate – ein groß angelegtes Schienen- und Schifffahrtsprojekt ins Leben gerufen haben. Das Ziel des »historischen Wirtschaftskorridors« ist es, Europa, den Nahen Osten und Indien miteinander zu verbinden, den Handel zu beschleunigen und das Wachstum in mehreren kritischen Weltregionen zu fördern. Die Zusammenarbeit beinhaltet zum Beispiel die Energieerzeugung mit klimaneutralem Wasserstoff in Afrika und eine neue Unterwasserkabelverbindung zum Datentransport zwischen der EU und Lateinamerika. Die EU-Initiative Global Gateway plant, in den nächsten Jahren 300 Milliarden Euro in die Infrastruktur von Schwellen- und Entwicklungsländern zu investieren und auf diesem Weg ein alternatives Seidenstraßenprojekt zu etablieren (FAZ, 2023a).

2.3 Ideologisierung

Internetzensur

Ein besonderer »Schutzraum« gegen schlechte Nachrichten aus der »Außenwelt« und mit ideologischem »Wohlfühlfaktor« versehen liegt hinter der »großen Feuerwand«, deren Name sich auf die »Große Mauer« Chinas bezieht. Es ist das umfassend zensierte Internet, das die Einheimischen vor ausländischen Gedanken und vor ihren eigenen, vermeintlich falschen Meinungen schützen soll. Gleichzeitig verbreitet es die kommunistische Ideologie, steuert Emotionen und mobilisiert die Massen. Zu den zensierten Inhalten gehören Schlüsselwörter wie »Menschenrechte«, »Demokratie«, »Meinungsfreiheit«, historisch »belastete« Orte (Platz des Himmlischen Friedens) oder Da-

ten (4. Juni 1989) sowie in Ungnade gefallene Personen oder politisch kritische Kommentare. Hinzu kommen gesperrte soziale Netzwerke wie Meta, X und YouTube, Suchmaschinen wie Google und Yahoo, freie Enzyklopädien wie Wikipedia, westliche Nachrichtenseiten wie die New York Times, BBC News, Spiegel, FAZ und andere sowie alle Webseiten mit religiösen, pornografischen, kriminellen und Glücksspielinhalten.⁸ Das erklärte Ziel der Regierung ist, die Bevölkerung vor schädlichen Inhalten zu schützen und die Gesellschaft zu »harmonisieren«, das heißt, keine (regierungs-)kritischen Gedanken zuzulassen, um die Stabilität und Sicherheit des Staates zu garantieren.

Der positive Neben- beziehungsweise Kontrolleffekt durch das Verbot der meisten sozialen Medien aus dem Westen war bisher, dass sich die chinesische Internetökonomie entwickeln konnte und eigene digitale Plattform-Zwillinge schuf, die in ihrer chinesischen Prägung teils funktionaler sind als die Originale. So entstanden chinesische Tech-Firmen wie Alibaba, Baidu und Tencent, die ihre eigenen sozialen Netzwerke und Plattformen kreierten: zum Beispiel die Suchmaschine »Baidu«, das Twitter-Pendant »Weibo«, den YouTube-Zwilling »Youku-Tudou« oder die Multifunktions-App »WeChat«, die neben Video- oder Sprachnachrichtenversendung über ein mobiles Bezahlsystem verfügt und monatlich 1,2 Milliarden aktive Nutzer hat (Tencent, 2020).

Seit September 2017 ist die Weitergabe nahezu aller Informationen an die chinesischen Behörden Teil von WeChats offizieller Datenschutzerklärung (Moneycontrol.com, 2017), was die Arbeit der Internetzensoren erleichtert. WeChat filtert wie alle anderen von den Behörden kontrollierten (sozialen) Medien als sensitiv erachtete Schlüsselwörter und Bilder aus den Nachrichten heraus (SCMP, 2017), sperrt bei Bedarf die Nutzer oder Gruppen (auch im Ausland) und setzt Anweisungen aus Peking unverzüglich um.

⁸ Laut dem Projekt Greatfire.org blockiert oder zensiert China derzeit rund ein Viertel der wichtigsten Domains der Welt, nämlich 198 von 827.

So durften zum Beispiel während des drei Monate andauernden Corona-Lockdowns keine negativen Nachrichten, Fotos oder Gerüchte gepostet werden, um keine »negative Energie« zu verbreiten, die Moral der Bevölkerung nicht zu untergraben oder die soziale Harmonie zu stören. In Xinjiang, der autonomen Region der uigurischen Minderheit, wurde verfügt, dass »jedes weitergepostete Material, das keine offizielle Bestätigung hat, öffentliche Panik auslöst oder einen negativen und böartigen Einfluss ausübt, [...] ausnahmslos zur Inhaftierung [führt]!« (China Digital Times, 2022a).

Einem Leak zufolge, der am 18. März 2022 auf der Webseite »China Digital Times« veröffentlicht wurde, soll die mächtige Cyber Administration of China (CAC) eine Woche nach Beginn des Ukraine-Kriegs zahlreichen Plattformbetreibern in der VR China befohlen haben, nur noch Inhalte von Staatsmedien zuzulassen. Existierende Hashtags von Bloggern und Influencern sollten aus den Trendthemen entfernt und neue Hashtags zum Ukraine-Krieg nur noch von Staatsmedien zugelassen werden (China Digital Times, 2022b).

Durch diese umfassenden Zensurmaßnahmen und die einseitig-ideologischen Inhalte, die sich oft wiederholen und in einer standardisierten, halb technischen, halb pathetischen Maschinensprache abgefasst sind, entsteht ein staatliches Gedankenmonopol, das eine erwünschte eingeschränkte Weltsicht bei den Netzkonsumenten⁹ produziert. Es entsteht so der Eindruck, dass im Ausland – vor allem in den USA (Kapitol-Sturm) und Europa (Gelbwesten in Frankreich, Corona-Gegner in Deutschland) – nur noch Gewalt und Chaos herrschten, wohingegen in China alles in Ordnung und unter Kontrolle sei. Diese ideologische Echokammer konstruiert eine alternative mediale Wirklichkeit, in der bestimmte Ereignisse nie stattgefunden haben wie der »Zwischenfall« (das Massaker) auf dem Platz des

⁹ Die »Netzens« (ein Kunstwort aus Internet und Citizen) in der VR China sind traditionell sehr innovativ und erfindungsreich im Umgang mit und im Umgehen der Zensur durch Re-Postings, indirekte Kommunikation, Kontextualisierungen oder Wortneuschöpfungen.

Himmlichen Friedens in Peking am 4. Juni 1989, der in der offiziellen Geschichtsschreibung fehlt. So wird George Orwells (in China verbotene) Dystopie »1984« von der Wirklichkeit eingeholt: »Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft.«

Auch gegenwärtige Ereignisse wie tägliche Demonstrationen auf dem Land »existieren« nicht – in dem Sinne, dass sie nicht »zur Welt« kommen, das heißt: nicht in den Medien erscheinen und unsichtbar bleiben –, weil über sie nicht berichtet werden darf. Sofern man als Einwohner eines autoritären Systems keinen Zugang zu anderen Quellen oder Medien hat, lebt man in einer Art Paralleluniversum, dessen propagandistischen Inhalten man glauben muss, weil es keine »alternativen Fakten« gibt.¹⁰ So wird die Lüge in der geschlossenen Gesellschaft zur Wahrheit und die vorgegebene Ideologie zur Weltordnung.

Abwehr und Umwertung von Werten

Im Jahr 2013 leakte die chinesische Journalistin und Regimekritikerin Gao Yu das geheime »Dokument Nr. 9«, wodurch es weltweit bekannt wurde.¹¹ Das interne Strategiepapier mit dem offiziellen Titel »Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie« wurde 2012 zu Schulungszwecken für höhere Kader verfasst und warnt vor den westlichen Werten und ihrer Verbreitung in der VR China.

Die Werte der liberalen Demokratien werden in dem Dokument als »Probleme« beziehungsweise als »fehlgeleitete Ideen« bezeichnet, die von der KP Chinas als »gefährlich« angesehen werden, sodass

¹⁰ Im Jahr 2023 sind weltweit rund 60 Länder von einer Kontrolle oder Zensur des Internets betroffen. Neben China haben vor allem Nordkorea, Myanmar und Kuba das Internet hermetisch abgeriegelt und in eine Art Intranet umfunktioniert. Der Iran, Libyen und Saudi-Arabien zensieren ebenfalls scharf. Weitere 16 Länder stehen auf der Beobachtungsliste, da sie durch Zensur die Meinungsfreiheit unterdrücken – darunter Russland, Venezuela, Malaysia und die Türkei. Etwa 120 Blogger und Online-Aktivist*innen befinden sich zurzeit wegen Meinungsäußerungen in Haft (Internetzensur.info, 2023).

¹¹ Daraufhin verurteilte man Gao Yu zu sieben Jahren Haft und schickte sie immer wieder ihre Familie (Wikipedia, 2023b).

ihre Erwähnung in Bildung und Erziehung verboten werden müsse. Demnach unterminiere »das Propagieren von westlicher liberaler Demokratie« (mit Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, allgemeinen Wahlen und unabhängiger Justiz) die gegenwärtige Führung (Chinas) und das politische System des Sozialismus chinesischer Prägung. Der Zweck der Demokratie-Propaganda bestehe darin, »die Parteiführung zurückzuweisen und die Volksdemokratie aufzuheben [...]«, mit dem Ziel, »den Wind zu drehen und das politische System des Westens nach China zu bringen« (Chinafile.com, 2013).

Das Propagieren von universellen Werten wie Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie habe die Absicht, »die ideologischen und theoretischen Grundlagen der Herrschaft der KP Chinas ins Wanken zu bringen«. Damit würden »die von der KP Chinas vertretenen Werte von Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit verfälscht«, indem man behauptete, dass »westliche Werte die vorherrschende Norm der menschlichen Zivilisation« seien und China nur eine Zukunft habe, wenn es die westlichen universellen Werte annehme. Weiter wird ausgeführt, dass »die Reform- und Öffnungspolitik ein Prozess der schrittweisen Übernahme dieser universellen Werte ist«. Mit diesen »höchst trügerischen und täuschenden« Argumenten werde der »essenzielle Unterschied zwischen den westlichen Werten und den von uns vertretenen Werten« verwischt, um »letztlich die Grundwerte des Sozialismus durch westliche Werte zu ersetzen«.

Seit 1991 grenzt sich China aufgrund seiner historischen Hintergründe von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ab, der zufolge »jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit seiner Person hat«. Stattdessen formuliert die VR China einen eigenen, mehr kollektiven Menschenrechtsbegriff und deutet die Werte – seinen machtpolitischen Interessen folgend – um. Das chinesische Volk müsse als Erstes das Recht auf Existenzsicherung gewährleisten, um seine Menschenrechtsprobleme zu lösen« (Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China, 1991).



Die chinesische Interpretation der Menschenrechte lässt sich mit Brecht zusammenfassen: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.

Hinzu kommt in China das »Recht auf wirtschaftliche Entwicklung«, welches die Voraussetzung für die Menschenrechte sei, nicht umgekehrt.¹² Daher müssten für ein menschenwürdiges Leben zuerst die Armut und der Mangel an Nahrung und Kleidung beseitigt und die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden, bevor man über Menschenrechte spricht. Das bedeutet, ohne bescheidenen Wohlstand für alle können keine individuellen Freiheiten garantiert werden. Oder um es etwas deutlicher mit den Worten eines kommunistischen Dichters zu formulieren: »Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral« (Brecht, 1928).

Ein wichtiger, mit der kollektiven Bedürfnisbefriedigung verbundener Aspekt ist die Souveränität eines Landes im Hinblick auf die Realisierung der Menschenrechte. Nach Ansicht der chinesischen Führung sind Menschenrechte eine »innere Angelegenheit« jedes Landes und kein legitimes Anliegen der internationalen Gemeinschaft. Von daher stehe die Souveränität eines Landes über den universellen Menschenrechten, sodass daraus eine Nichteinmischung eines Landes in die »inneren Angelegenheiten« eines anderen Landes folgen müsse. Zum Beispiel habe sich der Westen nicht in die innere Angelegenheit der VR China im Umgang mit der uigurischen Minderheit in Xinjiang einzumischen (Decoding China, 2023a).

¹² Die Rechte auf Existenzsicherung und Wirtschaftsentwicklung kommen in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung nicht vor.

Diese inhaltlich teils neu besetzten und umgewerteten Menschenrechtsbegriffe – zu denen noch viele weitere kommen wie zum Beispiel »Multilateralismus«, »gute Regierungsführung«, »Rechtsstaatlichkeit« oder »Win-win-Kooperation« (Decoding China, 2023a) – ergeben in der Summe eine eigene Lexik der Macht. Diese bringt die VR China in einem nächsten Schritt proaktiv in die internationalen Institutionen ein, um zum Beispiel im UN-Menschenrechtsrat neue Normen zu setzen, die »westliche Hegemonie im Bereich der Menschenrechte zu brechen« und die »internationale Menschenrechtspolitik« zu verändern (Danhong, 2019).

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2017 stellte Xi Jinping seine Vision einer Weltordnung vor (Xinhua, 2017), bei der die Souveränität und der Respekt für unterschiedliche politische Systeme sowie die »Win-win-Kooperation« zwischen den Staaten im Vordergrund steht. Diese sogenannte Schicksalsgemeinschaft der Menschheit (beziehungsweise »Gemeinschaft mit geteilter Zukunft«) fand 2019 Eingang in eine vom UN-Menschenrechtsrat (2019) verabschiedete Resolution mit dem Titel »Beitrag zur Entwicklung der Verwirklichung aller Menschenrechte«. Im Juni 2020 unterstützte die VR China im UN-Menschenrechtsrat eine Resolution (Xinhua, 2020), in der eine internationale Menschenrechtsordnung befürwortet wird, die auf der Zusammenarbeit zwischen Staaten und nicht mehr auf der Rechenschaftspflicht und den Rechten des Einzelnen beruht (Decoding China, 2023b).

Eine entsprechende einschränkende Stelle zu den bürgerlichen und politischen Rechten findet sich auch in dem »Dokument Nr. 9«, wonach die von den liberalen Demokratien geforderte Stärkung der Zivilgesellschaft als große destabilisierende Gefahr gesehen wird, weil sie ein Gegengewicht zum Staat darstelle, indem sie die Rechte des Individuums verteidige. Weitere einzudämmende Gefahrenpotenziale seien die westliche Vorstellung von Journalismus, zu dem die Pressefreiheit und ein freies Internet gehören. Jede Form von Freiheit stehe dem chinesischen Prinzip der Parteidisziplin entgegen,

das verlange, dass alle Medien die Auffassung der Partei kommunizieren. Ebenso unterminiere eine kritische Geschichtsschreibung die von der KP China festgelegte Interpretation und moralische Bewertung von Ereignissen in der chinesischen Geschichte und der Partei sowie der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus chinesischer Prägung.

Mit dem »Dokument Nr. 9« macht die Parteiführung deutlich, dass ein Wandel zu liberal-demokratischen Konzepten (»Wandel durch Handel«) gefährlich und daher abzulehnen sei, weil sämtliche Ideen destabilisierend wirkten und machtgefährdend seien. Um diese »großen Probleme« schon in der Entstehung zu verhindern, müsse »gute ideologische Arbeit geleistet« werden. »Angesichts der realen Gefahren von Chinas Verwestlichung, Spaltung und einer ›Farbrevolution«, welche alle von antichinesischen Kräften im Westen angetrieben werden«, müsse man der ideologischen Arbeit große Bedeutung beimessen. »Fehlgeleitete Gedanken und Ideen, die großen Einfluss haben und großen Schaden anrichten, müssen mit Kraft widerlegt werden. Den Menschen muss geholfen werden, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Sie müssen in ihrem Verständnis aufgeklärt werden« (Chinafile.com, 2013).

Diese ideologische »Aufklärung« beziehungsweise Umerziehung findet seit der Machtübernahme Xi Jinpings 2013 in immer stärkerem Maße statt und korrespondiert mit einer verstärkten Zensur des Internets. Die Partei hat die Führung und Lenkung auf dem ideologischen Schlachtfeld übernommen und ideologisiert inzwischen alle Lebensbereiche – vom Kindergarten über die Schule, die Universitäten bis hin zum Arbeitsplatz und in die Privatsphäre hinein. Die Zeit der dreijährigen Null-Covid-Politik, die das Land von der Außenwelt abschottete und die innere Bewegungsfreiheit einschränkte, erscheint im Rückblick auch wie eine Testphase für neue Überwachungsstrategien und ideologische Belastungsgrenzen.

Exkurs: Schanghai – »Coronautokratie«

Die folgenden Momentaufnahmen aus dem über hunderttägigen Lockdown in Schanghai, den der Autor im Jahr 2022 selbst erlebt hat, zeigen aus der Innenperspektive, wie eine Hightech-Autokratie in der Praxis funktioniert. Der paradoxe Nebeneffekt der durch die pandemiebedingten Einschränkungen entstehenden »Coronautokratie« ist, dass die Menschen, die eigentlich geschützt werden sollten, zu Opfern der Schutzmaßnahmen werden.

Blitzlockdown

Der 9. März 2022 in Schanghai beginnt wie jeder andere Tag: Es dampft und duftet an allen Ecken. Gebratene Gänse hängen in Schaufenstern am Haken, Modellbürger lächeln glücklich von Plakaten, und oben in den Palmen blitzen Kameras die Kennzeichen vorbeifahrender Autos im Sekundentakt. Zwischen schief gewehten Häusern ragt raumschiffartig ein Kaufhaus in die Höhe, vor dessen goldenem Portal ein Wachmann steht. Man muss einen digitalen Gesundheitscode zeigen, dann erscheint auf dem Bildschirm das eigene Gesicht in einem Fadenkreuz, über dem die Körpertemperatur aufleuchtet. Um 17:15 Uhr wird das goldene Portal verschlossen, während Hunderte Kunden noch weiter shoppen. Erst als eine Stimme die Schließung des Kaufhauses auf unbestimmte Zeit verkündet, ist die Verwirrung groß. Panik bricht aus, die Leute laufen durcheinander, doch sie müssen schlafen, wo sie gerade sind: in der Schmuckabteilung oder Tiefgarage. Drei Tage lang. In anderen Häusern übernachten Angestellte in Großraumbüros, Handwerker bei ihren Kunden in der Wohnung, Professoren in den Universitäten und Rentner hinter den Gittern des Gemüsemarktes. Das ganze Viertel ist vom Lockdown-Blitz getroffen und auf der Stelle stillgelegt.

Virenkrieg

Obwohl die Lage offiziell unter Kontrolle ist, steigen die Infektionszahlen weiter. Omikron ist in der Stadt. Massentests werden durch-

geführt, Kontakte nachverfolgt, Ausgangssperren verhängt und Personen isoliert. Gesundheitsagenten sind dem Virus auf der Spur, aber es ist schneller. Die Staatsmedien rufen den Krieg gegen das Virus aus. Am 31. März wird der östliche Teil der Stadt für fünf Tage geschlossen, danach der westliche Teil und dann, ohne Ankündigung, beide Teile auf unbestimmte Zeit. Der totale Lockdown hat sich eingeschlichen und 25 Millionen Einwohner sind betroffen. Geschäfte schließen, der Nahverkehr wird eingestellt, die Menschen verschwinden von den Straßen. Der öffentliche Raum hat aufgehört zu existieren. Die Stadt stirbt aus, und eine neue Spezies erscheint am Horizont: der Roboterhund. Furchtlos eilt er mit schnellen Trippelschritten durch die endlos weiten Hochhausschluchten. Auf seinem Rücken trägt er ein Megafon, aus dem eine eiserne Stimme vor der Freiheit warnt. Die Einwohner sollen zu Hause bleiben, Fieber messen und ihre Hände waschen. Wie sein mythischer Vorgänger wacht Zerberus 2.0 über die in eine Unterwelt verwandelte Stadt, damit kein Lebender die Schwelle seiner Haustür überschreitet. Wer es dennoch tut, wird durch das Kamera-Auge des Hundes am Gang erkannt und angezeigt.

Survival of the fastest

Der Lockdown dauert an und wird verschärft. Die Menschen sind ins Internet migriert. Dort gilt das Prinzip des Survival of the fastest. Nur wer um 5:00 Uhr aufsteht und durch Dauertippen auf der Handy-App ein Fenster zum Bestellen findet, hat die Chance auf eine Lieferung. Doch die Konkurrenz ist riesig und die Preise steigen im Minutentakt. Ein Kopfsalat kostet 10 Euro und wird nur gegen Höchstgebot geliefert. So lernt man seine Nahrung schätzen. Die Hierarchien werden auf den Kopf gestellt: Die Boten sind die neuen Könige und wer eine Lizenz zum Fahren hat, der ist bald reich. Die Umwertung der Werte zeigt sich in den sozialen Medien. Dort sieht man aus Gemüse geflochtene Taschen mit Gucci-Logo und aus der glitzernden Skyline von Schanghai wachsen per Fotomontage Gurken-Türme in den Himmel. Hunger ist die neue Grunderfahrung.

Plötzlich werden Zäune auf den Straßen aufgebaut, Notausgänge verschlossen und Wohnungstüren versiegelt. Da, wo es brennt, kommt keine Hilfe durch: Virus schlägt Feuer. Leute ersticken. Infizierte werden schreiend aus dem Haus getragen. Niemand darf zum Arzt und chronisch Kranke können nicht behandelt werden. Manche warten zu Hause auf den Tod und andere sterben vor dem Hospital, das sie nicht reinlässt. Das Staatsfernsehen fordert Disziplin und zeigt genesene Patienten, die fröhlich in die Kamera winken. Dann fahren mit Lebensmitteln überfüllte Lastwagen durchs Bild: Schlaraffenland Schanghai? Es ist alles viel schlimmer, als wir ahnen.

Pott-Proteste

Die Lieferdienste werden eingestellt. Die meisten Einwohner sind auf Hilfspakete der Regierung angewiesen, aber nicht alle kommen an und manche sind bereits verstorben. Die Wut auf »die da oben« wächst und ist inzwischen größer als die Angst vor Repressionen. In einigen Wohnvierteln versammeln sich abends Menschen an den Fenstern ihrer Hochhäuser und rufen: »Schickt uns Essensvorräte!« Dazu klopfen sie mit Löffeln auf Töpfe. Kurz darauf steigt eine Drohne an der Fassade auf, beleuchtet den Gefangenenchor und belehrt die Bittenden beinahe poetisch: »Beherrschen Sie den Drang Ihrer Seele nach Freiheit. Öffnen Sie nicht das Fenster – und singen Sie nicht!« Und da nicht wahr sein darf, was offensichtlich ist, wird der Pott-Protest von der »Netzpolsizei« per SMS zur Verschwörung ausländischer Mächte erklärt: »An alle: Die Netzsicherheit hat mitgeteilt, dass ausländische Kräfte die chinesischen Einwohner dazu ermutigen, auf den Topf zu klopfen, um zu protestieren. Diese Aktion ist eine Verschwörung, die von Ausländern angezettelt wurde [...]«

Lagerfläche/Arche Noah

Für Außenstehende scheint es beeindruckend (und erschreckend), wie schnell man in China (Quarantäne-)Lager baut. Aus Sicht des Systems ist es ein Gebot der technischen Vernunft, Probleme zu lösen, bevor sie entstehen oder unkontrollierbar werden. In wenigen Tagen werden zahlreiche Messehallen und Sportstadien der Stadt in



Im Lockdown in Schanghai hatten die Menschen mehr Angst vor dem Staat als vor dem Virus.

Quarantänelager umgebaut. Bis zu 30.000 Infizierte finden in einem Lager Platz. Eine logistische Meisterleistung. Auf einer Fläche von vier Quadratmetern stehen zwei Pritschen, die von einer hüfthohen Bande umgeben sind. Direkt dahinter liegt das nächste Patientenpaar. Menschen, so weit das Auge reicht. Man wird zur Nummer degradiert, ist vierundzwanzigstündiger Beleuchtung ausgesetzt und kann nicht duschen. Um 5:00 Uhr wird Fieber gemessen und man bleibt so lange hier, bis man negativ getestet wurde, obwohl immer neue Infizierte kommen. Nachdem Eltern protestieren, dass man sie von ihren Kindern trennt, werden Familiencontainer aufgestellt. Dennoch ist die Angst vor der Abholung in ein zentrales Quarantänelager größer als die Angst vor einer Infektion.

V(irus)-Effekt

Für die in Schanghai lebenden Ausländer ist die Erfahrung der Gefangenschaft ein Schock. Plötzlich merken viele, dass sie in einer Diktatur leben. Waren sie bisher privilegiert und politisch desinteressiert, so erkennen sie nun die Gitterstäbe vor der eigenen Haustür. Manche Manager mutieren in ihren Hochhauswohnungen zu Höhlenmenschen. Langhaarig und vollbärtig tauschen sie mit ihren Nachbarn Möhren gegen Pilze, die sie in Plastikeimern vom Balkon abseilen. Dabei sind Eier die neue Währung in der Wirtschaftsmetropole. Viele sind verwirrt, denn die vom Virus verursachte Unterbrechung der gewohnten (Lebens-)Handlung wirkt wie ein Verfremdungseffekt (V-Effekt) im epischen Theater, der die bisherige Illusion zerstört. Gleichzeitig führt die existenzielle Erfahrung zu der Frage nach den Menschenrechten, die viele im eigenen Fall missachtet sehen.

Zwar werden die Menschenrechte in China kollektiv gedacht, doch ist nicht von der Hand zu weisen, dass eines der höchsten Menschenrechte hier – das Recht aller auf ein fröhliches Leben – kurzfristig durch das gleichfalls wichtige Menschenrecht – die Gesundheit aller zu erhalten – ersetzt wurde. Der V(irus)-Effekt führt dazu, dass viele vom System überzeugte Ausländer nun schnellstmöglich nach Hause möchten. Sie wollen wieder selbstbestimmt leben und ihre Freiheit genießen. Der Expat-Exodus zwingt ausländische Unternehmen dazu, die vielen frei werdenden Stellen mit lokalen Arbeitnehmern zu besetzen, was politisch nicht unerwünscht ist (»In China für China«). Gleichzeitig führt dieser humane Selbstreinigungseffekt dazu, dass mit den Ausländern auch endlich ein anderes »Virus« verschwindet: die westlichen Werte.

Tag der Befreiung

Der 1. Juni ist ein »Tag der Befreiung«. Am »Tag des Kindes« wird das »stadtweite statische Management«, wie der Lockdown offiziell heißt, in eine neue Phase überführt. Die Leute dürfen wieder auf die Straße. Schulen, Restaurants und Einkaufszentren öffnen mit begrenzter Kapazität. In der Nacht zuvor versammeln sich Millionen Menschen auf den Höfen ihrer Wohnblocks und zählen die Sekunden, bis sie das neue Leben begrüßen dürfen. Um 0:00 Uhr öffnen sich die Tore, Stadtviertel werden »entsiegelt«, Barrieren weggeräumt: Jubel brandet auf, Wunderkerzen brennen, Böller explodieren, der Himmel dampft und die Leute strömen staunend auf die Straßen, als seien sie nach Monaten aus dem Koma aufgewacht.

Von nun an gilt das Prinzip der »sozialen Kontrolle«. Die Stadtteile werden, je nach Infektionslage, in »geschlossene Gebiete« (Infizierte innerhalb der letzten sieben Tage), »Kontrollgebiete« (keine Neuinfektion innerhalb von sieben Tagen) und »Präventionsgebiete« (keine Neuinfektion innerhalb von 14 Tagen) eingeteilt. Zur Überwachung und Frühwarnung wird durch Teststellen, Probenahme- und Untersuchungsstellen ein »bequemer und empfindlicher Erkennungsmechanismus« eingerichtet, um Risikopersonen durch »Nuklein-

säure- und Antigentests, Gebäudecodes, digitale Fiebermessung und Apothekenüberwachung« in erster Instanz zu erkennen und in zweiter Instanz zu isolieren. Wer ein Geschäft betreten oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln reisen möchte, muss einen höchstens 24 Stunden alten negativen Nukleinsäuretest vorweisen. So wird die Stadt in eine Klinik transformiert, die alle Bewohner zu potenziellen Patienten erklärt.

Die strategische Ambivalenz dieser Hospitalisierung liegt darin, dass einerseits 100 Millionen ältere Menschen nicht geimpft oder geboostert sind, weshalb die umfassenden Schutzmaßnahmen sinnvoll scheinen, obwohl die Parteiführung die beiden »Festungs-Jahre« zuvor hätte nutzen können, eine landesweite Impfkampagne durchzuführen. Andererseits entsteht durch dieses Versäumnis der Verdacht, mittels der permanenten Pandemiebedrohung eine vorübergehende »Coronautokratie« zu errichten, deren Staatsräson darin besteht, im Namen der sozialen Sicherheit den totalen Überwachungsstaat zu legitimieren. Die Maßnahmen wirken: Die Zahl der gemeldeten Neuinfektionen in Schanghai sinkt auf 15 pro Tag.¹³

Schanghai-Syndrom

Die neue Freiheit fühlt sich fremd an, denn die soziale Kontrolle hat ein Klima der Unsicherheit geschaffen. Viele Leute bleiben lieber zu Hause, als sich mit Freunden zu treffen oder ins Restaurant zu gehen. Manch einer glaubt, am »Stockholm-Syndrom« zu leiden, bei dem die Geiseln mit ihren Entführern kooperieren. Beim »Schanghai-Syndrom« entführen sich die Geiseln selbst, weil sie Angst vor der sogenannten Freiheit haben. Denn durch die »Pandämonisierung« des öffentlichen Raums in Form der dauerhaften Überwachung entsteht das gespaltene Gefühl von Sicherheit und Sorge. Das Virus scheint unter Kontrolle, doch wer i(de)n(t)ifiziert wird, muss zur zentralen Quarantäne in ein Sammellager.

13 Allerdings: Getestet werden nur Leute, die vor die Tür gehen. Viele Menschen, auch positiv Getestete, bleiben zu Hause.

Diese moderne Form des »Schanghaiens«¹⁴ führt zu einer schleichen- den Paranoia, da sich die Einwohner-Patienten von den unsichtbaren Mächten dauerhaft verfolgt oder bedroht fühlen. Jeder kann jederzeit zum Verdachtsfall werden. Hierzu reicht es aus, zufällig am selben Ort zu sein, an dem eine Infektion gemeldet wird. So schlossen sich aufgrund eines positiven Falls in einem großen Möbelhaus kurz vor Ladenschluss plötzlich die Türen und alle Insassen mussten an Ort und Stelle übernachten, bis sie freigesendet wurden. Die in den sozialen Medien verbreiteten Videos zeigen Menschen, die panisch durch das Kaufhaus rennen oder neben ihren Einkaufstaschen auf dem Boden schlafen. So reproduziert sich die Paranoia viral und wird zum Massenphänomen.

Hochhausbrand

Ürümqi, Hauptstadt der Provinz Xinjiang in Nordwestchina. Seit drei Monaten steckt die Stadt im Lockdown. Die Nerven der Bewohner liegen blank. Unweit des Großen Basars bricht am Abend des 24. November in der 15. Etage eines Hochhauses ein Feuer aus. Schnell schlagen die Flammen in die Höhe und verwandeln das Haus in eine Fackel. Auf einem Video sieht man, dass die Feuerwehr nicht durchkommt, weil Straßensperren den Weg blockieren. Die Besatzung muss aussteigen, um die Hindernisse wegzuräumen. Dennoch bleibt zu viel Abstand zu dem Haus. Der Wasserbogen des Löschfahrzeugs verfehlt das Feuer mehrfach. Drei Stunden dauert es, den Brand zu löschen. Zehn Menschen sterben, offiziell. Darunter eine uigurische Mutter mit ihren vier Kindern. Wut- und Trauerbotschaften überfluten das Internet: 1,1 Milliarden Mal werden Beiträge zum Thema angesehen. Erste Fragen tauchen auf: Wurden die strikten Corona-Maßnahmen zur Todesfalle? Waren die Notausgänge verriegelt, um die Bewohner am Verlassen des Gebäudes zu hindern? Die Behörden widersprechen. Das Staatsfernsehen betont, dass es sich

14 In der Seemannssprache wurde mit dieser Art der Freiheitsberaubung das gewaltsame Rekrutieren von Seeleuten für Kriegs- und Handelsschiffe und teilweise auch zur Heeresergänzung bezeichnet.

nicht um ein Risikogebiet gehandelt habe und die Leute Freigang gehabt hätten. In den sozialen Medien werden Fotos geteilt, die einen mit Vorhängeschlössern verriegelten Fluchtweg in dem Gebäude zeigen. Auch bleibt fraglich, ob die Tür der Opfer versiegelt war. Statt den Vorfall aufzuklären, sagt der Leiter der örtlichen Feuerwehr: »Die Fähigkeit einiger Bewohner, sich selbst zu retten, war zu schwach. Sie konnten nicht rechtzeitig entkommen.«

Papier-Proteste

Der Wohnungsbrand wird zum Wendepunkt. Die Menschen zeigen Mitgefühl und solidarisieren sich im Angesicht der Katastrophe. In Peking halten Studierende an den Elite-Universitäten weiße Blätter in den Händen: das Zeichen der Hongkonger Demokratiebewegung, das die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch das Nationale Sicherheitsgesetz symbolisierte. In den sozialen Medien posten zahlreiche Netizens daraufhin weiße Blätter, bis der Hashtag »#white paper exercise« gesperrt wird. Studierende an vielen Hochschulen im ganzen Land schließen sich den »Papier-Protesten« an und singen dabei die Nationalhymne oder die »Internationale«. In Schanghai versammeln sich die Leute am Abend auf der »Wulumuqi-Straße« (chinesischer Name für Ürümqi) und halten weiße Blätter, Blumen oder Kerzen in den Händen.

Kurz darauf fahren lautlos schwarze Mannschaftswagen an und Sicherheitskräfte kreisen das Gebiet großflächig ein. Jemand in der Menge ruft: »Wir wollen keine PCR-Tests, wir wollen Freiheit!« Die Sicherheitskräfte scheinen überrascht. Jemand ruft kaum hörbar: »Demokratie statt Diktatur!« Andere stimmen ein. Jemand ruft: »Nieder mit der Kommunistischen Partei! Nieder mit Xi Jinping!« Die Polizei bildet eine Phalanx und rückt gegen die zahllos gezückten Handys vor. Fotos und Videos werden in den sozialen Medien gepostet, sofort von der Zensurbehörde gelöscht, von Nutzern wieder gepostet und wieder gelöscht. Einzelne Demonstranten schreien Sicherheitskräfte an, während die allgegenwärtigen Kameras die Szenen aufzeichnen. Für viele wird dieser Abend Folgen haben, denn die Handys

werden geortet und die Chatverläufe mitgelesen. Dann folgen erste Festnahmen. Ein BBC-Reporter wird in Handschellen abgeführt und Stunden später freigelassen. Die Politik- und Rechtskommission der Kommunistischen Partei macht daraufhin feindliche Elemente für die Störung der öffentlichen Ordnung verantwortlich und fordert, hart gegen Infiltration und Sabotage durchzugreifen.

Erinnerungen an 1989

Es ist die größte öffentliche Protestwelle in China seit über 30 Jahren. Im Ausland werden sofort Erinnerungen an die Demokratiebewegung von 1989 wach, die auf dem »Platz des Himmlischen Friedens« blutig niedergeschlagen wurde. Bis heute haben die traumatischen Ereignisse von damals eine Leerstelle in der offiziellen Geschichtsschreibung hinterlassen. Kein Nachgeborener soll etwas von dem Ereignis wissen. In der neuen »Xi-Dynastie« stehen abweichende Meinungen unter Strafe, Demonstrationen sind verboten und öffentliche Proteste grenzen an Hochverrat. Wie wird die Regierung reagieren? Sie schweigt. Aber es ist ein bedrohliches Schweigen, das wie ein Damoklesschwert über den Demonstranten hängt. Das Dilemma lautet: Korrigiert die Führung ihren Null-Covid-Kurs, wird ihre Unfehlbarkeit infrage gestellt. Schlägt sie die Proteste nieder, könnte die Lage im Land eskalieren. Kurz darauf meldet die Gesundheitskommission in Peking 35.000 neue Covid-Fälle. Ein neuer Tageshöchstwert. Und die Infektionen steigen unaufhaltsam weiter.

Virus, walk with me

Wenige Tage später dann der Schock. Am 7. Dezember werden sämtliche Corona-Beschränkungen nach drei Jahren aufgehoben. Ohne Ankündigung oder Erklärung und für alle völlig unerwartet. Kapitül oder Kapitulation? Die Teststationen schließen und die zentralen Quarantänecenter öffnen ihre Pforten: Tausende Insassen strömen erst ungläubig, dann jubelnd ins Freie. Kurz darauf rast das Virus durch das Land und die Infektionszahlen explodieren. In den ersten drei Wochen stecken sich laut Schätzungen der Behörden 248 Millionen Menschen an. Danach werden keine offiziellen Zahlen mehr

veröffentlicht. Bis Ende Januar 2023 sollen es aufgrund der Reise-
welle zum Frühlingsfest eine Milliarde Infizierte gewesen sein, da die
Bevölkerung aufgrund der strengen Schutzmaßnahmen keine natür-
lichen Antikörper bilden konnte.

Die Krankenhäuser sind so überfüllt, dass die Patienten auf den Park-
plätzen behandelt werden müssen. Die Medikamente in den Apothe-
ken sind ausverkauft und über die Zahl der Toten kann nur spekuliert
werden. In Peking sterben anfangs rund 11.000 Menschen pro Tag.
Auf einem Video sieht man zahllose Leichenwagen kilometerlang im
Stau stehen. Die Krematorien kommen mit dem Einäschern nicht nach
und sind bis Mitte Mai ausgebucht. Zahllose Leichen werden in den
Kühlhäusern der Nachbarprovinzen gelagert. Zur gleichen Zeit ruft
Staats- und Parteichef Xi Jinping in seiner Neujahrsansprache zum
Durchhalten auf und sieht »das Licht der Hoffnung direkt vor uns«.



**Mit dem plötzlichen Ende der
Null-Covid-Politik hat sich die Erzählung
von der um die Volksgesundheit
besorgten Partei als Mythos erwiesen.**



Die Null-Covid-Politik wird nicht offiziell beendet, sondern hebt sich
am Ende dialektisch selbst auf, indem der Begriff in den Staatsme-
dien nicht mehr verwendet wird. Auch das Corona-Virus wird im
konfuzianischen Sinne sprachlich umdefiniert, denn »stimmen die
Worte nicht [...], so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen«
(Kungfutse, 1975, 131). Die neue, hoch ansteckende Omikron-Sub-
variante wird zur Corona-ähnlichen Erkältung herabgestuft, deren mil-
der und zu 95 Prozent asymptomatischer Verlauf – einem anonymen
Wissenschaftler zufolge – eine geringe Sterblichkeitsrate aufweise.

Daher seien (die sehr teuren) Schutzmaßnahmen nicht mehr nötig. Während dieser (Kom)Plot(t) den politischen Gesinnungswandel zu erklären sucht, löst das Chaos der unkontrollierten Öffnung den Mythos von dem sich um die Gesundheit seiner Bürger sorgenden Staat in Luft auf.

»Lasst uns nicht verschwinden«

Kurz vor dem Frühlingsfest taucht ein Video im Netz auf, das eine 26-jährige Redakteurin zeigt, die an einem Tisch sitzt und in die Kamera spricht. Sie sagt, dass sie einigen Freunden dieses Video anvertraut habe, damit sie es nach ihrem Verschwinden veröffentlichen. Sie habe sich am 27. November, nach der Brandkatastrophe in Ürümqi, mit einigen Freunden den Trauernden in Peking angeschlossen. Zwei Tage später holte die Polizei sie und ihre Freunde am frühen Morgen nacheinander von zu Hause ab, um sie 24 Stunden lang auf der Polizeistation »auszubilden«. Sie wurden für unschuldig befunden und freigelassen. Als sie dachten, dass es vorbei sei, verhaftete die Polizei am 18. Dezember heimlich ihre Freunde. Als man sie aufforderte, den Haftbefehl zu unterschreiben, war die Spalte mit den Anschuldigungen leer.

Sie sagt, dass sie an den Tatort gegangen seien, um denjenigen ihr Mitgefühl auszudrücken, die ihr Leben verloren hatten. Am Tatort hielten sie sich an die Regeln, ohne irgendwelche Konflikte mit der Polizei zu verursachen. Sie sagt: »Wir wollen wissen, warum ausgerechnet wir verurteilt werden. Was sind die Beweise, um uns zu verurteilen? Warum können wir ohne strafrechtliche Beweise so willkürlich verhaftet werden? Wenn wir nur aus Mitgefühl zur Gedenkstätte gegangen sind, wie viel Platz haben dann unsere Gefühle in dieser Gesellschaft? Ich hoffe, Sie helfen uns. Wenn Sie uns verurteilen wollen, dann zeigen Sie der Öffentlichkeit die Beweise! Lasst uns nicht zu Unrecht von dieser Welt verschwinden, lasst uns nicht willkürlich weggebracht oder verurteilt werden!«

Die junge Frau bleibt – wie viele andere – verschwunden.

»Menschheitswunder«

Am 17. Februar erklärt Staatspräsident Xi Jinping die Pandemie offiziell für beendet. In einer Sitzung des Staatsrats sagt er, dass China einen »großen und entscheidenden Sieg errungen« und ein »Wunder in der Geschichte der Menschheit vollbracht« habe. Das Wunder bestehe darin, dass die bevölkerungsreiche Nation eine Pandemie überstanden und die weltweit geringste Sterblichkeitsrate vorzuweisen habe. Den offiziellen Statistiken zufolge lag die Zahl der Schwerkranken bei 800.000 und die Zahl der in den Krankenhäusern Verstorbenen bei 83.150.¹⁵ Daher sei die Null-Covid-Strategie mit den fast dreijährigen Schutzmaßnahmen richtig gewesen; durch sie konnte man »wertvolle Zeit« gewinnen und die tödliche Wirkung des Virus abschwächen. Seit November 2022 wurde die »vollkommen korrekte« Strategie (vor den Protesten!) »kontinuierlich angepasst«, durch den »reibungslosen Übergang« (plötzlich Öffnung, chaotische Zustände) »optimiert« (eine Milliarde Infizierte, unzählige Tote) und von den Massen anerkannt.

Epi(demie)log

Die Ironie dieser Pandemiegeschichtevariante liegt vielleicht darin, dass sich die KP eines theologischen Wunders bedient, um den gesellschaftlichen Wahnsinn umzudeuten und rückblickend einer höheren Ordnung zuzuschreiben, an deren Spitze der Parteivorsitzende (schein-)heilig die Erlösung verkündet. Bewundernswert sind dagegen die Menschen, die mit Engelsgeduld, Galgenhumor und Opferbereitschaft alle Einschränkungen ertragen haben. So wird aus der Corona-Tragödie ein epi(pandemi)sches Lehrstück, an dessen Ende der »Deus ex Machina« aus dem Nichts erscheint und seine (Doppel-)Moral verkündet. Aber das Wunder schließt die Wunden nicht. Die Reaktionen des Publikums sind gemischt: Die Genossen applaudieren, während die Toten schweigen (Lettre International, 2022; 2023).

¹⁵ Nicht eingerechnet sind die zahlreichen Menschen, die zu Hause, auf dem Land oder aufgrund der Schutzmaßnahmen verstarben, weil sie im Lockdown nicht zum Arzt konnten oder sich aus Verzweiflung das Leben nahmen. Fachleute schätzen die Zahl der Toten auf zwei Millionen, was gemessen an der Gesamtbevölkerung von 1,4 Milliarden immer noch eine relativ geringe Quote ist.

— Kapitel 3

Operative Aspekte: Welchen Einfluss Autokratien auf uns nehmen

3.1	Macht-Marketing	56
3.2	Methoden der Manipulation	60
3.3	Hybride Kriegsführung	67

3.1 Macht-Marketing

Autokratie-PR

»Saudi-Arabien lockt Ronaldo mit unglaublichem Angebot« (Die Welt, 2022) – diese Schlagzeile sorgte 2022 für große Aufmerksamkeit. Der vielfache Weltfußballer und Superstar Cristiano Ronaldo lief zwar fußballerisch ins Abseits, bediente Saudi-Arabien aber mit einem PR-Volltreffer. Was auf den ersten Blick sportlich erscheint, ist auf den zweiten Blick auch politisch gemeint. Autokratien – wie auch Demokratien – üben auf vielfältige und oft subtile Weise Einfluss aus, um ihre eigene Machtbasis zu sichern, sich neue Einflussbereiche zu erschließen oder um Werbung für ihr politisches System zu machen. Ein wichtiges Instrument im Rahmen des autokratischen Staatsmanagements ist das »Macht-Marketing«, welches das Ziel verfolgt, ein positives Image des Systems zu schaffen.

Besonders erfolgreich auf diesem Gebiet sind neuerdings die »Petro-Autokratien« der Golfstaaten Bahrain, Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi-Arabien, die den Profisport als politische Investitionsmöglichkeit entdeckt haben. Er soll dazu dienen, ihr Ansehen in der Welt zu erhöhen, neue Netzwerke aufzubauen und perspektivisch ihre Einkommensquellen zu diversifizieren. Kritiker sprechen von »Sportwashing«¹⁶: Der Sport soll von gesellschaftlichen Missständen ablenken. So trug das Königreich Bahrain 2004 als erstes arabisches Land ein Formel-1-Rennen aus und ist seitdem fester Bestandteil des internationalen Rennkalenders. Die glanzvollen und medienwirksamen Megaevents der Formel 1 oder eigener Golfturniere überstrahlen und verschleiern zugleich die teils religiös bedingte Unterdrückung der Menschenrechte wie zum Beispiel Gleichberechtigung, Religions- oder Meinungsfreiheit in den autoritären Regimen (Amnesty International, 2019).

¹⁶ Der Begriff setzt sich aus Sport und Whitewashing zusammen (Der Spiegel, 2020a).



Mithilfe internationaler Sportstars und Megaevents wollen die Herrscher der Golfstaaten ihr Image bessern und von Missständen ablenken.

• Abu Dhabi

Die »Abu Dhabi United Group«, die mehrheitlich der Herrscherfamilie des arabischen Emirats Abu Dhabi gehört, kaufte 2008 den bis dahin wenig erfolgreichen englischen Fußballklub »Manchester City« und formte ihn seitdem kraft ihrer finanziellen Investitionen in Höhe von 2 Milliarden Euro zu einer europäischen Spitzenmannschaft. Seit 2012 gewann das Team siebenmal die englische Meisterschaft, davon – mit Ausnahme 2020 – fünfmal in Folge, bevor es sich 2023 zum ersten Mal in seiner Geschichte zum europäischen Champions-League-Sieger krönte. Allerdings wurden zwischen 2009 und 2018 insgesamt 115 Verstöße (T-Online, 2023a) gegen die Finanzregeln der englischen Topliga (Financial Fair Play) festgestellt. Die Ermittlungen laufen derzeit noch.

• Dubai

Das Emirat Dubai sponsert Fußball-Spitzenmannschaften aus halb Europa, darunter den AC Mailand, Arsenal London, Olympiakos Piräus, Olympique Lyon, Real Madrid und SL Benfica Lissabon. Auch der FC Bayern München verbrachte seine Wintertrainingslager in der Vergangenheit häufig in Dubai. Von 2018 bis 2023 ließ sich der FC Bayern darüber hinaus jährlich 17 Millionen Euro von seinem Sponsor Qatar Airways überweisen (Der Spiegel, 2023a) und hat seit August 2023 eine Platinpartnerschaft mit der Tourismus- und Imagekampagne »Visit Rwanda« (T-Online, 2023b). Dubai trägt den eigenen FA Emirates Cup (Fußball) aus, führt zahlreiche andere Veranstaltungen durch oder sponsert sie im Ausland – wie zum Beispiel Rugby (Partner der Weltmeisterschaft), die ATP-Tennistour, Profi-Radfahren, Pferderennen, Cricket, Segeln sowie Kunst und Kultur (Emirates, 2023).

- **Katar**

Das Emirat Katar landete einen Coup mit der erstmals im Winter ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft 2022, deren Vergabe von Bestechungsvorwürfen und Kritik wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen begleitet wurde. Während der Generalsekretär des WM-Organisationskomitees in Katar, Hassan al-Thawadi, eine Zahl »zwischen 400 und 500« Todesfällen bei Arbeiten im Zusammenhang mit der WM erwähnte (Sportschau.de, 2022), berichtete die britische Tageszeitung The Guardian (2022) von 6.500 gestorbenen Arbeitsmigranten aus fünf Ländern seit der Vergabe der Weltmeisterschaft im Jahr 2010. Das ikonische Endbild der WM war die Umhüllung des besten WM-Spielers Lionel Messi durch den Emir von Katar, der dem Argentinier im Moment der WM-Pokalübergabe ein traditionelles Gewand (Bischt) umlegte. Die Geste wurde teils als Ehrbezeugung, teils als Vereinnahmung gedeutet und brannte sich als mediale Botschaft ins kulturelle Weltgedächtnis ein.

Blame-Changer

Laut einer Studie des Politikwissenschaftlers Adam Scharpf (SCRIPTS, 2023) von der Universität Kopenhagen blieb Katars Image-Offensive mittels der WM in Europa zwar erfolglos, dafür erhöhten sich die Sympathien für die arabischen Länder insgesamt. Innerhalb der arabischen und autokratischen Welt dürfte der Imagegewinn Katars höher einzuschätzen sein, da man sich sportpolitisch auf Augenhöhe mit Russland (Fußball-WM 2018) und der VR China (Olympia 2008, 2022) befand. Ein zweiter Effekt sei gewesen, dass die Befragten die negative Berichterstattung zu Katar in den deutschen Medien kritisch sahen und ein signifikant gestiegenes Misstrauen hinsichtlich der Unparteilichkeit der deutschen Medien festzustellen war. Folglich könnten internationale Sportereignisse, insbesondere in Autokratien, »die Polarisierung in ausländischen Demokratien verstärken«, so Scharpf. Sofern dies die Absicht Katars gewesen sein sollte, wäre die WM ein erfolgreiches Macht-Marketing-Instrument gewesen, weltweit das eigene Image zu verbessern und das Selbstbild der liberalen Demokratien in ihren eigenen Gesellschaften infrage zu stellen (NZZ, 2023).

• Saudi-Arabien

Die ambitionierteste »Start-up«-Autokratie im Hinblick auf das sportliche Macht-Marketing ist Saudi-Arabien. Nachdem der saudi-arabische Journalist und Regierungskritiker Jamal Khashoggi 2018 im saudischen Generalkonsulat in Istanbul ermordet worden war, startete der saudi-arabische Kronprinz Mohammed bin Salman einen medienwirksamen »Change-Prozess« des Regimes, um das beschädigte Ansehen in der Weltöffentlichkeit wiederherzustellen. Neben Formel-1-Rennen, Box-Weltmeisterschaften, einer eigenen Golf-Serie und der Ausrichtung der Asien-Winterspiele 2029 steht Fußball ganz oben auf der politischen Agenda des Kronprinzen.

Nach der Übernahme des englischen Erstligisten Newcastle United durch einen saudischen Staatsfonds im Jahr 2021 sorgt die sportliche Aufwertung der »Saudi Professional League« mit spektakulären Transfers für Furore. Im August 2023 verpflichtete der saudische Fußballklub Al-Hilal den brasilianischen Superstar Neymar vom französischen Verein Paris Saint-Germain, der wiederum einer katarischen Investmentgruppe gehört. Die Katarer zahlten 2017 rund 222 Millionen Euro für Neymar an den FC Barcelona, was bis heute die teuerste Ablösesumme für einen Fußballspieler ist. In Saudi-Arabien verdient Neymar 100 Millionen Euro pro Jahr (Sports Illustrated Deutschland, 2023). Hinzu kommen zahlreiche Extrawünsche wie zum Beispiel eine 25-Zimmer-Villa, acht Luxusautos, fünf Vollzeit-Butler, drei Saunen und ein dauerhaft mit Saft gefüllter Kühlschrank. Für jeden Beitrag, in dem Neymar Saudi-Arabien in den sozialen Netzwerken positiv erwähnt, erhält er 500.000 Euro. Im Gegenzug erzielen seine positiven Beiträge über das Leben in der Autokratie eine hohe Reichweite: Neymar hat 62,5 Millionen Follower bei X (ehemals Twitter) und 212 Millionen Follower bei Instagram (Focus, 2023).

• Imagewechsel

Noch etwas mehr Geld bekommt der eingangs erwähnte Superstar Cristiano Ronaldo. Der 37-jährige Portugiese wurde vom saudi-arabischen Klub Al-Nassr als Spieler und Botschafter für Saudi-

Arabien WM-Bewerbung 2030 verpflichtet und erhält in zwei Jahren rund 500 Millionen Euro. Ronaldo, der sein Engagement als »Mission« beschreibt, interessiert Kritik bezüglich der Menschenrechtslage in Saudi-Arabien ebenso wenig wie alle anderen dort spielenden Profis. Dabei ist die Anzahl der Hinrichtungen unter dem Kronprinzen bin Salman deutlich gestiegen. Im März 2022 wurden an einem Tag 81 Todesurteile vollstreckt. Aber viel mehr Aufmerksamkeit als diese alarmierenden Nachrichten erregen inzwischen die fußballerischen Transfergerüchte in dem Land.

3.2 Methoden der Manipulation

Während die Autokratien ihre Medien staatlich lenken und sich vor äußeren Einflüssen durch eine umfassende Zensur schützen (vgl. Kapitel 2.3), missbrauchen autokratische Staatsmedien umgekehrt die Meinungs- und Pressefreiheit in liberalen Demokratien, um ungehindert Desinformation zu verbreiten. Dabei nutzen die Autokratien die vermeintlichen Stärken der »offenen Gesellschaften« wie zum Beispiel die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheiten aus, die sie für ihre Zwecke der »hybriden Kriegsführung« (Brey, 2023) instrumentalisieren und so in Schwächen der Demokratien verwandeln.

Das Ziel ist – vor allem im Falle Russlands – die Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den liberalen Demokratien durch die Verbreitung von Falschmeldungen, Hassbotschaften und irrationalen Zukunftsängsten. Darüber hinaus wird perspektivisch die »Umpolung« beziehungsweise Zerschlagung der EU angestrebt, um unabhängige Demokratien in abhängige Autokratien zu transformieren. Zu diesem Zweck werden rechts- und linksextremistische Parteien in Europa von Russland ideologisch und finanziell gefördert und Abgeordnete zu Besuchen eingeladen. Die Methoden der Manipulation reichen von Soft-Power-Strategien über Desinformationskampagnen (Russland, China, Iran), Spionage, Cyber-Attacken und Informationskriege bis hin zu Wahlbeeinflussung (Russland in den

USA) oder der Ermordung von Regimegegnern wie der des ehemaligen KGB-Agenten Alexander Litwinenko und der Vergiftung Sergej Skripals 2018.

Strategische Soft Power

Im Gegensatz zur ökonomischen und militärischen Stärke (Hard Power) setzt das vom US-amerikanischen Politologen Joseph Nye (1990a) entwickelte Konzept der »Soft Power« auf die indirekte politische Einflussnahme (Nye, 1990b, 31 ff.) durch attraktive (und die eigenen Werte vermittelnde) Sprach- und Kulturangebote in anderen Ländern sowie durch ein für alle Seiten gewinnbringendes Engagement in internationalen Institutionen (Sloan/Borchert, 2005).¹⁷ So wurden die USA – auch mittels ihrer Soft Power – zum größten Exporteur von liberal-demokratischer Politik, freier Marktwirtschaft und



Grundwerten wie den Menschenrechten (Li, 2018). Zur nachhaltigen Gestaltung der internationalen Ordnung und zur engeren Bindung der ehemaligen Gegner des Ostblocks gründeten die USA Institutionen wie die Welthandelsorganisation, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, um ihre Führungsrolle durch ihre Regeln und Normen zu legitimieren (Liang, 2012).

¹⁷ Deutschland setzt seine Soft Power im Bereich Sprach- und Kulturvermittlung als »dritte Säule der Diplomatie« ein, um den multilateralen Kulturaustausch nachhaltig zu fördern sowie einen »wichtigen Beitrag zur weltweiten Krisen- und Konfliktprävention« zu leisten. Zu den vom Auswärtigen Amt finanzierten Kulturmittlern gehören die Goethe-Institute, der Deutsche Akademische Austauschdienst, der Freiwilligendienst »kulturweit« und andere.

Mit dem Aufstieg Chinas, dessen globalem »Wirtschaftsnetworking« (zum Beispiel Neue-Seidenstraße-Initiative) und der von China betriebenen Förderung alternativer Institutionen wie der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organisation (SCO) wird mittels Soft Power auch ein »Autokratie-Export« in Richtung der Demokratien betrieben. Das Ziel der Soft-Power-Strategie, zu deren Quellen auch Wissenschaft, Technik und Religion gehören (Hartmann, 2009, 63), ist es, andere Menschen und Staaten zu bewegen, denselben politischen Willen zu entwickeln und dieselben Ziele zu verfolgen wie man selbst (Höse, 2008, 81).

PR-Agenturen

Internationale PR-Agenturen dienen dazu, mit Imagekampagnen für autokratische Systeme oder ihre Repräsentanten die Sympathien im Ausland zu gewinnen. Im Falle Russlands helfen sie bei der Ausarbeitung der Soft-Power-Strategie, um »Verständnis für Russland und Achtung vor seinen Interessen und Werten zu wecken« (Reporter ohne Grenzen, 2013). Die meisten PR-Agenturen arbeiten seit dem G-8-Gipfel in Sankt Petersburg 2006 mit der russischen Regierung zusammen, darunter die US-amerikanische Agentur Ketchum sowie Portland und G-Plus in Europa.¹⁸ G-Plus mit Büros in Brüssel, Paris und London berät den Kreml bezüglich seiner Medienstrategie und beobachtet die (west-)europäische Berichterstattung über Russland. Als Berater konnte die Agentur zeitweise den erfahrenen Journalisten und ehemaligen BBC-Korrespondenten in Moskau und Brüssel, Angus Roxburgh, gewinnen (Reporter ohne Grenzen, 2013).

Länderübergreifende Medienkooperationen

Im August 2023 unterzeichneten der staatliche russische Sender Sputnik und die iranische Nachrichtenagentur Tasnim eine Kooperationsvereinbarung zur »Stärkung der Zusammenarbeit bei Medien-

¹⁸ Ketchum soll für seine Tätigkeit zwischen 2006 und 2012 rund 23 Millionen US-Dollar erhalten haben (ProPublica, 2013).

aktivitäten auf der globalen Bühne« (Der Spiegel, 2023b). Der international tätige Sender Sputnik ist ein mehrsprachiger Radiosender und ein Nachrichtenportal, das die staatliche russische Propaganda systematisch in anderen Ländern verbreitet. Sputnik bezeichnet den Krieg in der Ukraine bis heute als eine »militärische Spezialoperation«. Der Sender ist seit dem 3. März 2022 in der Europäischen Union wegen der »Verbreitung von Lügen« zum russischen Überfall auf die Ukraine verboten (Rat der Europäischen Union, 2022b).

Angesichts internationaler Sanktionen haben der Iran und Russland ihre Kooperation auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet ausgebaut. Die Islamische Republik unterstützt Moskau nach westlichen Erkenntnissen auch mit sogenannten Kamikaze-Drohnen im Krieg gegen die Ukraine. Teheran bestreitet dies (Handelsblatt, 2023b). Die iranische Nachrichtenagentur Tasnim ist das Sprachrohr der mächtigen Revolutionswächter (IRGC). Der Nachrichtenchef von Tasnim, Abdollah Abdollahi, sagte, dass diese Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt sei, um der »westlichen Hegemonie« entgegenzuwirken (Der Spiegel, 2023b). Das Narrativ von der »westlichen Hegemonie« wird gemeinsam mit dem Imperialismus- und dem Kolonialismus-Narrativ von sämtlichen Autokratien zu einer großen anti-westlichen Erzählung verdichtet. Das Ziel der Autokratien ist, zunächst die Deutungsherrschaft zu übernehmen, um dann die Vorherrschaft der westlich geprägten liberalen Demokratien zu durchbrechen.

Auslandsmedien

Eine wichtige Waffe im internationalen »Informationskrieg« sind die mit großzügigen Budgets ausgestatteten Auslandsmedien, mit denen Autokratien ihre eigene Sichtweise auf das internationale Geschehen verbreiten und ein Gegengewicht zu den westlichen Medien bilden (Der Spiegel, 2021a). Insbesondere der 2005 vom russischen Staat gegründete, finanzierte und unter seiner Kontrolle stehende Auslandssender »Russia Today« (ab 2009 RT) spielt bei der manipulierenden Meinungsbildung im Ausland eine wichtige Rolle.

RT beschäftigt über 2.000 Mitarbeiter, sendet in englischer, arabischer, französischer und spanischer Sprache. Mit seinen Nachrichten, Talkshows und Dokumentationen erreicht der Sender nach eigenen Angaben 630 Millionen Zuschauer in mehr als 100 Ländern. Damit positioniert sich RT auf dem weltweiten Medienmarkt als Alternative zu CNN International und BBC World. Allerdings änderte RT seine Soft-Power-Strategie einer positiven Berichterstattung über Russland 2014, weil die Einschaltquoten zu gering waren. Stattdessen kommentiert der Sender seitdem Nachrichten aus Sicht des Kremls und verbreitet antiamerikanische und antiwestliche Propaganda. Mit dieser neuen Ausrichtung spricht RT sowohl Zuschauer an, die sich in den US-amerikanischen und europäischen Medien nicht mehr wiederfinden, als auch Globalisierungskritiker und Verschwörungstheoretiker.

Globale Medien-Services

Seit 2009 stellt RT einen Teil seiner fertigen Berichte anderen Sendern in aller Welt kostenlos zur Verfügung, damit sie in deren Programme integriert werden und die russische Sichtweise auf »den Westen« verbreiten können.

Ein weiteres Serviceangebot liefert die 2012 von RT gegründete Videoagentur Ruptly mit Sitz in Berlin. Sie bietet internationalen Medien journalistische Videos oder Liveberichte von aktuellen Ereignissen zu deutlich günstigeren Preisen als die Marktführer Reuters TV und Associated Press Television News (APTN) an (Berliner Zeitung, 2012). Laut einem Bericht von »Reporter ohne Grenzen« steigt aufgrund zunehmender Sparzwänge in europäischen und US-amerikanischen Nachrichtenredaktionen zum einen die Bereitschaft, Material von Dritten unkommentiert in journalistische Angebote zu übernehmen, ohne den Zuschauern oder Lesern diese Quelle transparent zu machen. Zum anderen sei in den Redaktionen immer weniger Expertise vorhanden, dieses Material einzuordnen und zu gewichten (Reporter ohne Grenzen, 2013). Bereits 2011 stellte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton fest, die USA seien dabei, den »Informations-

krieg« gegen ausländische Programme wie RT, Al Jazeera und den chinesischen Staatssender China Central Television (CCTV) zu verlieren. Stattdessen würden die Autokratien an die Stelle der Stimme Amerikas (Voice of America) treten (Time, 2011).

Einfluss in Deutschland: Russia Today Deutschland (RT DE)

Das Internetportal RT DE wurde 2014 mit Sitz in Berlin-Adlershof gegründet. Es sollte – laut Eigendarstellung – »einen Gegenstandspunkt zum einseitigen und oft interessengetriebenen Medien-Mainstream« beziehen und in Deutschland »eine Gegenöffentlichkeit« herstellen (Deutschlandfunk, 2021). Das tat RT DE laut Handelsblatt (2014) vor allem durch die Verbreitung von »Unwahrheiten, Verkürzungen und Verfälschungen«, worin Christian Mihr, der Geschäftsführer der deutschen Sektion von »Reporter ohne Grenzen«, eine Gefahr für die Pressefreiheit sah. RT DE nutze die Medienfreiheit, um den unabhängigen Journalismus zu diskreditieren und eine durchaus wachsende Medienverdrossenheit anzustacheln (FAZ, 2014).

Das Ziel der politischen Agenda des Kremls war (und ist), die Demokratie in Deutschland über die offene Flanke der Medienfreiheit mittels seiner trojanischen Sender anzugreifen und die autoritäre Herrschaft in Russland als bessere Alternative zu propagieren. Bis Oktober 2019 erreichte RT DE in allen sozialen Netzwerken eine Gesamtzahl von 800.000 Followern. Die Leser und Zuschauer setzen sich laut eigener Umfrage von RT DE vor allem aus Nichtwählern, Anhängern der Linkspartei und der Alternative für Deutschland zusammen (Heise.de, 2015). Nach Einschätzung mehrerer Medien und Experten entwickelte sich RT DE absichtlich zu einem Leitmedium für Verschwörungstheoretiker (ZAPP, 2016).

Gegenmaßnahmen

Ein positives Beispiel, wie den autokratischen Herausforderungen auf medialem Gebiet begegnet werden kann, zeigt der Umgang mit dem deutschsprachigen Programm von RT DE. Bereits 2018 bewertete das Bundesamt für Verfassungsschutz RT DE in seinem

Jahresbericht 2018 als einen der wichtigsten Akteure bei der verschleierte und subtilen Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit durch russische Staatsmedien (BMI, 2019). Im März 2020 warnte das Bundesinnenministerium, dass RT DE »die öffentliche Sicherheit und Ordnung« durch »gezielte Falschmeldungen« bedrohe.

Nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verbreitete RT DE – wie alle russischen Auslandsmedien – zahlreiche Stereotype über die Ukraine (zum Beispiel, die Ukraine sei kein richtiger Staat), deutete Russland zum Opfer der Ukraine um und stellte die westlichen Staaten als Aggressoren dar. Kurz darauf verbot die EU den Sender im März 2022, um die »Verbreitung von Lügen« (Rat der Europäischen Union, 2022b) über den russischen Überfall auf die Ukraine zu verhindern. Das Verbot umfasste dabei nicht nur RT DE, sondern auch technische Dienstleister wie diverse Internetplattformen (zum Beispiel YouTube), Pay-TV-Sender oder Kabel-TV-Angebote wie Sky, Vodafone oder Kabel Deutschland. Am 6. April 2022 teilte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg mit, dass RT DE seine Aktivitäten in Deutschland eingestellt habe (SZ, 2022).

Der thüringische Lokalsender »Salve TV« strahlte zwischen 2014 und 2017 viermal täglich die Sendung »Der fehlende Part« von RT DE aus (Deutschlandfunk, 2015; Wikipedia, 2023e). Zwar kritisierten Politiker mehrerer Parteien des Thüringer Landtags die Sendung als »staatliche russische Auslandspropaganda«. Die Thüringer Landesmedienanstalt sah hingegen keine Notwendigkeit für ein Aufsichtsverfahren oder einen Verbotstatbestand. Der Geschäftsführer von »Salve TV« verteidigte die Ausstrahlung der RT-Sendung mit der Begründung, dass sie »ein Gegenpol zur Anti-Putin-Berichterstattung deutscher Medien« sein sollte (n-tv, 2015). Das Beispiel zeigt, wie wichtig die Kontrolle der (sozialen) Medien auch in liberalen Demokratien ist, um sich vor Infiltrationen zu schützen und diese, wo die Grenze zur freien Meinungsäußerung in Richtung Falschmeldung oder Propaganda überschritten wird, auf der Grundlage der Verfassung zu sanktionieren beziehungsweise zu verbieten.

3.3 Hybride Kriegsführung

Die hybride Kriegsführung besteht aus einem medialen Teil, dem »Informationskrieg«, und dem physischen Teil, dem »konkreten Krieg« oder dem gezielten militärischen Einsatz. Während der Informationskrieg Desinformationskampagnen und Propagandaaktivitäten umfasst, verbreitet der »konkrete Krieg« durch systematische Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Massakern ein Klima von Angst und Schrecken (Tagesschau.de, 2023c). Dies war das besondere Markenzeichen der vom Kreml finanzierten Söldnergruppe Wagner.¹⁹ Die Zielgebiete der Söldner waren zuletzt junge oder instabile Demokratien in Afrika wie zum Beispiel Mali, das über Bodenschätze wie Gold verfügt, oder die Zentralafrikanische Republik (Gold, Eisen und Diamanten). Durch die militärische Intervention forcierte Russland einen politischen Systemwechsel, bei dem Militärdiktaturen die demokratischen Regierungen ersetzen. Russland erhöht damit den eigenen Einflussbereich und lässt sich die »Befreiungsaktion« durch den Abbau von Bodenschätzen bezahlen.

»Informationskrieg«

Die RT-Programmdirektorin Margarita Simonjan, die seit Februar 2022 auf der EU-Sanktionsliste (Rat der Europäischen Union, 2022a) steht, erklärte in einem Interview, dass RT »unser Land wie die Armee« verteidigen müsse, damit Russland einen Informationskrieg führen könne, »und zwar gegen die gesamte westliche Welt« (Der Spiegel, 2021a; Lenta.ru, 2013). Dementsprechend sendet RT sowohl über sein TV-Programm als auch über die Webseite, die sozialen Medien und andere Kanäle polemische Berichte über soziale Missstände in den USA und Europa, über das gescheiterte Engagement der USA im Irak, das US-Gefangenenlager Guantánamo oder den NSA-Überwachungsskandal. Die Sendungen stellen dabei die westlichen

¹⁹ Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass auch andere Länder Söldnergruppen beschäftigen, die den Krieg zu ihrem Geschäftsmodell erklärt haben, zum Beispiel Blackwater (USA).



Russland führt im wahrsten Sinn des Wortes einen ›Informationskrieg‹ gegen den Westen.



Werte infrage, unterstellen eine Doppelmoral, die westliche Politiker diskreditieren soll, oder konstruieren Falschmeldungen, die sie anschließend viral verbreiten. So postete RT 2021 auf seinem Twitter-Profil ein gefälschtes Foto, das suggerieren sollte, es seien Terroristen aus Afghanistan ausgeflogen worden (Vrt.be, 2021). Tatsächlich handelte es sich um die Rettung von afghanischen Ortskräften, die nach dem Vormarsch der Taliban vor deren Vergeltung geschützt werden sollten.

Propagandaerzählungen

Im Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde am 30. August 2023 vom Kreml »eine neue Stufe des Informationskriegs« eingeleitet. Es geht darum, die Ukraine zu diskreditieren und den Westen zu beeinflussen. Die neuen Propagandarichtlinien geben laut Militärgeheimdienst der Ukraine (HUR) vor, dass Kreml-Propagandisten die Behauptung verbreiten sollen, die Ukraine führe eine Massenmobilisierung durch – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Gesundheit –, um ihre militärische Not und Verzweiflung zu suggerieren. Eine weitere Propagandaerzählung behauptet, dass die russischen Behörden in den von der russischen Armee besetzten ukrainischen Gebieten für einen guten Lebensstandard und demokratische Bedingungen sorgen. Die dazugehörige Inszenierung zeigt Propagandafotos von russischen Militärfahrzeugen, die Hilfsgüter für Zivilisten verteilen. Dagegen berichteten Überlebende aus der südukrainischen Stadt Cherson der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch von russischen Folterzentren für Zivilisten, in denen Einwohner schwer misshandelt und auch getötet worden seien (T-Online, 2023c).

Troll-Armeen

Die Vorhut für den hybriden Krieg bilden im Rahmen des Informationskriegs die Troll-Armeen, auch Putinbots genannt (Wikipedia, 2023c), die im Auftrag des russischen Staates Manipulationen im Internet betreiben. Wie ihre mythischen Vorgänger, die unberechenbaren und dämonischen Fabelwesen aus der nordischen Mythologie, bevölkern die Internet-Trolle die virtuelle Welt und beeinflussen mit fingierten Identitäten die öffentliche Stimmung in Online-Foren oder Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten. Sie sind oft zu Tausenden und wiederholen bestimmte Phrasen, mit denen sie versuchen, die öffentliche Meinung im Sinne der russischen Regierung zu manipulieren. Trolle werden auch dazu benutzt, Regierungsgegner zu diskreditieren oder Wahlen zu beeinflussen. So soll die Troll-Armee von Sankt Petersburg Einfluss auf das Brexit-Referendum genommen haben, indem sie die sozialen Netzwerke (Twitter und Facebook) gezielt mit kontroversen Artikeln überflutete. Die britische Zeitung The Telegraph (2018) berichtete mit Verweis auf Twitter-Daten, dass rund 3.800 russische Konten am Tag des Referendums insgesamt 4.400-mal das Stichwort »Brexit« twitterten, 1.100-mal unter dem Hashtag #ReasonsToLeaveEU.

Mediale Inszenierungen

Die hybride Kriegsführung beim Militärputsch im Niger bestand darin, dass die Trolle zunächst über die sozialen Medien Desinformationskampagnen, antiwestliche und insbesondere antifranzösische Resentiments verbreiteten, die sie mit russlandfreundlicher Propaganda begleiteten. Auf diesem medialen Weg wurde der physische Militärputsch vorbereitet, in dessen Folge die demokratisch legitimierte Regierung abgesetzt und unter Arrest gestellt wurde.²⁰ Unmittelbar nach der Verkündung des Regimewechsels waren in der Hauptstadt Niamey russische Fahnen und Plakate zu sehen, auf denen die »russisch-nigrische Zusammenarbeit« gepriesen wurde, wie die Deutsche

²⁰ Das Auswärtige Amt (2023) schreibt auf seiner Webseite: »Der Putschversuch in Niger ist ein Frontalangriff auf die junge Demokratie und gefährdet die Zukunft des Landes. Jetzt braucht es rasch eine politische Lösung, damit das Land wieder auf den Weg der Demokratie zurückkehren kann.«

Presse-Agentur berichtete. Die inszenierten prorussischen Bilder, auf denen bezahlte nigrische Statisten agierten, erzeugten eine anti-westliche beziehungsweise antifranzösische Stimmung in Teilen der Bevölkerung, die auch auf andere afrikanische Länder übersprang und sich in offenen Protesten äußerte.

Fiktionale Narrative

Begleitet wurden die Bilder der Proteste von einer Geschichte, die am Rande des Russland-Afrika-Gipfels in Sankt Petersburg erzählt wurde. Dort lobte der damalige Chef der Wagner-Söldner, Prigoschin, den Putsch im Niger laut dem internationalen Nachrichtensender Al Jazeera als ersten Schritt in Richtung Unabhängigkeit vom Westen. In einer Audiobotschaft auf Telegram führte Prigoschin aus, dass die Ereignisse im Niger »nichts anderes« seien »als der Kampf des nigrischen Volkes mit seinen Kolonialherren« und »die Hauptsache ist«, dass die Menschen »die Kolonisatoren losgeworden sind«.

Dieses Kolonialismus-Narrativ benutzen auch andere Autokratien wie zum Beispiel China in Afrika, um sich erfolgreich vom Westen abzugrenzen, Vertrauen aufzubauen und eine ehrliche Partnerschaft auf Augenhöhe anzubieten. Auf einer Konferenz an der amerikanischen Howard University erzählte der chinesische Botschafter afrikanischen Teilnehmern die Geschichte des Admirals Zheng He, der im 15. Jahrhundert sieben große Schiffsexpeditionen in den Pazifik und den Indischen Ozean unternahm. »Von seinen Reisen nach Afrika brachte Zheng He eine Giraffe nach China mit. Er brachte keine Sklaven.«

Erweitert wird das Kolonialismus-Narrativ durch die (prorussische) Geschichte von der »Befreiungsbewegung« der Wagner-Söldner, die dazu geführt habe, dass die ehemals westlich orientierten Demokratien in Mali, Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik nach ihren autokratischen, prorussischen Regimewechseln vom Westen »unabhängig« geworden seien. Fakt ist, dass sich mit dem Niger das letzte demokratische und nach Westen orientierte Land in der konfliktreichen Sahelzone der Diktatur in Moskau zuwendet.

— Kapitel 4

Selbstreferenzielle Aspekte: Wo Defizite der Demokratien liegen

4.1	Strukturelle Gründe	74
4.2	Importiertes autokratisches Denken	81
4.3	Gescheiterte Integration	86

4.1 Strukturelle Gründe

Steigende Unzufriedenheit

Während außenpolitisch die Angst vor den Autokratien steigt, schwindet innenpolitisch die Zustimmung für die Demokratie. Dies zeigt sich in zahlreichen europäischen Ländern wie zum Beispiel in Ungarn, Polen und Italien. Aber auch in Deutschland wächst die Unzufriedenheit, besonders in den ostdeutschen Bundesländern. Laut einer im Juni 2023 veröffentlichten Studie des Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (Brähler et al., 2023) unterstützen zwar 90 Prozent der Befragten die »Demokratie als Idee«, aber weniger als 50 Prozent sind mit der »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« zufrieden. Die Verfasser der Studie folgern daraus, dass sich »derzeit viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nicht mehr demokratische Teilhabe und Sicherung der demokratischen Grundrechte wünschen, sondern die scheinbare Sicherheit einer autoritären Staatlichkeit«.

Dies belegt auch die Aussage »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform«, der 8,6 Prozent voll und weitere 22,1 Prozent der Befragten teilweise zustimmten. Erste Folgen zeigen sich in den Wahlergebnissen. Seit Juni 2023 stellt die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestufte Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) im thüringischen Sonneberg den Landrat und seit Juli 2023 in Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt den ersten Bürgermeister. Offensichtlich



Weniger als die Hälfte der befragten Ostdeutschen ist mit der Demokratie, wie sie in Deutschland praktiziert wird, zufrieden.



ist für viele in der DDR-Diktatur aufgewachsene Ostdeutsche die Demokratie kein Ort, an dem sie sich aufgehoben fühlen. Vielmehr scheint die Zeit für sie insofern aus den Fugen geraten zu sein, als die Zukunft nicht mehr halten kann, was die Vergangenheit einmal versprochen hatte. Viele Ostdeutsche sehen ihre Lebensleistung nicht genug gewürdigt, andere konnten sich aufgrund ihrer »falschen« Vergangenheit oder fehlender Qualifikationen nicht in das westdeutsche Leitsystem integrieren. Möglicherweise sind auch Defizite vorhanden, was das Verständnis einer funktionierenden Demokratie betrifft, da die deutsche Diktatur-Vergangenheit im Osten nicht so aufgearbeitet wurde wie im Westen nach 1968. Entscheidend bei der Demokratiezufriedenheit ist aber auch die soziale Schichtung, denn Menschen, denen es ökonomisch schlechter geht, so die Studie, sind wesentlich unzufriedener mit der Demokratie. Daraus folgt, dass eine gerechte Verteilungspolitik auch eine gute Demokratiepoltik ist.

Aber die Demokratieverdrossenheit ist längst ein gesamtdeutsches Phänomen. Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov (2023) vom 4. August 2023 lag die von 57 Prozent der Bürgerinnen und Bürger als rechtsextrem eingeschätzte AfD in der Wählergunst zu diesem Zeitpunkt mit 23 Prozent als zweitstärkste Partei nur noch 4 Prozentpunkte hinter der Union. 34 Prozent der Befragten würden eine Regierungsbeteiligung der AfD befürworten. Tendenz: steigend.

Mangelnde Transparenz

Als demokratisches Defizit wird die mangelnde Transparenz bei Entscheidungsverfahren wahrgenommen. Besonders in einer föderalen Mehr-Ebenen-Demokratie wie Deutschland, wo die Verantwortlichkeiten von den Kommunen über die Länder und den Bund bis hin zur Europäischen Union reichen – und damit auch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger zur Gestaltung ihres Umfelds bieten –, sind Entscheidungsprozesse oft nicht mehr erkennbar oder kontrollierbar. Auch die Europäische Union, deren Recht prinzipiell Anwendungsvorrang vor nationalem Recht hat, erscheint vielen Bürgern mit ihren zahlreichen Institutionen und Bürokratien wie ein

vielarmiger Krake, der reichlich Tinte versprüht und die Transparenz auf nationalstaatlicher Ebene erschwert. Aus diesem Grund steigt die Zustimmung zu Formen der direkten Demokratie wie in der Schweiz, wo durch Initiativen oder Referenden mehr direkte Bürgerbeteiligung möglich ist. Die repräsentative Demokratie sollte daher versuchen, neue Wege der Bürgerbeteiligung zu eröffnen und ihre Stärken, zum Beispiel für einen fairen Interessenausgleich zu sorgen oder die gleiche Teilhabe für alle zu garantieren, öffentlich stärker herausstellen.

Zunehmender Lobbyismus

Ein anderer Aspekt mangelnder Transparenz ist der Lobbyismus, bei dem Interessenvertreter bestimmter Branchen versuchen, Politikerinnen und Politiker durch die Pflege persönlicher Kontakte zu beeinflussen. Meist bieten die Lobbyisten ihr branchenspezifisches Fachwissen an und fordern dafür Einfluss auf Debatten und Gesetze (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2022). Vor allem Branchen mit starken Lobbyverbänden wie die Finanzbranche (Banken, Versicherungsunternehmen und Investmentgesellschaften), die Autobranche und der Energiesektor haben inzwischen viel Macht und üben großen Einfluss auf politische Entscheidungen in Berlin oder Brüssel aus. Im Jahr 2019 hatten 764 Lobbyisten von 504 Lobbyverbänden ungehinderten Zugang zum Bundestag, darunter auch zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft (Abgeordnetenwatch, 2020).

Gleichzeitig gibt es Lobbyismus in die andere Richtung. Im Jahr 2020 deckte das Magazin Der Spiegel auf, dass der CDU-Politiker Philipp Amthor Lobbyarbeit für das US-amerikanische IT-Unternehmen Augustus Intelligence machte und dafür einen Direktorenposten sowie mehr als 2.800 Aktienoptionen im Wert von bis zu 250.000 US-Dollar des Unternehmens erhielt. Diese Vorteilsnahme verschwieg er ebenso wie diverse Treffen mit Vertretern der Firma in New York, Korsika und St. Moritz, die er sich teuer bezahlen ließ (Der Spiegel, 2020b). Großes Aufsehen erregte die »Maskenaffäre« (FAZ, 2021), in deren Verlauf mehreren Landtags- und Bundestagsabgeordneten

von CDU und CSU Bestechlichkeit bei der Beschaffung von Atemschutzmasken während der Covid-19-Pandemie in Deutschland vorgeworfen wurde. Beispielsweise kaufte das Bundesgesundheitsministerium im Jahr 2020 FFP2-Schutzmasken im Wert von 570.000 Euro von der Burda GmbH, für die der Ehemann des damaligen Gesundheitsministers Jens Spahn als Lobbyist und Büroleiter in der Burda-Repräsentanz in Berlin arbeitete (Berliner Kurier, 2021). Auf europäischer Ebene erschütterte 2022 ein Korruptionsskandal die EU, in dessen Mittelpunkt die Sozialistin Eva Kaili stand. Als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sollte sie unter mutmaßlicher Einflussnahme Katars und Marokkos politische Entscheidungen im Europaparlament zugunsten dieser Autokratien treffen. In Kailis Brüsseler Wohnung sollen »Taschen voller Bargeld« im Wert von 1,5 Millionen Euro gefunden worden sein (Tagesschau.de, 2023d).

Als Reaktion auf dieses politisch fragwürdige Verhalten führte der Deutsche Bundestag am 1. Januar 2022 das Lobbyregister ein. Darin sind alle Lobby betreibenden Akteure im Bundestag zusammen mit Kenndaten über ihre Aktivitäten erfasst, sodass sichtbar werden soll, wer Einfluss auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung nimmt. Innerhalb eines Jahres haben sich in dem Register mehr als 5.500 Unternehmen, Verbände, Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen angemeldet. Die Zahl der benannten Beschäftigten, die die Interessenvertretung unmittelbar ausüben, liegt bei mehr als 13.000. Die Top-10-Konzerne und -Verbände der Finanzlobby geben im Jahr mehr als 42,5 Millionen Euro für die Kontaktpflege und den Versuch der Beeinflussung von Politik aus (FAZ, 2023b). Der gemeinnützige Verein LobbyControl, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt, sieht in den zunehmenden finanziellen und personellen Verflechtungen sowohl die Unabhängigkeit demokratischer Institutionen als auch die Ausgewogenheit politischer Entscheidungen gefährdet (LobbyControl, 2021). Die immer noch vorhandene Intransparenz erschwert demokratische Kontrollmöglichkeiten und der Vorwurf der Bestechlichkeit erhöht nicht unbedingt das Vertrauen in die Politik(er) der repräsentativen Demokratie.

Unzureichende Vermittlungsrolle

Zahlreiche Parteiaustritte und sinkende Umfragewerte zeigen, dass die Parteien beziehungsweise deren Politiker entweder ihrer Vorbildrolle nicht gerecht werden oder ihre Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft nur unzureichend erfüllen. Viele Berufsgruppen, etwa Handwerker, sind als Abgeordnete im Bundestag kaum vertreten, sodass auch deren Interessen nicht immer angemessen oder mit der entsprechenden Expertise durchgesetzt werden können.

Auch hinsichtlich der Altersgruppen gibt es Unverhältnismäßigkeiten. Laut einer MEMO-Studie vom September 2022 fühlten sich 44 Prozent der befragten jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren politisch nicht repräsentiert (Stiftung EVZ, 2023). Zudem stellt sich die Frage nach der fachlichen, intellektuellen oder demokratischen Kompetenz mancher Politiker, weshalb sich die Stimmen für eine »Expertenregierung« mehren. Die unzureichende Vermittlungsrolle betrifft aber auch die meisten Medien, die ihren aufklärenden Bildungsauftrag kaum noch wahrnehmen und Informationen durch Unterhaltung ersetzen oder, anstatt erläuternde Inhalte zu liefern, tendenziöse Stimmung erzeugen. Immer mehr Bundesbürger glauben nicht, dass sich ihre Sorgen in den Medien widerspiegeln. Vielmehr haben sie das Gefühl, dass viele Medien im Hinblick auf bestimmte Themen (Flüchtlingspolitik) im Sinne des Staates einseitig berichten beziehungsweise sich selbst zensieren. Neben dem Glaubwürdigkeitsverlust (vgl. die WM-Katar-Berichterstattung, Kapitel 3.1) kommt es zur Konstruktion von eigenen Wahrheiten, zur Flucht in (virtuelle) Parallelwelten und zur Verbreitung von Verschwörungstheorien.

Gezielte Grenzüberschreitungen

Innerhalb der virtuellen Parallelwelten ist eine zunehmende »A-Sozialisierung« festzustellen, die sich in Beleidigungen, Hasskommentaren und teils straftatrelevanten Inhalten manifestiert. Das Internet ist als partizipatives Medium der Demokratie in weiten Teilen zum medialen Pranger mutiert. Der Schutz der Anonymität scheint Ungeheuer zu gebären. Darüber hinaus entstehen in den Weiten des World Wide

Web zahllose Resonanzräume, in denen sich Gruppen von Gleichgesinnten bei der Verbreitung von verfassungsfeindlichen Inhalten gegenseitig bestärken. Durch die Übertragung der Inhalte und Ansichten in die reale Welt sinkt die Hemmschwelle des Sagbaren im öffentlichen Raum, wo zunehmend Respektlosigkeit, Verrohung und Intoleranz herrschen. Befördert wird das Verhalten von Politikern, die selbst nicht auf dem Boden der Verfassung stehen oder denen die demokratische Reife fehlt, die ihren moralischen Kompass verloren haben oder die auf ihre Vorbildfunktion zugunsten des Machterhalts oder der persönlichen Bereicherung verzichten.

Die verbalen Grenzverletzungen beginnen als persönliche Beleidigungen und schleichen sich als beiläufige Bemerkungen in den politischen Raum, wo sie als geistige Brandbeschleuniger wirken. Ähnlich wie in autoritären Systemen werden Begriffe umgewertet (8. Mai als »Tag der Niederlage« statt »Tag der Befreiung«), historische Ereignisse relativiert (Holocaust als »Vogelschiss«) oder Schuld geleugnet (»Denkmal der Schande«). So werden Bedeutungen verschoben, zivilisatorische Konventionen beschädigt und die Gesellschaft gespalten.

Politischer Kulturverfall

Politische Debatten, in denen andere Meinungen abgewertet oder Gegner als Feinde diffamiert werden, befeuern die gesellschaftliche Spaltung ebenso wie Politiker, die sich als stellvertretende Opfer einer existenzvernichtenden Kampagne inszenieren und zum Widerstand aufrufen (»Wir gegen die«). Durch medienwirksame Selbstinszenierungen, Grenzüberschreitungen und Tabubrüche werden die Gemüter der Bevölkerung gezielt erhitzt, sodass die Kipp-Punkte des politischen Klimas schnell erreicht sind, ins Extreme umschlagen und die Demokratie nachhaltig beschädigen.

Der politische Kulturverfall, bei dem Denken, Reden und Handeln nicht mehr deckungsgleich, teils defizitär oder von vornherein nicht vorhanden ist, sollte aufgehalten und rekultiviert werden. Die Grundvoraussetzung von gewählten Repräsentanten der Demokratie

muss eine demokratische Gesinnung sein, die dem Grundgesetz verpflichtet ist, was im Einzelfall zu prüfen wäre. Es bedarf eines demokratischen Konsenses, dessen Grenzen nicht verschoben werden dürfen, sowie einer konstruktiven, wertschätzenden Debattenkultur, die den politischen Gegner respektiert und mit ihm nach gemeinsamen Lösungen sucht, statt ihn zu entwerten und seinen Standpunkt schlechtzureden. Komplexe Entscheidungsprozesse müssen transparent dargestellt, gut erklärt und auf verschiedenen Wegen in alle Bereiche der Gesellschaft kommuniziert werden, damit sie nachvollziehbar bleiben und auf allgemeine Akzeptanz stoßen. Dazu gehört, sowohl die Vor- als auch die Nachteile der Absichten, Maßnahmen oder Gesetze zu erläutern und die (Folge-)Kosten transparent aufzuschlüsseln. Nur so kann zunächst mentale Partizipation gelingen. Nicht zuletzt bedarf es einer von den Politikern vorgelebten Grundbegeisterung für die Demokratie, die sich in einer positiven Sprache über die demokratischen Werte und in einem fairen, wertschätzenden Umgang miteinander zeigen sollte.

Politik der geheimen Mächte

An den (Leer-)Stellen, an denen die politische Kultur verfällt, entstehen Mythen, die ans Magische grenzen. So war laut einer Studie der Universität Hohenheim (2023) jeder Vierte davon überzeugt, dass die Politik von »geheimen Mächten« gesteuert werde. Jeder Fünfte glaubt, die Massenmedien würden »systematisch belügen«, und jeder Sechste stimmt der Aussage zu, das Land gleiche inzwischen »mehr einer Diktatur als einer Demokratie«. Die Verfasser der Studie kamen zu dem Ergebnis, dass »insgesamt gut ein Drittel der Bundesbürger ein im erweiterten Sinn rechtspopulistisches Weltbild« habe, da das Vertrauen in die Bundesregierung zwischen 2022 und 2023 deutlich gesunken sei, Schuldige gesucht würden und viele sich aus Frust ihr eigenes Weltbild mit ihren eigenen Wahrheiten zusammenbasteln würden (Der Spiegel, 2023c).

Vor dem Hintergrund dieser demokratischen Defizite ist die von der Bundesregierung geplante Mittelkürzung für die Bundeszentrale für

politische Bildung 2024 in Höhe von rund 20 Millionen Euro (Tageschau.de, 2023b) nicht nur kontraproduktiv, sondern fahrlässig. Die Kürzungen bedeuten, so der Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung, dass »viele Angebote in der Demokratiewerkstatt« trotz »zunehmendem Orientierungsbedarf« reduziert werden müssten. Zu dem auserwählten Zirkel der »geheimen Mächte« könnte man neben den vielfältig vertretenen Lobbyisten auch global agierende Investoren, Banken, Unternehmen und supranationale Organisationen wie die Weltbank oder die Welthandelsorganisation zählen, die statt der liberalen Demokratien die freien, deregulierten Weltmärkte regieren. Diese Übermacht der Institutionen führt zur Ohnmacht des Einzelnen und somit wiederum zur steigenden Unzufriedenheit im Hinblick auf die Funktionsweisen der Demokratien.

4.2 Importiertes autokratisches Denken

Flüchtlingspolitik

Zu den großen Herausforderungen, mit denen sich liberale Demokratien in ihrer Eigenschaft als offene Gesellschaften seit Jahren konfrontiert sehen, gehören die steigenden Flüchtlingszahlen. Auch hier üben Autokratien direkten oder indirekten Einfluss aus, indem sie kriegerische Konflikte unterstützen oder initiieren, die als Haupt- oder Nebeneffekt Flüchtlinge produzieren sollen. Die technische Sicht auf das menschliche Leid ist Ausdruck eines zynischen Kalküls im Rahmen des kriegerischen Geschäftsmodells. Menschen werden in Not gebracht und als Waffe missbraucht, um die liberalen Demokratien unter (sozialen) Druck zu setzen, sie gesellschaftlich zu spalten und politisch erpressbar zu machen.

Die teils gezielten Konfliktverstärkungen in Krisenregionen samt autokratischen Systemtransformationen wie zuletzt im Niger führen zu vielfältigen Fluchtbewegungen. Laut dem aktuellen Global Trends Report des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Ende

2022 flohen weltweit 108,4 Millionen Menschen vor Krieg, Konflikten und Verfolgung. Das sind 19 Millionen Menschen mehr als Ende 2021 (+21 Prozent). Hauptgrund für diesen größten je gemessenen Anstieg innerhalb eines Jahres war die russische Invasion in die Ukraine (UNO-Flüchtlingshilfe, 2023), aus der fast acht Millionen Menschen flohen und in Europa aufgenommen wurden.

Kommunaler Kollaps

Deutschland nahm im Jahr 2022 rund 1,2 Millionen Schutzsuchende auf, von denen eine Million (meist Frauen und Kinder) aus der Ukraine kamen, die in Deutschland keinen Asylantrag stellen müssen, sondern einen »vorübergehenden Schutz« bekommen. Hinzu kamen über 244.133 Asylsuchende aus anderen Ländern (Statista, 2023a); die meisten von ihnen aus Syrien (70.976), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938) und dem Irak (15.175). Bis Juni 2023 wurden 162.271 Asylanträge gestellt. Das waren 67 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs (die Zahl der Erstanträge stieg um rund 78 Prozent; Mediendienst Integration, 2023a). Von den etwa eine Million Kriegsflüchtlings aus der Ukraine haben 120.000 Personen einen Job in Deutschland gefunden (Stand: Oktober 2022). Weitere 183.000 Geflüchtete aus der Ukraine sind als arbeitslos gemeldet (Stand: Dezember 2022; Mediendienst Integration, 2023b). Auch unter den Geflüchteten aus anderen Ländern ist sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch der Arbeitslosen gestiegen. Inzwischen sind mehr als 600.000 Personen aus sogenannten Asylherkunftsländern in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl der Personen, die Deutschland verlassen sollten, lag Ende November 2022 bei rund 300.000 Menschen – mehr als 80 Prozent von ihnen haben eine Duldung.

Die steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland überfordern zunehmend die Länder und Kommunen und wirken sich auf verschiedene Bereiche des Alltagslebens negativ aus. Neben dem Mangel an Wohn- und Erwerbsmöglichkeiten fehlen zahlreiche Erziehungs- und Lehrkräfte, was sich vor allem negativ im schulischen Bildungssektor

auswirkt. Seit 2015 nahmen die Schulen 750.000 Flüchtlingskinder zusätzlich auf, ohne dass die dafür notwendigen Lehrkräfte eingestellt wurden. Der Anteil an Viertklässlern mit Migrationshintergrund ist innerhalb von zehn Jahren von rund 24 Prozent auf 38 Prozent gestiegen. Die letzten beiden großen Grundschulstudien (IQB-Bildungstrend und IGLU) zeigten, dass Kinder der ersten Generation je nach Bundesland und Testbereich zwischen einem Dreiviertelschuljahr und zwei Schuljahren hinter dem erwarteten Lernstand liegen. Da der Anteil der Schulkinder, die zu Hause ausschließlich Deutsch sprechen, von 84 Prozent auf 62 Prozent gesunken ist, können viele Kinder den Unterricht von Anfang an nicht verstehen und werden abgehängt.

Ein großes Problem ist auch die ungleiche Verteilung der Schüler, die Sprachförderung brauchen: Viele Schulen haben Migrationsanteile von über 90 Prozent, andere Schulen hingegen sehr geringe Anteile. Die Folgen sind, dass sich das Unterrichtstempo für alle Schüler verlangsamt, die Lernziele nicht erreicht werden und die Integration durch mangelnde Sprachkenntnisse scheitert. Im Sinne der frühzeitigen und nachhaltigen Integration wäre daher wichtig, eine verpflichtende Sprachförderung noch vor der Einschulung durchzusetzen, die durch regelmäßige Sprachtests geprüft wird. Erst dann werden das Verstehen und die Verständigung möglich und die Lernziele beziehungsweise Grundkompetenzen beim Sprechen, Lesen, Schreiben und Rechnen können erreicht werden.

Darüber hinaus müsste es eine verbindliche Werte- und Demokratieverziehung ab dem Moment der Ankunft im Gastland geben, damit die verfassungskonformen Spielregeln des respektvollen Zusammenlebens von Anfang an genauso klar sind wie die Konsequenzen bei Regelverletzungen. Dabei stellt sich die Frage, wie diese Maßnahmen zusätzlich zu den bisher 6,2 Milliarden Euro, die 2022 für Asylpolitik ausgegeben wurden, finanziert werden sollen oder ob man andere Wege der Bewältigung finden muss, wie zum Beispiel ein »demokratisches Bonussystem« (vgl. Kapitel 5), das freiwillige Helfer/Lehrer auf verschiedene Weise (be-)fördert und auszeichnet.

Autoritärer Werte-Import

Da die oft traumatisierten Schutzsuchenden aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak in autoritären Systemen sozialisiert und muslimisch beziehungsweise vom islamischen Glauben geprägt wurden, importieren sie ihre sozialen Werte und religiösen Weltanschauungen zwangsläufig in ihr Gastland, weil diese gruppenbildend und identitätsstiftend sind.²¹ Dabei ist zu betonen, dass es »den Islam« oder »den Muslim« beziehungsweise »die Muslima« nicht gibt.

Dennoch scheint es bei der Mehrzahl der einwandernden Kerngruppe, die zu 72,5 Prozent aus jungen muslimischen Männern unter 30 Jahren besteht (BPB, 2023b), normative oder übernommene



Mit vielen Flüchtlingen aus autoritären Staaten gelangen auch deren autoritäre Werte nach Deutschland.

Kernwerte zu geben, zu denen ein abwertendes Frauenbild, Homophobie, Antisemitismus und eine Form der »toxischen Männlichkeit« gehören, worunter ein von dominantem und aggressivem Verhalten geprägtes Rollenbild beziehungsweise Klischee verstanden wird. Zu den Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen gehören – gerade in Gruppen – Härte, Wettbewerb, Körperlichkeit, Sexualisierung der Umwelt und Unterdrückung von vermeintlich weiblichen Eigenschaften wie Gefühlen, Ängsten und Schwächen. Diese Männlichkeit, die

²¹ Im Jahr 2022 waren 75,7 Prozent der Asylbewerber in Deutschland Muslime. Die große Mehrheit der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und der Türkei gehörte der islamischen Glaubensrichtung der Sunniten an, die aus dem Irak stammende Bevölkerung ist vorwiegend schiitisch und zu einem geringeren Anteil sunnitischen Glaubens (Statista, 2023b).

in den Machtstrukturen des Patriarchats gedeiht, muss immer wieder neu bewiesen werden, während Konflikte primär durch Gewalt gelöst werden (Chandler, 2019).

Die fundamentale Wertedifferenz zwischen islamisch-autoritär geprägten Weltanschauungen und der liberal-demokratischen stellt eine besondere Herausforderung dar, weil sie das unmittelbare, vorurteilsfreie und friedliche Zusammenleben beeinflusst. Nachdem der französische Geschichtslehrer Samuel Paty von einem 18-jährigen Islamisten ermordet worden war, weil er im Unterricht zum Thema Meinungsfreiheit Karikaturen des Propheten Mohammed gezeigt hatte, forderte der Deutsche Lehrerverband 2020 eine Studie zum Islamismus an deutschen Schulen. Lehrkräfte hatten zuvor beklagt, dass der Druck durch muslimische Schüler zunehme, Themen wie Antisemitismus nicht im Unterricht zu behandeln (Die Zeit, 2020).

In Nordrhein-Westfalen wurde von verschiedenen Moscheen gefordert, muslimische Schüler vom Schwimmunterricht zu befreien und den Sexualkundeunterricht abzusetzen. Bei anderen Themen wie dem Nahost-Konflikt oder dem Holocaust zensieren sich nicht wenige Lehrkräfte von vornherein selbst oder behandeln die Themen erst gar nicht, um Ärger zu vermeiden (FAZ, 2020). Ein weiteres Problem ist das religiös motivierte Mobbing an vielen Schulen. In der Paul-Simmel-Grundschule in Berlin-Tempelhof wurde 2018 eine Zweitklässlerin, deren einer Elternteil jüdisch war, von muslimischen Mitschülern über einen längeren Zeitraum beleidigt sowie mit Schlägen und dem Tod bedroht, da sie nicht an Allah glaube. Derartig demokratiegefährdende Entwicklungen dürfen weder unterschätzt noch toleriert werden und erfordern ein unverzügliches und entschlossenes Handeln.

4.3 Gescheiterte Integration

Patriarchale Familienstrukturen

In vielen der autoritären Herkunftsländer herrschen patriarchale Familienstrukturen, in denen der Vater als Oberhaupt das Sagen hat. Erziehungsziele wie Respekt vor Autoritäten und Ehrenhaftigkeit spielen dabei eine besondere Rolle. Der in der Türkei geborene Pädagogikprofessor Ahmet Toprak von der FH Dortmund macht »für den Erfolg oder Misserfolg der Integration [...] in erster Linie die Erziehung und das Verhalten der Eltern verantwortlich. Sie sind die »Machomacher« (Der Spiegel, 2019). Im Gegensatz zu den Töchtern erlauben sie den Söhnen alle Freiheiten, um sie auf ihre spätere Rolle als beschützendes, ernährendes und repräsentierendes Familienoberhaupt vorzubereiten. Anders als ein Mädchen, das schon früh auf seine traditionelle Rolle als Mutter, Haus- und Ehefrau vorbereitet werde und ordentlich, diszipliniert und zuverlässig sein müsse, dürfe der Junge sich selbst verwirklichen, die Welt erkunden und seiner Mutter widersprechen. Daraus könne sich ein abwertendes und teils frauenfeindliches Verhalten entwickeln.



Die Integration von Jugendlichen scheidert oftmals aufgrund patriarchaler Strukturen im Elternhaus.

Hinzu komme, dass viele junge Männer mit Migrationshintergrund in Deutschland früh »in die Rolle des starken Mannes rutschen [...]«, da »in einem bestimmten Milieu viele Väter arbeitslos sind oder nicht gut Deutsch sprechen, sodass sie ihre Vorbildfunktion nur selten gut erfüllen können und die Söhne die Lücken füllen müssen« (Der Spiegel, 2019). Den Großteil der Erziehungsarbeit übernehmen die Mütter,

die glauben, ihre Söhne in jeder Situation beschützen zu müssen, ihnen nichts zumuten und die (Haus-)Arbeit abnehmen, sodass die Jungen keine Chance haben zu reflektieren und selbstständig zu werden, bis sie in die erfahrenen Hände einer Ehefrau kommen. In den so entstehenden Parallelgesellschaften mit eigenen Wertesystemen wird die demokratische Lebensweise teils offen abgelehnt, sodass viele Schülerinnen und Schüler nicht mehr oder nur noch schwer erreichbar sind.

Für den schulischen Umgang empfiehlt Toprak im Umgang mit den »Machos«, »vor der Klasse sehr deutlich zu machen, welche Regeln in der Schule gelten« und dass der Lehrer das Sagen hat. Falsch verstandene Toleranz für den anderen Kulturkreis und Nachgiebigkeit relativieren und bestärken das Fehlverhalten. »Man sollte den Jungen klar und deutlich sagen, wo es langgeht. Wer sich nicht daran hält, muss Ärger bekommen« (Der Spiegel, 2019). Diese klaren Ansagen, verbunden mit einer Null-Toleranz-Strategie im Fall von religiösem Mobbing, verbalen, antisemitischen oder tätlichen Attacken, werden von »autoritären Charakteren«²² verstanden und sollten auch im öffentlichen Raum von der Polizei kommuniziert werden, wobei Zuwiderhandlungen sofort sanktioniert werden müssen, damit die Gültigkeit der Regeln unmittelbar erfahrbar wird.

»Clan-Kriminalität«

Eine Spätfolge der gescheiterten Integration ist die organisierte »Clan-Kriminalität«,²³ zu deren Täterkreis Großfamilien gehören, die aus dem arabischen Kulturkreis stammen und die rund 200.000 Mitglieder umfassen. Von 1975 bis 1990 emigrierten viele der damals staatenlosen arabischen und palästinensischen Familien aufgrund

22 Der autoritäre Charakter, wie ihn etwa Erich Fromm in seiner Schrift »Die Furcht vor der Freiheit« beschreibt, hat sadomasochistische Züge: Man ist bereit, sich einer Autorität zu unterwerfen – und hat selbst wiederum das Bedürfnis, andere zu unterwerfen.

23 Der Begriff »Clan«, für den es keine einheitliche Definition gibt, wird kontrovers diskutiert.

des libanesischen Bürgerkriegs nach Deutschland, wo ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wurde. Da auch ihre Kinder nicht schulpflichtig waren, entstanden Parallelgesellschaften, aus denen heraus Teile der Großfamilien illegale Geschäfte machten, um ihren Lebensstandard zu sichern oder zu heben.

Die Kriminalpolizei definiert kriminelle Clans als ethnisch abgeschottete Subkulturen, bei denen Verwandtschaft die Bedingung der Mitgliedschaft ist und die in der Regel patriarchalisch-hierarchisch organisiert sind (Die Kriminalpolizei, 2020). Das Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen erweitert die Definition um die Kategorien der Ablehnung der geltenden Rechtsordnung in Deutschland und der ideologischen Legitimation des kriminellen Handelns durch Abwertung der Opfer. Darüber hinaus haben Clans eine Paralleljustiz etabliert, die Clan-Rivalitäten durch einen islamischen Friedensrichter regelt.

Nach außen hin demonstrieren Clans ihr Machtstreben durch die Besetzung des öffentlichen Raums (Dienstbühl, 2021, 24 f.), wobei sie durch Ordnungsstörungen und Straftaten die Bevölkerung einzuschüchtern versuchen. Einsatzkräfte berichten von einer offenen Feindseligkeit, einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewalteskalation, die das Ziel verfolgen, behördliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden (Die Kriminalpolizei, 2020). Die kriminellen Aktivitäten der Clans, die das Land als Beute sehen und den Rechtsstaat verachten, umfassen Diebstähle, Drogenhandel, Einbrüche, Schutzgelderpressung, Prostitution, Raubüberfälle (Berliner Morgenpost, 2017) oder die Terrorisierung der Nachbarschaft (Der Spiegel, 2021b), sodass die Clans zu »einer echten Bedrohung für die deutsche Zivilgesellschaft geworden« sind (Heise/Meyer-Heuer, 2020, 12).

Zu den aufsehenerregendsten Taten der letzten Jahre zählen der Raubüberfall auf die Schmuckabteilung im Kaufhaus des Westens im Jahr 2014 in Berlin, der Diebstahl einer großen Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum im Jahr 2017 und der Juwelendiebstahl im

Dresdner Grünen Gewölbe im Jahr 2019. Im Jahr 2022 hat die Anzahl der Clan-Straftaten noch einmal zugenommen, wobei die Intensivtäter zum größten Teil aus der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen kamen (WA.de, 2023a). Zuletzt machten im Juni 2023 mehrere blutige Ausschreitungen zwischen zwei verfeindeten Großfamilien in Essen und Castrop-Rauxel negative Schlagzeilen. Dabei waren über 100 Personen mit Messern und Schlagwaffen aufeinander losgegangen und hatten beim Kampf um die »Vorherrschaft auf der Straße [...] auch billigend Tote in Kauf genommen«, wie der Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erklärte. Angesichts der massiven Ausschreitungen mit immer mehr gewaltbereiten Männern habe man einen bedrohlichen »Kipp-Punkt« in der Eskalation von Großfamilien erreicht (WA.de, 2023b).

Staatlich verschuldete »Selbst-Autokratisierung«

Die Folgen der gescheiterten Integration und der aus den Fugen geratenen Flüchtlingspolitik führen zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Frustration, die langsam in ein Gefühl der Ohnmacht übergeht und schließlich bei manchen Bürgern – zum Zweck der Selbstbehauptung – in eine Art autoritäre Aggression umschlägt. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Flüchtlingsverteilung, wo die Mehrheit der betroffenen Einwohner den Eindruck hat, dass undemokratisch über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde, wenn zum Beispiel im Gemeindorf Upahl (Landkreis Nordwestmecklenburg), in dem 500 Menschen leben, ein Containerdorf für 400 Flüchtlinge entstehen soll.



**Das hilflose Agieren des Staates
bei der Kontrolle der Migration
weckt bei vielen die Sehnsucht
nach einem harten Durchgreifen.**

Durch die Nichtkontrolle der Außengrenzen entsteht bei dauerhafter und teils illegaler Einwanderung, die im Prinzip endlos ist, weil das individuelle Asylrecht gilt und eine ganze »Fluchtindustrie« daran verdient, der Eindruck des staatlichen und persönlichen Kontrollverlusts. Deshalb wünscht man sich starke Strukturen, die das teils unsichtbare Chaos, das erst von den Medien sichtbar gemacht wird, autoritär ordnen und bestenfalls beenden, so wie es die rechtspopulistischen Parteien versprechen. Dabei übersieht man schnell, dass auch vieles gut läuft und die meisten Schutzsuchenden integrationswillig sind, viele bereits arbeiten, Steuern zahlen und so ihren Teil zum Funktionieren der Gesellschaft beitragen. Dennoch wird sich die soziale Situation aufgrund der fehlenden Finanzmittel, der mangelnden Infrastruktur, der nicht vorhandenen Lehrkräfte und der kollabierenden Kommunen weiter verschärfen und die Stimmung verschlechtern.

Daher wäre es demokratiefördernd, wenn das Migrations-Missmanagement eingedämmt und der Sozialstaat besser geschützt würde, indem man vom Dauerkrisenmodus zurück zum Normalzustand käme. Ohne eine ehrliche Bestandsaufnahme dessen, was im Rahmen der Migration wie lange finanziell noch möglich und sozial zumutbar ist, wird man den Rückhalt der hilfsbereiten und engagierten Bevölkerung verlieren. Neben dem Kapazitätsproblem stellt sich für viele sozial schwächere Menschen auch die Gerechtigkeitsfrage, wenn ein alleinstehender Schutzbedürftiger 410 Euro und eine Familie mit Kind 1.100 Euro erhält (Informationsverbund Asyl & Migration, 2023). Dieses verfassungsrechtlich vorgeschriebene Existenzminimum hat im Hinblick auf die Menschenwürde seine absolute Berechtigung, kann aber von Schleusern auch als »Verkaufsargument« genutzt werden, um illegale Migration zu fördern. Darüber hinaus ist es vom Staat für weitere Millionen potenziell Schutzbedürftige auf Dauer nicht bezahlbar, ohne an anderen Stellen massiv Geld einzusparen.

Es müsste daher an einem gesamteuropäischen Konzept – eventuell nach dem Muster Dänemarks – gearbeitet werden, das weniger Anreize zur Armutsmigration schafft, bei der sich die Frage stellt,

inwieweit sie vom Asylrecht abgedeckt ist. Weitere Maßnahmen, um die Migration erfolgreich zu managen, könnten gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt werden, um sie aktiv zu beteiligen. Zu den Maßnahmen könnte die Gründung von Ankerzentren im Ausland gehören, wo der Fluchtgrund geprüft, der Asylantrag bearbeitet und die Entscheidung getroffen wird, ob jemand das Recht auf Asyl hat. Für die Schutzsuchenden ließen sich so auch die Kosten und Gefahren für die Reise von vornherein vermeiden.

Gleichzeitig müssten die Kontrollen an den deutschen Außen- und den EU-Binnengrenzen verstärkt werden, um illegale Migration zu verhindern und kriminelle Schleuserbanden strafrechtlich zu verfolgen. Neben der Klassifizierung von mehr sicheren Herkunftsländern (Maghreb-Staaten) und der besseren Zusammenarbeit mit ihnen (auch wenn es Autokratien wie Syrien sind), sollte der Familiennachzug vorerst ausgesetzt werden, um die strategische Migration zu begrenzen. Sofern Asylanträge genehmigt werden, sollten Sach- und Serviceleistungen angeboten werden, um die monetären Anreize zu minimieren. Gleichzeitig müssen die Schutzsuchenden psychologisch betreut werden. Sie benötigen Sprach- und Landeskundeunterricht sowie berufliche (Weiter-)Qualifizierungen, damit sie zeitnah Arbeit finden und sich integrieren können.

Bei Kooperationsverweigerungen und Sozialbetrug sollten die Leistungen gestrichen werden, wohingegen bei der Begehung von Straftaten sofort und konsequent abgeschoben werden muss, um den sozialen Frieden zu sichern. Dieses Vorgehen müsste juristisch auch für kriminelle Clans und ihre Familienmitglieder ermöglicht werden, damit man sie im Sinne einer kriminellen Vereinigung kollektiv abschieben kann, nachdem man ihnen – sofern vorhanden – den deutschen Pass entzogen hatte. Denn wie überall auf der Welt sollte auch in Deutschland der Grundsatz gelten, dass diejenigen, die ihr Gastrecht missbrauchen, es auch verlieren. Das wesentliche Ziel der geplanten und regelbasierten Steuerung von Migration sollte es sein, den wirklich Schutzbedürftigen – und das heißt vor allem den Frauen und Kindern – zu helfen.

Cancel Culture

Demokratisch defizitär wird es an dem Punkt, an dem Illusionen und Ideologien den Realitätssinn verdrängen und Meinungen oder Vorschläge zu dem emotional aufgeladenen Thema Flucht und Migration nicht mehr sanktionsfrei geäußert werden können. Statt reflexhaft von »Populismus«, »Pauschalurteilen«, »Ressentiments«, »Rassismus«, »(Rechts-)Radikalismus« oder »Hetze« zu reden, sollte man die komplexe Asylsituation einer kritisch-rationalen Analyse unterziehen, sachliche Argumente äußern und die verschiedenen Perspektiven differenziert betrachten. Stattdessen wird durch die Abwertung oder das Canceln bei vielen Leuten der Eindruck erweckt, »man könne seine Meinung nicht mehr sagen« und lebe in einer Meinungsdictatur, deren Maßstab die politische Korrektheit sei.

Sofern sich an der aktuell sehr angespannten Flucht- und Migrationssituation nichts ändert und sich der Staat nicht handlungsfähig zeigt, werden der Migrationsdruck, die Bevölkerungsfrustration und die Umfragewerte der Rechtspopulisten weiter steigen, sodass sich Demokratie von innen her zunehmend selbst autokratisiert.

— Kapitel 5

Handlungsorientierte Aspekte: Wie sich Demokratien schützen können

5.1	Demokratie-Pädagogik	96
5.2	Vermittlung von Medienkompetenz	103
5.3	Doppelte Verteidigung	105

5.1 Demokratie-Pädagogik

Historische Defizite

»Die Hälfte der jungen Menschen kann nicht genau sagen, wann die Nazizeit war« (Der Spiegel, 2023d), titelte Spiegel online im Februar 2023 als Reaktion auf die kurz zuvor veröffentlichte MEMO-Jugendstudie »Wie erinnern junge Menschen an den Nationalsozialismus?« (Stiftung EVZ, 2023). Die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführte Studie ergab laut einem der Autoren »systematische Lücken mit Blick auf ganz grundlegendes Wissen« (Der Spiegel, 2023d). So konnte nur knapp die Hälfte der befragten 16- bis 25-Jährigen den Zeitraum der NS-Herrschaft vollständig und korrekt benennen und jeder fünfte Befragte kannte nur eine oder gar keine Opfergruppen. Manche Opfergruppen wie Menschen mit Behinderungen oder Sinti und Roma waren besonders wenig bekannt.

Entscheidend für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit seien der eigene Bildungshintergrund und derjenige der Eltern, teilen die Autoren der Studie mit. Rund 60 Prozent der Befragten wurden durch die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte für Themen wie Ausgrenzung und Diskriminierung sensibilisiert, die jeder Dritte der Befragten nach eigenen Angaben im Alltag selbst spürt. Besonders von Diskriminierung betroffen waren junge Menschen mit Migrationshintergrund, aus einkommensschwachen Familien oder deren Eltern einen niedrigen Bildungsgrad hatten. Dagegen stellten 75 Prozent den Sinn der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nicht infrage und zeigten ein überdurchschnittlich starkes Interesse an dieser Zeit, insbesondere an den gesellschaftlichen Umständen der NS-Verbrechen sowie der Rolle und Verantwortung der vermeintlich unbeteiligten deutschen Bevölkerung. Drei Viertel der befragten Jugendlichen würden gerne ihre Wissenslücken schließen, die Hälfte möchte historische Orte besuchen und wünscht sich, dass durch Bildungsangebote Bezüge zwischen Vergangenheit und Gegenwart hergestellt werden.

Diese Bezüge zwischen der NS-Vergangenheit und der Gegenwart lassen sich durch die überall erstarkenden Autokratien im Ausland schaffen, die ihre Propaganda-, Überwachungs- und Einschüchterungsmethoden teilweise vom als von ihnen vorbildlich angesehenen NS-Regime kopiert und darüber hinaus weiterentwickelt haben. Innenpolitisch erschließt sich der historische Bezug zu der rechts-populistischen Partei »Alternative für Deutschland« samt ihrem revisionistischen Geschichtsbild und ihrem neovölkischen Nationalismus. Vor allem der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung« eingestufte und offiziell aufgelöste »Flügel« der AfD schwebt inzwischen unsichtbar, aber dafür umso entschlossener auf den ideologischen Spuren der NSDAP (BMI, 2021).



Wir brauchen an den Schulen eine demokratische Grundausbildung!

Demokratische Grundausbildung

Der aufstrebende Rechtspopulismus und das ausufernde Medienangebot mit zahlreichen antidemokratischen bis autokratischen Manipulationsversuchen machen es zwingend erforderlich, die demokratische Grundausbildung als gesellschaftlichen Auftrag ernst zu nehmen sowie frühzeitig und dauerhaft durchzuführen. Da die Schule der Ort ist, an dem die ganze Gesellschaft in einem prägenden Alter zusammenkommt, müssen das Demokratieverständnis und die Einübung in demokratisches Verhalten hier von der ersten bis zur letzten Klasse (sowie an den Berufsschulen) erlernt und praktiziert werden. In den Bereich des Wissens gehören das kreative Erlernen und kritische Hinterfragen der eigenen (doppel-)diktatorischen Geschichte Deutschlands, ihrer Menschen und Motive (Mitläufertum,

Karrieredenken, Profitgier, Gleichgültigkeit) als auch der Mechanismen (Propaganda, Zensur, Stigmatisierung, Ausgrenzung), um die Erinnerungskultur lebendig zu halten. Die Geschichte könnte mit künstlerischen Mitteln (Dokumentarfilmproduktion, Theaterprojekten) erarbeitet und dann mit den Methoden der gegenwärtigen Autokratien verglichen werden, die erst einmal bekannt gemacht werden müssten, da sie bisher kaum im Unterricht behandelt werden. Gleichzeitig sollte sichergestellt sein, dass die Schüler die eigenen demokratiebegründenden humanistischen (Freiheits-)Werte kennen, die politischen Prozesse im Land verstehen und die globalen Zusammenhänge nachvollziehen können. Das Werkzeug dafür ist die Ausbildung des eigenen Verstandes, der Unterscheidungen treffen und sich selbst aufklären kann.

Sapere aude!

Aufklärung meint hier im kantischen Sinne den »Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit«, indem man den Mut hat, sich seines eigenen »Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen« (Kant, 2023). Das bedeutet, die jungen Menschen zu befähigen, kritisch zu denken, und sie zu ermutigen, ihre Gedanken zu äußern. Damit können sie ihren Teil zum demokratischen Diskurs von Rede und Gegenrede, zum gemeinsamen Erkenntnisgewinn und zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen. Demokratie wird so im Sinne Wittgensteins zur Lebensform, in der sich der Einzelne zuständig fühlt und Verantwortung übernimmt.

Das Gegenteil von Aufklärung praktizieren Autokratien. Sie fürchten kritische Gedanken, weil sie dadurch ihre Macht gefährdet sehen. Sowohl Autokratien als auch defekte Demokratien, die auf dem Weg zur Autokratie sind, oder Demokratien, in denen Verdrossenheit herrscht, funktionieren nach dem Prinzip der Ohnmacht oder Gleichgültigkeit ihrer Untertanen/Bürger. Kant beschreibt es deutlicher: »Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen [...], dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es

Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, [...] so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen« (Kant, 2023).

Praktische Demokratieerfahrungen

Neben dem »Selberdenken« ist das »Selbermachen« (Learning by Doing) in der Gesellschaft zur Gestaltung der Demokratie ein wichtiger Schritt, denn eine positive demokratische Erfahrung ist prägend für das erlernte Verhalten und die Ausbildung einer demokratischen Identität. Der aktuelle Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung mit dem Titel »Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen« (ghst, 2023) betont die Bedeutsamkeit von direkten demokratischen Erfahrungen im schulischen Kontext. Das demokratische Können wächst, wenn Schüler erkennen, dass ihre Stimme bei Entscheidungsprozessen Gewicht hat und einen Unterschied macht. So kann jeder Schüler durch die Einführung eines »Demokratiebudgets« von mindestens 5 Euro mitentscheiden, für welche Aktivitäten oder Anschaffungen das Geld eingesetzt wird – sei es für das Pflanzen eines Gemüsegartens oder für die Investition in Roboterbausätze an der Schule. Die demokratischen Lernfortschritte könnten laut Kommission durch ein übergeordnetes »Demokratie-Pisa« kontrolliert und bei Defiziten nachgebessert werden.

Demokratisches Projektmanagement

Ebenfalls sinnvoll wäre es, frühzeitig Führungsqualitäten und Kenntnisse des Projektmanagements zu vermitteln, damit demokratisch handlungsorientierte Projekte zur Mitgestaltung realisiert werden können. Beispiele dafür sind »Schule ohne Rassismus«, ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb der Zivilgesellschaft oder im Wohnumfeld sowie Innovationswerkstätten zur Demokratiegestaltung. In Ländern, in denen gemeinsam und oftmals projektorientiert gelernt wird, wird

die Demokratie als Ganzes deutlich positiver gesehen. In Dänemark lernt man so ohne Noten bis zur 7. Klasse. Zu den zu vermittelnden demokratischen Kompetenzen des Projektmanagements, die auch im Berufsleben wichtig sind, gehören: sich und andere motivieren können und aktiv werden, sowohl selbstständig als auch gemeinsam planen und interdisziplinär handeln können, vorausschauende Entwicklungen analysieren und beurteilen können, Vorstellungen von Gerechtigkeit als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage nutzen sowie an kollektiven Entscheidungsprozessen teilhaben und Zielkonflikte lösen. Empathie, Respekt und Fairness einzuüben ist ebenso wichtig wie gewaltfreie und wertschätzende Kommunikation. Zudem sollte man fähig sein, Risiken, Gefahren und Unsicherheiten erkennen und abwägen zu können.

Interkulturelle Kompetenzvermittlung

Am erfolgreichsten ist man da, wo man über Ländergrenzen hinweg gemeinsam handelt. Vor dem Hintergrund der sich verändernden Weltordnung und der zunehmenden Einflussnahme der Autokratien sollten die Schüler mehr über die Kolonialgeschichte Afrikas, Chinas, Indiens, der USA sowie über historische Traumata, deren Folgen und die sich daraus entwickelnden Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen lernen. Gleichzeitig geht es darum, durch interkulturelle Kompetenzvermittlung die bestehenden Stereotypen und Vorurteile beispielsweise gegenüber dem Islam zu reflektieren und abzubauen und verschiedene Werte- und Glaubenssysteme kennenzulernen. Hierfür sind die persönliche Begegnung, der gegenseitige Austausch und der Aufenthalt im anderen Land unerlässlich, damit jeder seine eigenen unmittelbaren Fremderfahrungen machen, mit den Menschen vor Ort Kontakt aufnehmen und sich seine eigene Meinung bilden kann. Wie ausbaufähig unser Wissen über die afrikanischen und arabischen Länder (inklusive Islam), Russland oder China ist, kann jeder für sich selbst einschätzen.

Beispiel Chinakompetenz

Einen Einblick in die Ausbaupotenziale der Chinakompetenz, die hier stellvertretend auch für andere Länder steht, vermittelt die Studie »China kennen, China können« (Merics, 2018) des Mercator-Instituts aus dem Jahr 2018. Chinakompetenz »beinhaltet neben auf China bezogenen Fachkenntnissen auch das Basiswissen zu moderner Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Geschichte sowie fremdsprachliche und interkulturelle Kompetenz« (BMBF, 2021).



**In Deutschland lernen
5.000 Schüler Chinesisch,
in Frankreich sind es 38.000.**

Da das Erlernen der chinesischen Sprache und Zeichen zeitintensiv ist, sollte man am besten frühzeitig damit anfangen. Von den elf Millionen Schülern an deutschen Schulen lernen rund 5.000 Chinesisch, wohingegen 1,4 Millionen Französisch und 464.000 Spanisch lernen. Im Vergleich dazu lernen in Frankreich 38.000 Schüler Chinesisch. Die Zahl der Studienanfänger in chinawissenschaftlichen Studiengängen geht seit Jahren zurück und lag 2016/17 in Deutschland bei etwa 500, obwohl es immer mehr Angebote gegenwartsorientierter Chinaforschung gibt. In der Berufsbildung in Deutschland existieren keine chinabezogenen Zusatzqualifikationen, deren Sprachausbildung über ein Niveau elementarer Sprachverwendung hinausgeht.

Diese weitverbreitete Inkompetenz ist bedenklich, da China inzwischen eine führende Technologiemacht und ein globaler Schlüsselsakteur ist (vgl. Kapitel 2), der seine eigene Agenda verfolgt und über sehr viel Deutschlandkompetenz verfügt. Es ist daher dringend geboten, das länderspezifische Wissen und Können über China ge-

samtgesellschaftlich auszubilden (Willems, 2022). Es müsste bei der finanziellen Förderung von Lehrerfortbildungen zu Sprache, interkulturellem und fachlichem Wissen an sämtlichen Schulformen, einschließlich Berufsschulen, beginnen und sollte sich in den Betrieben, an den Hochschulen und in den Verwaltungen sowie Ministerien fortsetzen. Darüber hinaus sollte die Chinakompetenz im europäischen Bildungssektor verankert und durch den Aufbau eines »Europäischen Bildungsfonds Chinesisch« finanziert werden, damit man europaweit auf demselben Kompetenzstand ist, gemeinsam fundierte Entscheidungen treffen und sich mit China auf Augenhöhe austauschen kann.

Digitales demokratisches Bonussystem

Alle genannten Fähigkeiten fördern die Entwicklung einer demokratischen Persönlichkeit und führen bestenfalls zu einer demokratischen Identität. Die daraus erwachsene demokratische Lebensform – das heißt: demokratisch zu denken und im Sinne der Gemeinschaft zu handeln – hilft dabei, dass die Demokratie insgesamt funktionieren kann und dauerhaft überlebensfähig bleibt. Um die Fähigkeiten spielerisch zu lernen, einzuüben und in gemeinschaftlichen Projekten praktisch zu erproben, wäre es überlegenswert, eine Art altersunabhängiges digitales demokratisches Bonussystem einzuführen, das einerseits als Lern- und Weiterbildungsplattform dient und andererseits auch demokratisches, soziales und gemeinwohlförderndes Verhalten im Alltag honoriert.

So könnten zum Beispiel für gemeinnützige Nachbarschaftsaktivitäten, ehrenamtliches Engagement oder selbst initiierte Sozial- oder Integrationsprojekte verschiedene »Demokratie-Punkte« gutgeschrieben werden. Nach einer gewissen Zeit oder mit einem bestimmten Punktestand könnte man unterschiedliche Vergünstigungen oder Zusatzleistungen erhalten, zum Beispiel Preisnachlässe im Nahverkehr, beim Besuch von Kulturveranstaltungen oder beim Eintritt in Museen, Theater und Sportveranstaltungen. Zusatzleistungen könnten Fortbildungen oder Sommercamps im benachbarten Ausland sein, wo man gemeinsam mit anderen Menschen neue Projekte initiiert und

durchführt. Das Hauptziel bei diesem (Modell-)Projekt wäre, sich solidarisch für seine Mitbürger zu engagieren, einen Gemeinsinn zu entwickeln und sich aktiv in die Demokratie einzubringen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und selbst positive Erfahrungen zu machen.

5.2 Vermittlung von Medienkompetenz

Rezeptionsfähigkeit

Ein wichtiges Werkzeug, um den medialen Herausforderungen der Autokratien begegnen zu können, ist die Vermittlung von Medienkompetenz. Darunter versteht man »die Fähigkeit, sowohl die verschiedenen Medienkanäle als auch deren Inhalte kompetent und vor allem kritisch zu nutzen sowie mit und in diesen Kanälen zu agieren« (Gabler Wirtschaftslexikon, 2023a). Im Hinblick auf die medialen Herausforderungen, die von Autokratien ausgehen, sollten Schülerinnen und Schüler frühzeitig dafür sensibilisiert und trainiert werden, autoritäre oder demokratiefeindliche Inhalte in bestimmten (sozialen) Medien wie zum Beispiel Internet-Plattformen (YouTube, Meta und andere) oder Kommunikationskanälen (TikTok, X) zu (er-)kennen.

Hierzu bedarf es neben der demokratischen Wertevermittlung auch der Schulung eines kritischen Urteilsvermögens (Rezeptionsfähigkeit). Damit ausgestattet, lassen sich die Medien beziehungsweise Medienschaffende (zum Beispiel Influencer) nach bestimmten Kriterien – Seriosität, Glaubwürdigkeit/Vertrauenswürdigkeit, Abhängigkeit von Finanzierungsquellen, politischer Hintergrund – bewerten und das Manipulationsrisiko einschätzen. Helfen kann dabei eine Cross-Validierung, die weitere Quellen zu der gefundenen Information hinzuzieht und mit dieser vergleicht. So lässt sich die Richtigkeit oder Wahrscheinlichkeit der Information oder Aussage überprüfen.

Die Probleme beginnen allerdings schon dort, wo die Nutzer nicht zwischen einem Bericht (objektive Präsentation des Geschehens =



Nutzer sozialer Medien müssen lernen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden.

Fakten) und einer Kommentierung (subjektive Bewertung des Geschehens) unterscheiden können. Diese Unterscheidungsfähigkeit ist besonders in den sozialen Medien notwendig, wo es weder eine ausreichende Kontrolle noch ethische Maßstäbe für die Verbreitung von Informationen oder Kommentaren gibt. Am Beispiel der inflationären »Hasskommentare« zu jedem beliebigen Thema, in denen die Menschenwürde verletzt wird und die gegen die Verfassung verstoßen, zeigt sich eine falsch verstandene Form von totaler beziehungsweise ans Totalitäre grenzender Demokratie, in der jeder meint, ohne Rücksicht auf Verluste alles sagen oder posten zu dürfen. Künftig muss sich die Gesetzgebung mit den neuen, entfesselten Entwicklungen und Realitäten im Cyberspace auseinandersetzen und sowohl neue Gesetze erlassen als auch empfindlichere Strafen verhängen, damit der offene (Kommunikations-)Raum besser geschützt wird.

Partizipationskompetenz

Einer besonderen Sensibilisierung bedarf es, um die (teils anonymen) Sender in den sozialen Medien zu identifizieren, denn es kann sich dabei um gefälschte Namen oder Konten oder »um Dialogsysteme mit natürlichsprachlichen Fähigkeiten textueller oder auditiver Art handeln« (Gabler Wirtschaftslexikon, 2023b). Diese sogenannten Chatbots werden unter anderem von Autokratien dafür genutzt, manipulative Informationen bereitzustellen, Botschaften zu »liken« oder weiterzuleiten, Trends zu setzen oder eine künstliche Relevanz für ein bestimmtes Thema zu erzeugen, Kritiker zu diskreditieren oder politische Maßnahmen zu initiieren.

Das weite Feld der künstlichen Intelligenz und ihrer multiplen Manipulationsmöglichkeiten (gefälschte Bilder, Stimmen, Videos) ist bisher

kaum erforscht, weil sie sich durch das autonome »Deep Learning« schneller entwickeln als die notwendigen Kontrollmöglichkeiten. In einem weiteren Schritt bedarf es daher der spezifischen, autokratiekritischen Schulung (Was sind Autokratien? Woran erkennt man sie? Wie operieren sie?), um auf bestimmte Inhalte mit angemessenen (Gegen-)Argumenten reagieren zu können, unangemessene Beiträge zu melden und eigene Kommentare zu schreiben (Partizipationskompetenz). Damit kann die konstruktive Teilnahme am demokratischen Meinungsbildungs- und Verteidigungsprozess gelingen.

Selbstreflexivität

Da sich die sozialen Medien – samt ihrer Phänomene (Trollfabriken) und Produkte ([Fake-]News) – und ebenso die Systeme der künstlichen Intelligenz (Deep Fakes, Reproduktion von Vorurteilen) immer schneller weiterentwickeln, sind sowohl der Aufbau als auch die Fortbildung im Bereich der Medienkompetenz wichtige Aufgaben für jedes Alter. Besonders im Zeitalter der Digitalisierung, wo im virtuellen Raum »parallele Realitäten« (imaginäre Stammesgesellschaften und Stimmungsbilder) entstehen, hat jeder Netizen die reale Pflicht, die liberale Demokratie vor den vielfältigen medialen Manipulationsversuchen innerhalb und außerhalb der Gesellschaft zu schützen, damit diese nicht – wie im Falle des Sturms auf das US-Kapitol – zu explodieren droht. Dabei ist auch kritisch darauf zu achten, was man selbst für Inhalte produziert und veröffentlicht, da das Internet ein langes Gedächtnis hat und nichts und niemanden vergisst.

5.3 Doppelte Verteidigung

Mehr Selbstwirksamkeit zur Systemstabilisierung

Im 75. Jahr des Verfassungskonvents zeigt die deutsche (Diktatur-) Geschichte, dass die Demokratie nicht naturgegeben ist, sondern der bürgerlichen Beteiligung bedarf, um erhalten zu bleiben und sich entwickeln zu können. Im innenpolitischen Raum müssen sich die liberalen Demokratien zunehmend gegen ihre immer selbstbewuss-

ter auftretenden Verfassungsfeinde verteidigen, welche die Freiheitsrechte missbrauchen, um die Demokratie abzuschaffen. Dabei lebt der politische Aushandlungsprozess von Kompromissen, die nicht alle zufriedenstellen und die nicht immer zu den gewünschten Zielen führen. Diese Defizite gilt es auszuhalten. Eine passive Konsumentenhaltung oder prinzipielles Dagegensein lassen die Demokratie, die von der Mitgestaltung aller lebt, auf Dauer erodieren.

Die Verhaltensregeln der Demokratie sind in der Verfassung festgelegt, die durch die Befreiung von der Diktatur entstanden ist. Diese Regeln beruhen auf humanistischen Werten wie Toleranz, Menschenwürde und Gewaltfreiheit, auf die wir uns wieder besinnen sollten, um das Gemeinwesen konstruktiv zu gestalten. Dabei gilt: Wer sich auf die Grundrechte der Verfassung beruft, hat auch die Pflicht, sie vor ihren Feinden zu schützen. Wo die Demokratie durch Worte und Taten angegriffen wird, muss sie von mündigen Bürgern verteidigt werden. Wer Grenzverletzungen beschwichtigt oder zu Gewaltrechtfertigungen schweigt, stärkt die Verfassungsfeinde, und wer gleichgültig bleibt, trägt dazu bei, dass die Verfassung ihre Gültigkeit verliert (Bundespräsidialamt, 2023).

Um die Demokratie von innen her zu stabilisieren, sollte jeder mündige Bürger von seiner Selbstwirksamkeit Gebrauch machen. Das bedeutet, eine Resilienz zu entwickeln, mit der sich schwierige Situationen aushalten lassen, und zugleich zu erkennen, dass man mit Worten und Taten unmittelbaren Einfluss auf seine Umwelt hat. Alles beginnt mit dem Denken, das nur »unter den Bedingungen politischer Freiheit« (Arendt, 1997, 414) möglich ist. Die Selbstwirksamkeit setzt sich an der Wahlurne fort, wo man verantwortlich dafür ist, was man wählt, und sie führt schließlich in den öffentlichen Raum, wo sie sich im persönlichen Engagement als wertegeleitetes Handeln manifestiert.

Vertrauen ist gut, Verteidigungsfähigkeit ist besser

Die außenpolitischen Entwicklungen lassen es spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als Gebot der politischen

Vernunft erscheinen, dass sich die liberalen Demokratien verteidigungsfähig zeigen müssen. Denn es liegt im strukturellen Wesen der Autokratie, dass sie nichts kennt außer sich selbst und nur das archaische »Gesetz des Stärkeren« akzeptiert. Von daher wird jedes Zeichen von Schwäche oder militärischer Unterlegenheit durch Autokratien ausgenutzt, um strategische Vorteile zu erzielen oder die eigenen Interessen durchzusetzen, notfalls mit Gewalt und manchmal auch ohne Not. Diese offene Demonstration von Gewaltbereitschaft zeigt sich täglich überall auf der Welt und derzeit besonders intensiv in Form von militärischen Drohgebärden im Südchinesischen Meer.

Gerade aus Gründen der Unsicherheitsvermeidung ist unverzügliches, umfassendes und länderübergreifendes Handeln geboten, um die Verteidigungsfähigkeit der EU zu erhöhen. Neben der Stärkung und Erweiterung der NATO samt einer umfassenden Verteidigungsstrategie wie dem »European Sky Shield« (BMVG, 2023) inklusive des Luftverteidigungssystems »Arrow 3« ist es wichtig, die EU zu einer politischen Union auszubauen.

Hohe Priorität müsste der Kompetenzerweiterung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik zukommen. Hierzu gehören vor allem die Einrichtung eines EU-Verteidigungsministeriums und der Aufbau einer gemeinsamen Europa-Armee. Die bisherige Bereitstellung von »Ad-hoc-Streitkräften« (Europäische Union, 2023) aus einzelnen EU-Ländern wird nicht mehr ausreichen, den vielfältigen und immer komplexer werdenden autokratischen Herausforderungen



Europa braucht eine gemeinsame Armee samt EU-Verteidigungsministerium sowie britischen und französischen Atomwaffen.

angemessen zu begegnen. Denkbar ist zum Beispiel eine Armee, die sich auf eine breite Definition von Europa bezieht, wobei sich die Frage stellt, inwieweit Länder wie Georgien, die Türkei oder perspektivisch auch die Ukraine – als Sonderfälle – einzubeziehen wären. Diese Europa-Armee könnte aus nationalen Streitkräften bestehen, die einem gemeinsamen Kommando unterstehen. Die nationalen Streitkräfte sollten zur Bewältigung nationaler Aufgaben beibehalten und flexibilisiert werden (Katastrophenschutz vor dem Hintergrund künftig häufiger auftretender Naturkatastrophen).

Das Europaparlament könnte über den Einsatz der Armee entscheiden, welche sich – wie bisher – auf das Krisenmanagement konzentrieren sollte und darüber hinaus der Landes- und Bündnisverteidigung dienen müsste. Dies ist auch deshalb wichtig, weil Europa sich militärisch unabhängiger von den USA machen sollte, die nach eigenen Angaben künftig mehr mit dem Pazifik beschäftigt sein werden. Für diese militärischen Maßnahmen bedürfte es eines eigenen EU-Budgets sowie eines europäischen Beschaffungswesens. Auch die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte sollten sich im Rahmen des Souveränitätsverzichts einer europäischen Entscheidungsautorität unterstellen. Gleichzeitig müsste die Europa-Armee so gestaltet werden, dass sie mit den Strukturen der NATO kompatibel ist, Synergien schafft und die transatlantischen Bindungen stärkt (Kamp, 2015).

Bei der koordinierten Verstärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht es zum einen darum, ein selbstständiger Akteur in der multipolaren Weltordnung zu werden, und zum anderen darum, sich den immer geschlossener auftretenden und teils unberechenbaren Autokratien gegenüber einheitlich, entschlossen und abwehrbereit zu zeigen, um potenzielle Konflikte präventiv zu vermeiden. Oder um es mit Hamlets Worten zu sagen: »Bereit sein ist alles« (Shakespeare, 5. Akt, 2. Szene).

— Kapitel 6

Ausblick: Schöne neue Weltordnung

Als größte Herausforderung für die liberalen Demokratien dürfte sich das Ende August 2023 um sechs Mitglieder erweiterte Bündnis BRICS+ erweisen. Nach der Aufnahme Argentiniens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Irans, Saudi-Arabiens, Ägyptens und Äthiopiens zum 1. Januar 2024 kann man die Gruppe, die sich selbst als Gegengewicht zur westlichen Dominanz versteht, als »Allianz der Autokratien«²⁴ oder »Autokratische Internationale« bezeichnen.

Diese Allianz gewinnt mit ihrer Erweiterung wirtschaftlich und geopolitisch an Gewicht und könnte einen Paradigmenwechsel bei der Mitbestimmung in der globalen Weltordnung herbeiführen. In der neuen Formation repräsentiert BRICS+ 46 Prozent der Weltbevölkerung und erwirtschaftet 37 Prozent der Weltwirtschaftsleistung (msn.com, 2023). Im Vergleich dazu stellen die G-7-Länder 44 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und repräsentieren 10 Prozent der Weltbevölkerung (ZDF.de, 2023b).

Weitere 40 Staaten haben bereits Interesse an einer künftigen BRICS-Mitgliedschaft bekundet. Dazu zählen Bangladesch, Belarus, Kuwait und Venezuela. Schon jetzt umfasst die neue BRICS-Gruppe die wichtigsten Energieproduzenten der Welt, was den globalen Machtanspruch noch einmal unterstreicht. Es ist davon auszugehen, dass die VR China, die den BRICS-Erweiterungsprozess entscheidend vorangetrieben hat, nun als stärkste Wirtschaftsmacht der Gruppe eine politische, wirtschaftliche und technologische Führungsrolle übernehmen wird.

Nachdem China die Erzfeinde Saudi-Arabien und Iran vor einigen Monaten an den Verhandlungstisch bringen konnte, bilden sie nun

²⁴ Von den 2001 gegründeten und zu den (teils ehemaligen) Schwellenländern zählenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) sind Russland und China Autokratien, Brasilien, Indien und Südafrika gehören zu den »schwachen Demokratien«. Von den neuen Beitrittsländern gelten Ägypten, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und der Iran als Autokratien und Argentinien als schwache Demokratie.

mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland eine starke energiepolitische Achse. Es ist naheliegend, dass die BRICS+-Staaten auch sicherheitspolitisch kooperieren und die internationale Ordnung nachhaltig verändern werden, um der Dominanz des Westens (beziehungsweise der liberalen Demokratien) etwas entgegenzusetzen.

Einerseits gibt es die Bestrebung, sich mit einer alternativen Währung – wie zum Beispiel dem chinesischen Renminbi – unabhängiger vom US-Dollar zu machen, mit dem 88 Prozent des Welthandels abgewickelt werden. Andererseits strebt die Allianz aufgrund der veränderten globalen Realitäten eine »grundlegende Reform« der Weltordnungspolitik an. Tatsächlich spiegeln die heutigen globalen Governance-Strukturen nur die Welt von gestern wider, da zum Beispiel bei der Gründung der Vereinten Nationen 1945 viele afrikanische Länder noch Kolonien waren und daher heute im UN-Sicherheitsrat unterrepräsentiert sind. Künftig fordern die Länder des globalen Südens mehr Mitbestimmung und Verantwortung, zumal sie besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.



**Das erweiterte Bündnis
der BRICS-Staaten bildet eine
internationale Allianz der Autokratien
und ist die größte Herausforderung
für liberale Demokratien.**

Inwieweit das BRICS+-Bündnis künftig eine kohärente Politik verfolgen kann und wer welche Prioritäten setzt, wird man abwarten müssen, zumal es in bestimmten Bereichen Rivalitäten zwischen China

und Indien gibt. Allerdings sind sämtliche Länder in ihrer Abneigung gegen die USA vereint, die gegen Russland, Iran, Äthiopien und zum Teil auch gegen China Sanktionen verhängt haben. Der gemeinsame Antiamerikanismus könnte daher dazu beitragen, mögliche innere Differenzen oder Spannungen in der Allianz zu überwinden.

Darüber hinaus haben die Autokratien der BRICS+-Allianz noch einen (anti-)politischen Joker im Ärmel: Donald Trump. Sollte der Geschäftsmann, der sich so gut mit Autokraten wie Putin und Kim versteht und der die US-amerikanische Demokratie ausgehöhlt und gespalten hat – was in der Erstürmung des Kapitols seinen gewalttätigen Tiefpunkt fand –, bei der US-Wahl 2024 gewinnen, dann wäre das eventuell ein »Game Changer« für die Weltordnung. Sie würde dadurch nicht schöner, sondern noch autokratischer.

Die NATO und die Europäische Union stehen schon jetzt mit dieser geopolitischen und wirtschaftlichen Achsenverschiebung vor großen historischen Herausforderungen. Diese wiederum beinhalten neue Chancen, da Konkurrenz bekanntlich das Geschäft belebt. So könnten die NATO und die EU die neue Realität für dringliche demokratische Reformen innerhalb ihrer eigenen Institutionen nutzen, um mehr Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit zu erlangen. Zuerst müsste das Einstimmigkeitsprinzip zugunsten eines Mehrheitsprinzips ersetzt werden. Dadurch ließen sich dringend notwendige Abstimmungen und Mehrheitsentscheidungen durchführen, die sonst – zum Beispiel durch autokratische Einflussnahmen – verhindert werden können und die Arbeit der Institution gezielt lähmen.

Ebenso sollte sich die EU auf allen Ebenen demokratisieren und Transparenz schaffen, um die Einflussnahme von internationalen Konzernen oder Lobbyisten zu unterbinden. Unabhängig von den Reformbemühungen muss sich die EU gegenüber Drittländern als verlässlicher und fairer Partner präsentieren und den Dialog sowie die Kooperation mit den BRICS-Ländern auf Augenhöhe suchen. Denn die globalen Herausforderungen der Zukunft – von der Armuts-



**Die globalen Herausforderungen
lassen sich nur gesellschafts-
übergreifend und unabhängig
von der Systemfrage lösen.**



bekämpfung bis zum Artensterben – lassen sich nur gesellschaftsübergreifend und unabhängig von der politischen Systemfrage lösen. Es wird Zeit, dass wir – mit Blick auf Shakespeare – unsere eigene Geschichte schreiben.

Zusammenfassung

Demokratien-Dämmerung

Um der Demokratien-Dämmerung entgegenzuwirken, bedarf es einer doppelten Aufklärung, die sowohl das Wirken der Autokratien erhellt als auch die Defizite der liberalen Demokratien beleuchtet. Da die autokratischen Herausforderungen vielfältig sind, sollten die demokratischen Gegenstrategien mehrdimensional sein und mindestens vier Aspekte berücksichtigen:

- Der **erste Aspekt** ist **systemisch** und zeigt am Beispiel Schanghais beziehungsweise Chinas, wo die autokratischen Verführungs- und Gefährdungspotenziale liegen. Damit sind »Wohlfühlfaktoren« wie wirtschaftlicher Erfolg, autokratische Agilität oder der Rückzug ins Private gemeint. Hinzu kommen nationale Narrative (»chinesischer Traum«), langfristige Strategien (»China 2049«) sowie die Umwertung von Werten (»kollektive Menschenrechte«), mit denen Autokratien die Deutungshoheit in internationalen Institutionen beanspruchen – sofern sie nicht ihre eigenen gründen.

Eine effektive Internetzensur und die sämtliche Lebensbereiche durchdringende Ideologisierung imprägnieren den autokratischen Bürger gegen »schädliche« Einflüsse von außen. Andererseits bietet die langfristige und globale Planung der chinesischen Leit-Autokratie auch Möglichkeiten der Kooperation. Projekte wie die Neue-Seidenstraße-Initiative könnten adaptiert werden, um eigene Wirtschaftsstrategien und neue Infrastrukturprojekte (»Wege der Freiheit«) innerhalb und außerhalb der EU anzustoßen. Dies ermöglicht eine nachhaltigere Handelsintegration und reduziert die Abhängigkeit von Autokratien.

- Der **zweite Aspekt** analysiert die **operative** Ebene und zeigt, wie Autokratien individuellen und institutionellen Einfluss auf die libe-

ralen Demokratien ausüben, dabei ihre Interessen durchsetzen, ihr Image aufbessern, Gesellschaften desinformieren oder Kritiker diskreditieren. Hierzu dienen Netzwerke aus Politik und Wirtschaft ebenso wie PR-Agenturen oder autokratische Medienkooperationen, die Methoden der Manipulation anwenden, um ihre Weltsicht zu vermitteln und die »Hegemonie der Demokratien« zu durchbrechen. Durch Macht-Marketing und Sportswashing verbessern die Petro-Autokratien der Golfstaaten ihr Image und vergrößern ihren weltweiten Einfluss.

Russland hingegen hat sich für eine hybride Kriegsführung gegen den Westen entschieden, die aus einem Informationskrieg und realen Schlachten besteht. Troll-Armeen, fiktionale Narrative und mediale Inszenierungen sollen dabei helfen, Demokratien in Afrika zu destabilisieren und die Stimmung der Bevölkerung gegen ihre Regierungen zu richten. Neben der frühzeitigen und nachhaltigen Ausbildung von Medienkompetenz müssen liberale Demokratien Cybersecurity-Maßnahmen gegen Hackerangriffe treffen und die kritische Infrastruktur schützen, um die direkten Einflussnahmen zu verhindern.

- Der **dritte Aspekt** ist **selbstreferenziell** und beleuchtet die strukturellen Defizite der liberalen Demokratien. Diese erstrecken sich von der mangelnden Transparenz bei Entscheidungsprozessen – besonders in Brüssel – über zunehmenden Lobbyismus in den Parlamenten inklusive Korruptionsskandalen (»Maskenaffäre«) bis hin zum politischen Kulturverfall, in dessen Rahmen absichtlich moralische Grenzen verschoben oder demokratische Opponenten zu Feinden erklärt werden, sodass eine gesellschaftliche Spaltung bewusst in Kauf genommen wird.

Ein weiteres Problem ist das »importierte« autokratische Denken durch unkontrollierte Migration oder durch die Expansion von Parallelgesellschaften (gescheiterte Integration, kriminelle Clans). Die daraus resultierende Ohnmacht des Gesetzes sowie

die Sisyphusarbeit der Exekutive führen zu Vertrauensverlusten, Werteeerosionen und »Wutbürgertum«. Die teils politisch verschuldete Selbst-Autokratisierung des Systems spiegelt sich derzeit in den steigenden Umfragewerten der rechtspopulistischen Parteien wider. Sinnvoll wäre es, Debatten in Institutionen öffentlich zu machen und die Gründe für die dort getroffenen Entscheidungen zu erläutern. Wichtig sind zudem die Fluchtursachenbekämpfung durch die Schaffung ökonomischer Perspektiven in den Herkunftsländern, eine europäische koordinierte Asylpolitik und ein funktionierendes Migrationsmanagement. Darüber hinaus sind Gesetzesanpassungen an die neuen digitalen und parallelgesellschaftlichen Realitäten ebenso notwendig wie die konsequente Durchsetzung des bereits geltenden Rechts.

- Dies führt zum **vierten, handlungsorientierten Aspekt**, der die Frage zu beantworten versucht, wie sich die Bürger der liberalen Demokratien vor den autokratischen Herausforderungen schützen können. Beginnen müsste es bereits in der Schule mit Demokratie-Pädagogik (historisches Bewusstsein, humanitäre Wertevermittlung) und Autokratie-Aufklärung (China- und Russlandkompetenz, Islamwissen), ergänzt durch die Vermittlung von Medienkompetenz sowie die Einübung demokratischen Verhaltens mittels Projektarbeit.

Voraussetzung ist der Gebrauch der eigenen Vernunft, die Unterscheidungen treffen und sich selbst aufklären kann. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, Anreize zur politischen Partizipation zu schaffen, zum Beispiel in Form eines digitalen demokratischen Bonussystems, das die soziale Fantasie anregt und gemeinwohlorientiertes, wertschätzendes Verhalten fördert. Im politischen Innenraum bedarf es persönlicher Resilienz und Selbstwirksamkeit, wohingegen in außenpolitischer Hinsicht eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik notwendig ist, um gegenüber den international vernetzten Autokratien Stärke zu demonstrieren.

Diamantmodell der Demokratie

Fasst man die vier Aspekte zusammen, dann ergibt sich – grafisch gesehen – ein diamantförmiges Modell, das den Wert und die Widerstandsfähigkeit der Demokratien symbolisiert. Für den Glanz müsste eine gemeinsame Utopie sorgen, die darin bestehen könnte, in einer freien, sicheren, solidarischen und sozial gerechten Weltgesellschaft zu leben, die international kooperiert, um die Herausforderungen der Zukunft konstruktiv und nachhaltig zu meistern. Diese Utopie gilt es zu wagen, denn bei dem Wettbewerb der Systeme steht nicht weniger auf dem Spiel als die Frage, in welcher Welt wir künftig leben wollen. Noch haben wir die Wahl.

Literatur

Abgeordnetenwatch, 2020, Neue Liste: Diese 504 Lobbyverbände haben ungehinderten Zugang zum Bundestag, 19.2.2020, <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/neue-liste-diese-504-lobbyverbaende-haben-ungehinderten-zugang-zum-bundestag> [16.9.2023]

Amnesty International, 2019, 10 Dinge, die du über Menschenrechte in Saudi-Arabien wissen solltest, 30.7.2019, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/saudi-arabien-10-dinge-die-du-ueber-menschenrechte-saudi-arabien-wissen> [20.1.2020]

Arendt, Hannah, 1997, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München

Ärzteblatt, 2022, Antibiotika: Abhängigkeit von China reduzieren, Deutsches Ärzteblatt, Nr. 48/2022, <https://www.aerzteblatt.de/archiv/228671/Antibiotika-Abhaengigkeit-von-China-reduzieren> [17.9.2023]

Auswärtiges Amt, 2020, Außenminister Maas zur zweiten Lieferung von Hilfsgütern an China zur Bekämpfung der Corona-Epidemie, 18.2.2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/d/newsroom/maas-hilfsgueter-coronavirus/2307756> [17.9.2023]

Auswärtiges Amt, 2023, Putsch in Niger: Politische Lage und Evakuierung deutscher Staatsangehöriger, 2.8.2023, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/putsch-in-niger/2610792> [15.8.2023]

Beijing Rundschau, 2023, Ziele »Zweimal hundert Jahre«, http://german.beijingreview.com.cn/Dossiers/2016/jd95/gjc/201606/t20160624_800060327.html [10.8.2023]

Berliner Kurier, 2021, Jens Spahn: Masken-Deal mit Firma des Ehemanns, 21.3.2021, <https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/jens-spahn-masken-deal-mit-firma-des-ehemanns-li.147631> [14.9.2023]

Berliner Morgenpost, 2017, Drogen, Prostitution, Schutzgeld – Die Welt der Clans, 12.11.2017, <https://www.morgenpost.de/berlin/article212512213/Drogen-Prostitution-Schutzgeld-Die-Welt-der-Clans.html> [18.8.2023]

Berliner Zeitung, 2012, Russia Today: Putins Welt, 14.12.2012, <http://www.berliner-zeitung.de/medien/russia-today-putins-welt,10809188,21110888.html> [5.9.2023]

Bertelsmann Stiftung, 2018, Kauft China systematisch Schlüsseltechnologien auf? Chinesische Firmenbeteiligungen in Deutschland im Kontext von »Made in China 2025«, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/MT_Made_in_China_2025.pdf [15.9.2023]

Bertelsmann Stiftung, 2022, Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter, 23.2.2022, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck> [28.8.2023]

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2021, Bekanntmachung im Rahmen der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung Richtlinie zur Förderung des regionalen Ausbaus der China-Kompetenz in der Wissenschaft (Regio-China), Bekannt-

machung vom 2.6.2021, https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2021/06/3684_bekanntmachung.html [27.9.2023]

BMBF, 2023, Shanghai, Kooperation international, <https://www.kooperation-international.de/laender/hightech-regionen/shanghai/> [4.9.2023]

BMDV – Bundesministerium für Digitales und Verkehr, 2021, EU-Asien-Konnektivitätsstrategie, <https://bmdv.bund.de/DE/Themen/EU-Politik/Bi-und-multilaterale-Beziehungen-EU/Konnektivitaetsstrategie/Konnektivitaetsstrategie.html> [31.7.2023]

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2019, Verfassungsschutzbericht 2018, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2018-gesamt.html> [5.9.2023]

BMI, 2021, Verfassungsschutzbericht 2020, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [11.10.2023]

BMVG – Bundesministerium für Verteidigung, 2023, European Sky Shield – die Initiative im Überblick, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/european-sky-shield-die-initiative-im-ueberblick-5511066> [5.9.2023]

BPB – Bundeszentrale für politische Bildung, 2023a, Verbreitung demokratischer Staaten, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52838/verbreitung-demokratischer-staaten/> [31.8.2023]

BPB, 2023b, Demografie von Asylsuchenden in Deutschland, 11.8.2023, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265710/demografie-von-asylsuchenden-in-deutschland/> [5.9.2023]

Brähler, Elmar / **Decker**, Oliver / **Kiess**, Johannes, 2023, Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern, EFBI Policy Paper, Nr. 2023-2, Leipzig

Brecht, Bertolt, 1928, Ballade über die Frage: Wovon lebt der Mensch?, Dreigroschenoper, <https://docenti.unimc.it/reinhard.sauer/teaching/2019/21619/files/dreigroschenoper-wovon-lebt-der-mensch> [4.9.2023]

Brey, Thomas, 2023, Russische Medien auf dem Balkan und ihre Rolle im Angriffskrieg gegen die Ukraine, Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam

Bundespräsidialamt, 2023, Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier beim Festakt zum 75. Jahrestag des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee am 10. August 2023 in Herrenchiemsee, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2023/08/230810-Herrenchiemsee-75-Jahre.pdf?__blob=publicationFile [11.9.2023]

Bundesregierung, 2023, Unsere Werte und Interessen besser verwirklichen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/china-strategie-2202212> [4.9.2023]

Chandler, Amy, 2019, Boys don't cry? Critical phenomenology, self-harm and suicide, in: *The Sociological Review*, 17.6.2019, doi:10.1177/0038026119854863 [18.8.2023]

China Daily, 2017, XI. Upholding »One Country, Two Systems« and Moving toward National Reunification, http://language.chinadaily.com.cn/19thcpcnationalcongress/2017-11/06/content_34188086_6.htm [10.8.2023]

China Digital Times, 2022a, Minitrue: »Win This Smokeless War« Over Online Discourse on Xinjiang Lockdown, 12.9.2022, <https://chinadigitaltimes.net/2022/09/minitrue-win-this-smokeless-war-over-online-discourse-on-xinjiang-lockdown/> [4.9.2023]

China Digital Times, 2022b, Minitrue: Four Leaked CAC Censorship Directives on Ukraine, Beijing Olympic Budget, and Ban of Russian and Belarusian Paralympians, 18.3.2022, <https://chinadigitaltimes.net/2022/03/minitrue-four-leaked-cac-censorship-directives-on-ukraine-beijing-olympic-budget-and-ban-of-russian-and-belarusian-paralympians/> [4.9.2023]

Chinafile.com, 2013, Document 9: A ChinaFile Translation. How Much Is a Hardline Party Directive Shaping China's Current Political Climate?, 8.11.2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation> [4.9.2023]

China heute, 2023, Shanghai, Beijing und Shenzhen weiter Spitzenreiter beim BIP, 1.2.2023, http://german.chinatoday.com.cn/ch/wirtschaft/202302/t20230201_800319755.html [11.10.2023]

China Internet Information Center, 2017, Xi Jinping: »Ein Gürtel, eine Straße« dient der gesamten Welt, 21.4.2017, http://german.china.org.cn/txt/2017-04/21/content_40665090.htm [12.6.2023]

Comparitech, 2023, Surveillance Camera Statistics: Which City has the Most CCTV Cameras?, <https://www.comparitech.com/vpn-privacy/the-worlds-most-surveilled-cities/> [4.9.2023]

Danhong, Ren, 2019, Establish an International Communication Platform for Human Rights and Promote China's Discourse Power on Human Rights – A Review on Ten Years of Beijing Forum on Human Rights, China Society for Human Rights Studies, http://en.humanrights.cn/html/2019/MAGAZINES_0517/13211.html [23.9.2023]

DDW – Die deutsche Wirtschaft, 2020, Liste der deutschen Unternehmen in chinesischem Besitz, <https://die-deutsche-wirtschaft.de/deutsche-unternehmen-in-chinesischem-besitz/> [10.8.2023]

Decoding China, 2023a, Menschenrechte, <https://decodingchina.eu/de/menschenrechte/> [10.8.2023]

Decoding China, 2023b, China Dekodieren. Ein Wörterbuch, <https://decodingchina.eu/de/> [10.8.2023]

Der Neue Pauly, 2023, Seres, <https://referenceworks.brillonline.com/entries/der-neue-pauly/seres-e1109630> [8.9.2023]

Der Spiegel, 2016, Die Rückkehr der Selbstherrlichen, 4.9.2016, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/autokrat-begriffanalyse-die-rueckkehr-der-selbstherrlichen-a-1110516.html> [10.8.2023]

Der Spiegel, 2019, »Mama, halt endlich die Klappe«, 19.10.2019, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/erziehung-in-muslimischen-familien-mama-halt-endlich-die-klappe-a-1292145.html> [18.8.2023]

Der Spiegel, 2020a, Waschgang in der Wüste, 5.1.2020, <https://www.spiegel.de/sport/sonst/rallye-dakar-in-saudi-arabien-waschgang-in-der-wueste-a-1303167.html> [24.8.2023]

Der Spiegel, 2020b, Ist Philipp Amthor käuflich?, 12.6.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/philipp-amthor-ist-der-cdu-jungstar-kaeufllich-a-00000000-0002-0001-0000-000171527043> [18.9.2023]

Der Spiegel, 2021a, So arbeitet Putins Propagandasender, 26.2.2021, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rt-deutsch-so-paktiert-putins-propagandasender-mit-linkspartei-und-afd-a-e4884aed-0002-0001-0000-000175912889> [4.7.2023]

Der Spiegel, 2021b, Nachbarn schikaniert: Urteil im Prozess gegen Remmo-Clan-Mitglied, Spiegel TV, 13.1.2021, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/spiegel-tv-urteil-im-prozess-gegen-remmo-clan-mitglied-a-8cd7ea5b-0edc-45b2-886a-ccc6c3bd108e> [18.8.2023]

Der Spiegel, 2023a, FC Bayern und Qatar Airways beenden umstrittenen Sponsorendeal, 28.6.2023, <https://www.spiegel.de/sport/fussball/fc-bayern-und-qatar-airways-beenden-umstrittenen-sponsorendeal-a-e7df1b4e-b3d8-45b8-91d8-bb45122b95d1> [4.9.2023]

Der Spiegel, 2023b, Iran und Russland vereinbaren Medienkooperation, 12.8.2023, <https://www.spiegel.de/ausland/iran-und-russland-vereinbaren-medienkooperation-propaganda-der-staatsmedien-a-39020578-a340-4bb6-8805-2fb51158824c> [5.9.2023]

Der Spiegel, 2023c, Jeder vierte Deutsche glaubt an »geheime Mächte« in der Politik, 29.8.2023, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtspopulismus-jeder-vierte-deutsche-glaubt-laut-studie-an-geheime-maechte-in-der-politik-a-c5183976-815c-44dd-93bf-05497ebff8b3> [5.9.2023]

Der Spiegel, 2023d, Hälfte der jungen Menschen kann nicht genau sagen, wann die Nazizeit war, 21.2.2023, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/nationalsozialismus-in-deutschland-haelfte-der-jugendlichen-kann-nicht-genau-benennen-wann-die-nazi-zeit-war-a-f6e54db9-eed9-4d45-b336-b2f7557a7b1d> [18.8.2023]

Der Spiegel, 2023e, China bestellt deutsche Botschafterin in Peking ein, 18.9.2023, <https://www.spiegel.de/ausland/china-bestellt-deutsche-botschafterin-in-pekings-ein-a-b9e56263-3d5b-4635-94ea-138f5349ed76> [18.9.2023]

Destatis, 2023, Außenhandel mit China im 1. Quartal 2023 um 10,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken, 12.5.2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_182_51.html [10.9.2023]

Deutschlandfunk, 2015, Medienlandschaft: Putin-TV in Thüringen, 11.6.2015, <https://www.deutschlandfunk.de/medienlandschaft-putin-tv-in-thueringen-100.html> [5.9.2023]

Deutschlandfunk, 2021, Medien-Streit zwischen Deutschland und Russland, Thielko Grieb im Gespräch mit Annika Schneider, 17.3.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/rt-deutsch-medienstreit-zwischen-deutschland-und-russland-100.html> [18.7.2023]

Die Kriminalpolizei, 2020, Organisierte Kriminalität als Bedrohung für die Innere Sicherheit, Juni 2020, <https://www.kriminalpolizei.de/ausgaben/2020/juni/detailansicht-juni/artikel/clankriminalitaet.html> [21.9.2023]

Dienstbühl, Dorothee, 2021, Clankriminalität, Heidelberg

Die Welt, 2022, Saudi-Arabien lockt Ronaldo mit unglaublichem Angebot, 14.7.2022, <https://www.welt.de/sport/article239910173/300-Millionen-Saudi-Arabien-lockt-Ronaldo-mit-unglaublichem-Angebot.html> [10.8.2023]

Die Zeit, 2019, Mit Mao nach Daressalam, 28.3.2019, S. 17

Die Zeit, 2020, Lehrerverband fordert Studie zu Islamismus an Schulen, 23.11.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2020-11/extremismus-islamismus-schulen-studie-forderung-lehrerverband-samuel-paty> [17.9.2023]

Elektroauto-News, 2023, Meistverkaufte Autos Q1 China: BYD auf eins, VW auf zwei, Tesla auf zehn, 13.4.2023, <https://www.elektroauto-news.net/news/quartal-eins-china-byd-eins-vw-zwei-tesla-zehn> [15.9.2023]

Emirates, 2023, Sponsoring, <https://www.emirates.com/de/german/about-us/our-communities/sponsorship/> [4.9.2023]

Europäische Union, 2023, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, https://european-union.europa.eu/priorities-and-actions/actions-topic/foreign-and-security-policy_de [5.9.2023]

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2014, Olaf Sundermeier: Im Studio von »RT deutsch«. Mein Auftritt bei Putins Propagandasender, 20.11.2014, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/rt-deutsch-auftritt-bei-putins-propagandasender-13277111.html> [20.9.2023]

FAZ, 2019, Militärkooperationen für die neue Seidenstraße, 17.7.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/so-will-china-die-neue-seidenstasse-militaerisch-absichern-16289164.html> [23.6.2023]

FAZ, 2020, Lehrerverband warnt vor »Klima der Einschüchterung«, 20.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/lehrerverband-beklagt-klima-der-einschuechterung-17010582.html> [28.9.2023]

FAZ, 2021, Volk oder Firma?, 22.3.2021, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hanks-welt/maskenskandal-was-ist-der-oekonomische-schaden-17253873.html> [18.9.2023]

FAZ, 2023a, Biden kündigt »historischen Wirtschaftskorridor« an – gegen China, 9.9.2023, <https://faz.net/aktuell/wirtschaft/auf-g20-gipfel-biden-kuendigt-wirtschaftskorridor-gegen-china-an-19162365.html> [9.9.2023]

FAZ, 2023b, Finanzbranche stärkste Lobby im Bundestag, 3.1.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/einfluss-finanzbranche-staerkste-lobby-im-bundestag-18575294.html> [14.9.2023]

Focus, 2023, Wechsel nach Saudi-Arabien: Neymars irre Forderungen: Acht Luxusautos, drei Saunen und Kühlschrank voll Saft, 17.8.2023, https://www.focus.de/sport/fussball/wechsel-nach-saudi-arabien-neymars-irre-forderungen-acht-luxusautos-drei-saunen-und-kuehlschrank-voll-saft_id_202052017.html [10.8.2023]

Fukuyama, Francis, 1992, The End of History and the Last Man, New York

Gabler Wirtschaftslexikon, 2023a, Medienkompetenz, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/medienkompetenz-122191> [18.8.2023]

Gabler Wirtschaftslexikon, 2023b, Chatbot, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/chatbot-54248> [18.8.2023]

ghst – Gemeinnützige Hertie Stiftung, 2023, Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratiebildung von morgen, August 2023, https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Kommissionsbericht/GHS_kommissionsbericht_digital_1.pdf [14.9.2023]

GTAI – Germany Trade & Invest, 2022, Deutsche Unternehmen haben es in China zunehmend schwer, 2.3.2022, <https://www.gtai.de/de/trade/china/wirtschaftsumfeld/deutscheunternehmen-haben-es-in-china-zunehmend-schwer-799828> [1.9.2023]

Handelsblatt, 2014, Der Propaganda-Sender des Kremls in Deutschland, 21.11.2014, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/russia-today-der-propaganda-sender-des-kremls-in-deutschland/11016084-all.html> [5.9.2023]

Handelsblatt, 2017, Im Osten viel Neues. Der Bau einer modernen Seidenstraße bietet deutschen Mittelständlern große Chancen, 7.12.2017

Handelsblatt, 2023a, Auslieferungen von VW in China auf Neun-Jahres-Tief gesunken, 17.1.2023, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/autohersteller-auslieferungen-von-vw-in-china-auf-neun-jahres-tief-gesunken/28922992.html> [16.9.2023]

Handelsblatt, 2023b, Iran und Russland vereinbaren Medien-Kooperation, 13.8.2023, <https://www.handelsblatt.com/dpa/iran-und-russland-vereinbaren-medien-kooperation/29330004.html> [5.9.2023]

Hanns-Seidel-Stiftung, 2017, Wie China die Armut besiegen will, <https://china.hss.de/news/detail/wie-china-die-armut-besiegen-will-news3522/> [10.8.2023]

Hartmann, Jürgen, 2009, Internationale Beziehungen, Wiesbaden

Heinemann-Grüder, Andreas, 2019, Russland und die internationalen Organisationen, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47969/russland-und-die-internationalen-organisationen/?p=all> [31.8.2023]

Heise, Thomas / **Meyer-Heuer**, Claas, 2020, Die Macht der Clans, München

Heise.de, 2015, Linke, Nichtwähler und AfDler bei RT Deutsch, 22.9.2015, <https://www.telepolis.de/features/Linke-Nichtwaehler-und-AfDler-bei-RT-Deutsch-3375581.html> [2.7.2023]

Höse, Alexander, 2008, Selling America: Die Public Diplomacy der USA vor dem Irakkrieg 2003, in: Jäger, Thomas / Viehrig, Henrieke (Hrsg.), Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit?, Wiesbaden

idw – Informationsdienst Wissenschaft, 2023, Neue Seidenstraße: China muss immer häufiger seine Schuldner retten, <https://nachrichten.idw-online.de/2023/03/28/neue-seidenstrasse-china-muss-immer-haeufiger-seine-schuldner-retten> [10.8.2023]

Informationsverbund Asyl & Migration, 2023, Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes ab 1.1.2023, 3.1.2023, <https://www.asyl.net/view/leistungssaetze-des-asylbewerberleistungsgesetzes-ab-112023> [18.9.2023]

Internetzensur.info, 2023, Internetzensur 2023 weltweit, <https://www.internetzensur.info> [4.9.2023]

Kamp, Karl-Heinz, 2015, Die Europa-Armee: Pro und Kontra, Arbeitspapier, Nr. 4/2015, <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2015/die-europa-armee-pro-und-kontra> [5.9.2023]

Kant, Immanuel, 2023, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, <https://www.projekt-gutenberg.org/kant/aufklae/aufkl001.html> [10.7.2023]

Khanna, Parag, 2020, Unsere asiatische Zukunft, Berlin

Klotz, Wolfgang, 2014, Viktor Orbáns neuer Staat, Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/de/2014/08/11/viktor-orbans-new-state> [12.7.2023]

Kungfutse, 1975, Lun Yu Gespräche, Düsseldorf

Kunze, Frederik / **Windels**, Torsten, 2018, »Made in China 2025«: Technologietransfer und Investitionen in ausländische Hochtechnologiefirmen – Chinas Weg zum Konkurrenten um die Zukunftstechnologien, in: ifo Schnelldienst, 71. Jg., Nr. 14, S. 3–20

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2022, Lobbyismus: Die »stille Macht«?, August 2022, <https://www.lpb-bw.de/lobbyismus> [15.9.2023]

Lenta.ru, 2013, Ich werde nicht so tun, als ob ich objektiv wäre, Interview, 7.3.2013, <https://lenta.ru/articles/2013/03/07/simonyan> [5.9.2023]

Lettre International, 2022, Shanghai, Geisterstadt, Nr. 137, S. 124–125

Lettre International, 2023, Das Wunder von Peking, Nr. 140, S. 123–125

Li, Eric, 2018, The Rise and Fall of Soft Power, in: Foreign Policy, 20.8.2018, <https://foreignpolicy.com/2018/08/20/the-rise-and-fall-of-soft-power/> [17.8.2023]

Liang, Wei, 2012, China's Soft Power in Africa: Is Economic Power Sufficient?, in: Asian Perspective, 36. Jg., Nr. 4, S. 667–692

LobbyControl, 2021, Lobbyismus höhlt die Demokratie aus: Zehn Thesen, <https://www.lobbycontrol.de/ueber-uns/lobbyismus-hoehlt-die-demokratie-aus-zehn-thesen> [14.9.2023]

Mediendienst Integration, 2023a, Zahl der Flüchtlinge, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html> [5.9.2023]

Mediendienst Integration, 2023b, Flüchtlinge aus der Ukraine, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> [5.9.2023]

Merics, 2018, China kennen, China können. Eine MERICS-Analyse zur China-Kompetenz in Deutschland, Report, <https://merics.org/en/china-kompetenz> [5.9.2023]

Merkel, Wolfgang et al., 2003, Defekte Demokratie, Band 1: Theorie, Opladen

Moneycontrol.com, 2017, WeChat confirms that it makes all private user data available to the Chinese government, 19.9.2017, <https://www.moneycontrol.com/europe/?url=https://www.moneycontrol.com/news/business/companies/wechat-confirms-that-it-makes-all-private-user-data-available-to-the-chinese-government-2391847.html> [2.7.2023]

msn.com, 2023, Erweiterung: BRICS-Staaten beschließen Erweiterung um sechs Länder, <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/erweiterung-brics-staaten-beschlie%C3%9Fen-erweiterung-um-sechs-l%C3%A4nder/ar-AA1f4Lf> [5.9.2023]

Müller, Heiner, 2005 [1988], »Shakespeare eine Differenz«, in: Ders., Werke, Band 8, Schriften, Frankfurt am Main, S. 334–337

NDR.de, 2023, Klimaschutz: Deutschland verfehlt laut Expertenrat Klimaziele, <https://www.ndr.de/nachrichten/ndrdata/Klimaschutz-Deutschland-verfehlt-laut-Expertenrat-Klimaziele,emissionen126.html> [10.8.2023]

n-tv, 2015, »Russland ist nicht unser Feind«: Thüringer Lokalsender zeigt RT Deutsch, 1.6.2015, <https://www.n-tv.de/politik/Thueringer-Lokalsender-zeigt-RT-Deutsch-article15211066.html> [28.9.2023]

Numbeo, 2023, Kriminalitäts-Index nach Land 2023 Unter dem Jahr, <https://de.numbeo.com/kriminalit%C3%A4t/ranking-nachland> [10.8.2023]

Nye, Joseph S., 1990a, Soft Power, in: Foreign Policy, 80. Jg., Nr. 3, S. 153–171

Nye, Joseph S., 1990b, Bound to Lead: The Changing Nature of American Power, New York

NZZ – Neue Zürcher Zeitung, 2021, Fünfjahresplan: Wie soll China Ende 2025 aussehen?, 11.3.2021, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/fuenfjahresplan-technologie-klima-wie-china-2025-aussehen-soll-ld.1605888> [8.8.2023]

NZZ, 2023, Wie sich die Fussball-WM auf Katars Image ausgewirkt hat, 21.2.2023, <https://www.nzz.ch/sport/das-westliche-bild-von-katar-hat-sich-trotz-der-fussball-wm-nicht-gebessert-ld.1722001?reduced=true> [4.9.2023]

ODI – Overseas Development Institute, 2020, Africa's economic transformation: the role of Chinese investment, <https://odi.org/en/publications/africas-economic-transformation-the-role-of-chinese-investment/> [10.8.2023]

Plinius der Ältere, o. J., The natural history of Pliny, Book XII: The natural history of trees, Chapter 41: Why Arabia was called »happy«, https://www.gutenberg.org/cache/epub/59131/pg59131-images.html#BOOK_XII_CHAP_41 [11.10.2023]

Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China, 1991, I. The Right to Subsistence. The Foremost Human Right The Chinese People Long Fight for, <http://www.china.org.cn/e-white/7/7-l.htm> [4.9.2023]

ProPublica, 2013, From Russia With PR, 12.9.2013, <http://www.propublica.org/article/from-russia-with-pr-ketchup-cnbc> [4.9.2023]

Rat der Europäischen Union, 2022a, Beschluss (GASP) 2022/265 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022D0265> [11.3.2022]

Rat der Europäischen Union, 2022b, Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 1. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=uriserv:OJ.L_.2022.065.01.0001.01.DEU [10.8.2023]

Reporter ohne Grenzen, 2013, Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf [4.9.2023]

R+V, 2023, Grafiken: Die Ängste-Zahlen im Überblick, <https://www.ruv.de/newsroom/themenspezial-die-aengste-der-deutschen/grafiken-zahlen-ueberblick> [23.7.2023]

Scholz, Olaf, 2023, Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [8.3.2023]

SCMP – South China Morning Post, 2017, China's WeChat censoring »sensitive« photos, not just text, study shows, 13.4.2017, <https://www.scmp.com/news/china/article/2087363/chinas-wechat-censoring-your-sensitive-photos-not-just-text-study-shows> [10.8.2023]

SCRIPTS, 2023, Does it pay off for authoritarian regimes to organize major sports events? The case of the 2022 FIFA World Cup in Qatar (PAYOFF), https://www.scripts-berlin.eu/research/research-projects/Short-term-Projects/2022_FIFA_Qatar/index.html [4.9.2023]

Shanghai Verwaltungsbehörde für Kultur und Tourismus, 2023, 10.022.900 Besucher! Shanghaier Kulturtourismus hat einen guten Einstand zum Frühlingsfest des Kaninchens, Netzwerk zur Förderung des Kulturtourismus in Shanghai, <https://de.meet-in-shanghai.net/travel-class/news-detail.php?id=64683> [12.8.2023]

Sloan, Stanley R. / **Borchert**, Heiko, 2005, Hard Power und Soft Power: Plädoyer für einen neuen Transatlantischen Vertrag, in: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hrsg.), Transatlantische Beziehungen: Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden

Spektrum, 2023, Metzler Lexikon Philosophie: Autokratie, <https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/autokratie/252> [13.7.2023]

Sportschau.de, 2022, WM-Orgachef spricht von 400 bis 500 toten Gastarbeitern, 29.11.2022, <https://www.sportschau.de/fussball/fifa-wm-2022/wm-2022-katar-ok-chef-400-bis-500-tote-arbeiter-100.html> [4.9.2023]

Sports Illustrated Deutschland, 2023, Neymar wechselt in die Wüste: So viel verdient der Brasilianer bei Al-Hilal, 22.8.2023, <https://www.sportsillustrated.de/fussball/so-viel-verdient-neymar-pro-minute-bei-al-hilal-saudi-arabien> [10.8.2023]

Statista, 2021, Anteil der im Rahmen der Belt and Road Initiative in Auftrag gegebenen Logistikaufträge an Unternehmen in China und dem Rest der Welt, 26.5.2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1050329/umfrage/vergabe-der-logistikauftraege-der-neuen-seidenstrasse-an-china-und-andere-laender/> [12.9.2023]

Statista, 2023a, Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von 1991 bis 2023, 7.9.2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154286/umfrage/asylantraege-erstantraege-in-deutschland-seit-1995/> [14.9.2023]

Statista, 2023b, Verteilung der Asylbewerber in Deutschland nach Religionszugehörigkeit im Jahr 2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/452202/umfrage/asylbewerber-in-deutschland-nach-religionszugehoerigkeit/> [5.9.2023]

Stiftung EVZ – Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, 2023, Wie erinnern junge Menschen an den Nationalsozialismus?, Vorstellung der MEMO-Jugendstudie am 21. Februar 2023 in Berlin, 10.2.2023, <https://www.stiftung-evz.de/presse/pressemitteilung/wie-erinnern-junge-menschen-an-den-nationalsozialismus-vorstellung-der-memo-jugendstudie-am-21-februar-2023-in-berlin/> [5.9.2023]

SZ – Süddeutsche Zeitung, 2017, Chinesischer Spaltpilz, 19.6.2017, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eklat-in-genf-chinesischer-spaltpilz-1.3551671> [28.7.2023]

SZ, 2022, RT DE sendet nicht mehr in Deutschland, 6.4.2022, <https://www.sueddeutsche.de/medien/rt-de-sendebetrieb-eingestellt-deutschland-1.5562242> [18.7.2023]

Tagesschau.de, 2021, Gegenwind auf der »Neuen Seidenstraße«, 11.6.2021, <https://web.archive.org/web/202111202070734/https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/china-neue-seidenstrasse-g7-101.html> [31.7.2023]

Tagesschau.de, 2023a, TSMC beschließt Bau von Fabrik in Dresden, 8.8.2023, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/tsmc-dresden-100.html> [4.9.2023]

Tagesschau.de, 2023b, Kritik an geplanter Etat Kürzung, 5.8.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundesetat-politischebildung-kuerzung-100.html> [5.9.2023]

Tagesschau.de, 2023c, Ermittlungen nach mutmaßlichem Massaker, 2.5.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/mali-massenhinrichtung-untersuchung-101.html> [15.9.2023]

Tagesschau.de, 2023d, Kaili unter Auflagen aus Haft entlassen, 12.4.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/kaili-hausarrest-eu-korruptionsskandal-101.htm> [17.9.2023]

Tencent, 2020, Product list of Tencent, Table 1: Tencent Service Offerings, 12.8.2020, <https://www.tencent.com/attachments/toolkit/2021/Q3/ProductListofTencent3Q21.pdf> [18.8.2023]

The Guardian, 2022, Revealed: 6,500 migrant workers have died in Qatar as it gears up for World Cup, <https://www.theguardian.com/global-development/2021/feb/23/revealed-migrant-worker-deaths-qatar-fifa-world-cup-2022> [23.7.2023]

The Oxford Classical Dictionary, 2012, Seres, Oxford, S. 1353

The Telegraph, 2018, Russian trolls sent thousands of pro-Leave messages on day of Brexit referendum, Twitter data reveals, 17.10.2018, <https://www.telegraph.co.uk/technology/2018/10/17/russian-iranian-twitter-trolls-sent-10-million-tweets-fake-news/> [5.9.2023]

Time, 2011, Clinton Applauds Al Jazeera, Rolls Eyes at U.S. Media, 3.3.2011, <https://world.time.com/2011/03/03/clinton-applauds-al-jazeera-rolls-eyes-at-u-s-media/> [5.9.2023]

T-Online, 2023a, Schwere Vorwürfe gegen Manchester City, 30.6.2023, https://www.t-online.de/sport/fussball/champions-league/id_100200280/manchester-city-schwere-vorwuerfe-wegen-financial-fairplay-verstoessen.html [4.9.2023]

T-Online, 2023b, Neuer Bayern-Sponsor erregt Ärger, 29.8.2023, https://www.t-online.de/sport/fussball/bundesliga/fc-bayern-muenchen/id_100233370/fc-bayern-visit-rwanda-neuer-sponsor-sorgt-fuer-aerger.html [4.9.2023]

T-Online, 2023c, Kreml startet »neue Phase des Informationskriegs«, 30.8.2023, https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100233962/ukraine-krieg-kreml-startet-neuen-informationskrieg-gezielte-propaganda.html [5.9.2023]

Universität Hohenheim, 2023, Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, Studie, https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf [5.9.2023]

UN-Menschenrechtsrat, 2019, Resolution 41/19. The contribution of development to the enjoyment of all human rights, A/HRC/RES/41/19, <https://digitallibrary.un.org/record/3834575> [10.8.2023]

UNO-Flüchtlingshilfe, 2023, Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen> [5.9.2023]

Voss, Rüdiger, 2023, Autokratien politökonomisch erklärt, Tübingen

Vrt.be, 2021, Foto eines hüpfenden evakuierten Mädchens auf Melsbroek wird weltweit geteilt (und manipuliert), 27.8.2021, <https://www.vrt.be/vrtnws/de/2021/08/27/foto-eines-huepfenden-evakuierten-maedchens-auf-melsbroek-wird-w/> [27.8.2023]

WA.de – Westfälischer Anzeiger, 2023a, Clan-Kriminalität in NRW: Besonders viele Intensivtäter sind nicht einmal volljährig, 30.8.2023, <https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/clan-kriminalitaet-nrw-polizei-teenagern-lka-lagebericht-essen-gelsenkirchen-reul-ruhrgebiet-92489936.html> [28.8.2023]

WA.de, 2023b, Polizist warnt nach Massenschlägerei zwischen Großfamilien in NRW: »Tote in Kauf genommen«, 19.6.2023, <https://www.wa.de/essen/essen-massenschlaegerei-clankriminalitaet-eskalation-innenstadt-hunderte-grossfamilien-castrop-rauxel-zr-92347696.htm> [16.9.2023]

Welthungerhilfe, 2020, Chinas Seidenstraße führt auch nach Afrika, <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/chinas-seidenstrasse-fuehrt-auch-nach-afrika/> [4.9.2023]

Wikipedia, 2023a, Liste der Länder nach Bruttoinlandsprodukt, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt [10.8.2023]

Wikipedia, 2023b, Gao Yu, https://de.wikipedia.org/wiki/Gao_Yu [11.8.2023]

Wikipedia, 2023c, Troll-Armee, <https://de.wikipedia.org/wiki/Troll-Armee> [18.8.2023]

Wikipedia, 2023d, Diktatur, <https://de.wikipedia.org/wiki/Diktatur> [21.9.2023]

Wikipedia, 2023e, salve.tv, <https://de.wikipedia.org/wiki/Salve.tv> [11.10.2023]

Willems, Thomas, 2022, Vom Wort zum Wert zur Wirksamkeit: Ein semi(b)ot(an)ischer Gedankengang, in: Glitza, Ralf / Schüller, Michael / Willems, Thomas (Hrsg.), China durchDenken – Perspektiven auf den deutsch-chinesischen Austausch in Kultur, Gesellschaft und Wissenschaft, Bochum, S. 21–42

Wintrobe, Ronald, 1998, The Political Economy of Dictatorship, Cambridge

Xinhua, 2017, Work Together to Build a Community of Shared Future for Mankind, Speech by H.E. Xi Jinping, 18.1.2017, http://www.xinhuanet.com/english/2017-01/19/c_135994707.htm [4.9.2023]

Xinhua, 2020, UN rights body adopts China-sponsored resolution on mutually beneficial cooperation, 23.6.2020, http://www.xinhuanet.com/english/2020-06/23/c_139159324.htm [10.8.2023]

Xinhua, 2023, Bruttoinlandsprodukt von Schanghai übersteigt 630 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021, <https://english.news.cn/> [10.8.2023]

Yougov.de, 2023, Sonntagsfrage August: 44 Prozent der Deutschen lehnen Regierungsbeteiligung der AfD voll und ganz ab, 4.8.2023, <https://yougov.de/politics/articles/45967-sonntagsfrage-august-44-prozent-der-deutschen-lehn> [7.9.2023]

ZAPP – Das Medienmagazin, 2016, »RT Deutsch«-Aussteigerin Frings: »Man zeigt nicht das ganze Bild«, 22.2.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=Bb5XgZVDfis> [6.8.2023]

ZDF.de, 2023a, China beschränkt Export von seltenen Metallen, 4.7.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/gallium-germanium-china-eu-export-seltene-erden-100.html> [4.9.2023]

ZDF.de, 2023b, Brics-Gruppe nimmt sechs neue Länder auf, 24.8.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/brics-neue-mitglieder-iran-100.html> [5.9.2023]

Autor



Thomas Willems ist 1972 in Ratingen geboren. Nach einer Ausbildung zum Industriekaufmann, dem Abitur auf dem 2. Bildungsweg und einem Magisterstudium der Literaturwissenschaften und Philosophie folgte ein zehnjähriger Lehr- und Forschungsaufenthalt in der VR China. Während dieser Zeit unterrichtete er die deutsche Sprache und Literatur und leitete sechs Jahre lang das DAAD-Informationszentrum in Schanghai. Nach einer Tätigkeit als Referent für Kultur- und Medienbeziehungen im Auswärtigen Amt leitete er von 2017 bis 2023 das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg an der Tongji-Universität in Schanghai, wo er eng mit der deutschen Wirtschaft kooperierte. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören interkulturelle Bildung, Wissenschaftsmanagement und Chinakompetenz.

RHI-Publikationen

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft



**LEBENSARBEITSZEIT
IM INTERNATIONALEN
VERGLEICH**

Die Bedeutung der Silver Worker
für die Fachkräftesicherung

Gesellschaft
neu denken

Dominik H. Erste
Marco Weiring
Johanna Weisner

Studie **38**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft

**IMPULSE
SPEZIAL**

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ordnungsökonomie | Soziale Vergütung | Wirtschaftshaltung |
Roman Herzog Forschungspreis 2023 | Innovation | Mobile Working |
Mitarbeiterbindung | Arbeitsmarkt | Diskriminierung | Resilienz




ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft



**DEMOKRATIE
UND AUTOKRATIE**

Die Idee freiheitlicher
Selbstherrschaft und
ihre Bedrohung

Gesellschaft
neu denken

Günter Fröhlich

Position **17**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft

**Wie resilient ist die
Soziale Marktwirtschaft im
internationalen Vergleich?
Zur Widerstandsfähigkeit von
Wirtschaft, Staat und Gesell-
schaft in der Transformation**

Gesellschaft
neu denken

Michael Hüther
Dominik H. Erste
Jennifer Potthoff

Studie **37**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft

**IMPULSE
2023**

Künstliche Intelligenz | Energieversorgung | Klimaschutz | Sicherheitspolitik |
Innovation, Digitaler Wandel | Umwelt und Nachhaltigkeit | Zusammenhalt in der Krise |
Infektionskrankheiten | Roman Herzog Forschungspreis




ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft

**Gespaltene Gesellschaft?
Hintergründe, Mythen
und Fakten**

In
Deutschland
neu denken

Stefan Heradi
Dominik H. Erste
Theresa Eyraud
Jennifer Potthoff

Diskussion **36**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Die Zukunft der Arbeit

**Digitale Führung
Beziehungsgestaltung
zwischen Sinnesarmut
und Resonanz**

In
Deutschland
neu denken

Jürgen Weibler

Position **16**

ROMAN HERZOG INSTITUT
Werte Führung Zukunft

**WISSENS
WERT 28**

Zwischen Neugier und Nachdenklichkeit
20 Jahre Roman Herzog Institut




Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Die autokratische Herausforderung

Wie sich liberale Demokratien
dagegen behaupten können

Weltweit gewinnen autokratische Regime an Einfluss. Selbst in Deutschland und in anderen europäischen Staaten schwindet die Zustimmung zur Demokratie. Wie können und sollten liberale Demokratien autokratischen Herausforderungen begegnen? Antworten auf diese Frage bietet der vorliegende Essay von Thomas Willems.

Der China-Kenner deckt Defizite der westlichen Demokratien auf und skizziert, wie sich diese wirksam vor autokratischen Anfeindungen schützen können. Dabei ist es notwendig, sich ständig für ihre Werte wie Freiheit, Menschenwürde und Pluralität einzusetzen. Denn Demokratie ist kein Selbstläufer. Wehrhaft bleiben kann sie im Systemwettbewerb durch Aufklärung und praktische Teilhabe, die Vermittlung von Medienkompetenz und eine doppelte Verteidigungsfähigkeit – nach innen und außen.

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft

Roman Herzog Institut e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.romanherzoginstitut.de

ISBN 978-3-941036-70-3

